PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

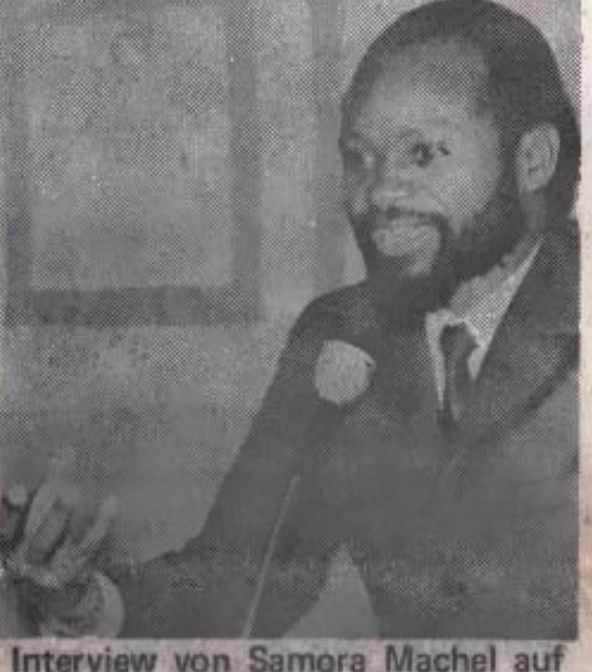
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 45 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto-Nr. 18.909.05 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 24.6.1975, fertiggestellt.

26. Juli 1975 Jg. 3 Nr. 25 50 Pfennig

Es lebe das unabhängige Mozambique

Grußadresse des Zentralen Komitees des KBW an Samora Machel, Präsident der FRELIMO

Am 25. Juni 1975 erklärt Mozambique seine politische Unabhängigkeit. Nach einem Jahrzehnt des bewaffneten Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus hat das Volk von Mozambique die erste Etappe seines Befreiungskampfes erfolgreich beendet. Unter Führung seiner Befreiungsbewegung FRELIMO mit Präsident Samora Machel an der Spitze hat es den portugiesischen Kolonialismus besiegt, die politische Unabhängigkeit und Freiheit errungen.



Interview von Samora Machel auf Seite 15



Interview von Samora Machel auf Seite 15

Das Volk von Mozambique hat damit ein weiteres Beispiel gegeben für die Tatsache, daß ein unterdrücktes Volk, das sich im bewaffneten Kampf für seine Unabhängigkeit und Freiheit erhebt, nicht besiegt werden kann. Durch seinen bewaffneten Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus hat das Volk von Mozambique zusammen mit den Brudervölkern von Guinea-Bissau und Angola zur Beseitigung des faschistischen Regimes in Portugal selber entscheidend beigetragen.

Politisch unabhängig und frei kann das Volk von Mozambique jetzt daran gehen, seine Demokratie zu errichten und eine nationale Wirtschaft aufzubauen. Unter Führung der FRELIMO wird das Volk von Mozambique fortschreiten auf dem Weg zum Sozialismus. Dabei muß das Volk von Mozambique viele Schwierigkeiten überwinden, die die Kolonialherrschaft geschaffen und hinterlassen hat. Das Volk von Mozambique ist durch den bewaffneten Kampf gestählt und wird diese Schwierigkeiten überwinden. Durch die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der Völker Zimbabwes, Namibias und Azanias wird es einen weiteren Beitrag zum Kampf der afrikanischen Völker für Unabhängigkeit und nationale Befreiung leisten. Der Kampf des Volkes von Mozambique unter Führung der FRELIMO ist eine große Ermutigung für die Völker der Welt im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und das Hegemoniestreben der Supermächte. Er ist eine Ermutigung der internationalen Arbeiterklasse im Kampf für die proletarische Weltrevolution. Er ist eine Ermutigung für die westdeutsche Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den BRD-Imperialismus, der stets eine feste Stütze des portugiesischen Kolonialismus gewesen ist. Für den Kommunistischen Bund Westdeutschland ist der Tag der Unabhängigkeit des Volkes von Mozambique eine besondere Ermutigung. Zwei Tage vorher müssen vier seiner leitenden Mitglieder Gefängnisstrafen von acht bis zwölf Monaten antreten, weil sie vor

BRD-Imperialismus, der stets eine feste Stütze des portugiesischen Kolonialismus gewesen ist. Für den Kommunistischen Bund Westdeutschland ist der Tag der Unabhängigkeit des Volkes von Mozambique eine besondere Ermutigung. Zwei Tage vorher müssen vier seiner leitenden Mitglieder Gefängnisstrafen von acht bis zwölf Monaten antreten, weil sie vor

fünf Jahren für den Befreiungskampf des Volkes von Mozambique und gegen den portugiesischen Kolonialismus demonstriert haben.

Eine gerechte Sache kann niemals besiegt werden. Trotz aller Schwierigkeiten und Gegenschläge des Feindes wird sie schließlich Erfolg haben. Diese historische Lehre wird durch den Sieg des Volkes von Mozambique erneut bestätigt.

Es lebe das Volk von Mozambique!
Es lebe die FRELIMO!
Es lebe der Kampf der Völker gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus!

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
gez. Joscha Schmierer,
Sekretär des ZK



Bis zu 5 000 demonstrierten in Heidelberg gegen die Fahrpreiserhöhung. Die Schienen wurden trotz massivem Polizeieinsatz blockiert. Bericht auf Seite 3.

Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen unterstützt: Ausgeschlossen von Gemeinderatssitzungen

Dreimal hat der neue Gemeinderat in Heidelberg getagt, und dreimal haben Oberbürgermeister Zundel und
tungskörperschaften die Sache der Arbeiterklasse und des Volkes zur Sprache gebracht wird. Die Überlegungen

Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen unterstützt: Ausgeschlossen von Gemeinderatssitzungen

Dreimal hat der neue Gemeinderat in Heidelberg getagt, und dreimal haben Oberbürgermeister Zundel und die Gemeinderäte der bürgerlichen Parteien die Stadträtin Helga Rosenbaum (KBW) aus dem Gemeinderat ausgeschlossen. Das letzte Mal sogar für die beiden Sitzungen vom 26. Juni und 2. Juli, an denen sich der Gemeinderat mit der Fahrpreiserhöhung wird befassen müssen. Dieser Vorgang hat Bedeutung über den Ort hinaus. Er macht deutlich, wie die bürgerliche Klasse und ihre Politiker verfahren, wenn in ihren parlamentarischen Vertretungskörperschaften die Sache der Arbeiterklasse und des Volkes zur Sprache gebracht wird. Die Überlegungen der bürgerlichen Parteien und der Presse reichen vom völligen Ausschluß Helga Rosenbaums aus dem Stadtrat über die Drohung mit strafrechtlichen Konsequenzen, weil sie zum Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung aufgerufen habe, bis hin zum Verbot des KBW. Wir drucken im folgenden die Erklärung der von den Sitzungen des Stadtparlaments ausgeschlossenen Stadträtin ab.

Ich bin von über 2 000 Menschen in dieser Stadt gewählt worden, um hier in diesem Gemeinderat die Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes zur Sprache zu bringen. Ich werde jetzt zum dritten Mal und gleich für zwei Sitzungen aus diesem Gremium auf Veranlassung des Oberbürgermeisters ausgeschlossen, weil ich mich bemühe, diesem meinem Programm und Auftrag nachzukommen. Das ist hier eine Störung des Betriebs, das können die Herren Gemeinderäte nicht ertragen, daß sich einer an das hält, was er versprochen hat.

Über zwei Fragen wollte dieser Gemeinderat und sein Chef hier nicht sprechen, und deshalb werde ich jetzt hier zum dritten Mal ausgeschlossen: über die geplanten Fahpreiserhöhungen bei der HSB (Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG) und die geplante Ausweisung von ausländischen Bewohnern der Fahrtgasse 22, die kein anderes Verbrechen begangen haben, als in einem Haus zu wohnen, das die Stadt zu Sanierungszwecken abreißen will.

Daß alle Vertreter der bürgerlichen Parteien es so schwer aushalten, mit den Interessen und Forderungen der Bevölkerung konfrontiert zu werden, wirft ein Licht auf ihre politischen Absichten und ihren politischen Charakter und auf den Charakter dieses Parlaments.

Nehmen wir nur das Beispiel Fahrtgasse. Kaum ein Gemeinderat hätte im Wahlkampf gewagt, zu vertreten, was dort jetzt passiert. Kein Gemeinderat hat gesagt: Jawohl, ich bin dafür, daß Menschen aus diesen Sanierungsgebieten zwangsumgesiedelt werden. Ich bin dafür, daß die Ausländer, die keine andere Wohnung finden können oder die vorhandenen nicht bezahlen können, abgeschoben werden. Der Rubel muß rollen in dieser Stadt, das ist unser Auftrag und unsere Politik.

Stattdessen haben sie etwas von menschengerechter Stadt geschwafelt und haben die unschönen Folgen ihrer Politik vergessen machen wollen. Jetzt sind sie gewählt und glauben, sie hätten fünf Jahre Zeit, all das zu machen, was sie immer schon vorhatten. Zum Beispiel unterstützen sie die Taten der Stadtverwaltung, Leute des Landes zu verweisen, nur weil sie im falschen Haus wohnen. Eine Sorge haben sie nur: Es soll alles möglichst stillschweigend geschehen. Aber da täuschen sie sich. Sie haben keine fünf Jahre Zeit, ohne daß sich jemand mucksen und sie zur Rechenschaft ziehen wird. Und kaum noch etwas wird stillschweigend über die Bühne gehen. Dafür werden nicht nur ich, oder irgendein anderer KBW-Stadtrat sorgen. Wir können diese erfreuliche Entwicklung allenfalls unterstützen. Dafür werden die arbeitenden Menschen in dieser Stadt selbst sorgen, die sich die Politik dieses Gemeinderats und dieser Parteien immer weniger gefallen lassen.

Heute finden die ersten großen Protestaktionen auf der Straße und auf den Straßenbahnschienen gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der HSB statt. SPD und FDP wollen vielleicht gegen die Fahrpreiserhöhung stimmen. Das zeigt schon, daß sie große Furcht haben vor der Unruhe im Volk. Denn bisher haben sie immer allen Schandtaten der Stadtverwaltung zugestimmt, Sie können sich das auch leisten. Denn zumindest die SPD hat bei den Wahlen so verloren, daß sie auch zusammen mit der FDP in der Minderheit bleibt und ihre Ablehnung ohne Folgen. Gerade so hat sich in Frankfurt die CDU verhalten, die dort auch gegen die jetzt anstehenden Fahrpreiserhöhungen gestimmt hat. Die Erfahrung von 1969 und die Debatte von damals in diesem Gemeinderat hat bewiesen, daß allein der Widerstand und die Blockadeaktionen auf der Straße und die Kampfbereitschaft in den Betrieben diesen Stadtrat zwingen können, seine volksfeindlichen Absichten zurückzustellen. Deshalb unterstützen auch alle ehrlichen Gegner der Fahrpreiserhöhungen die heutigen Aktionen auf der Straße und nehmen soweit möglich an ihnen teil. Ich fordere diejenigen hier im Saal, die bereit sind, den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung wirklich zu führen, auf, diesem Gremium hier nicht das geringste Vertrauen zu schenken, sondern sich an den Aktionen auf der Straße und den Straßenbahnschienen zu beteiligen.

Supermächte und BRD setzen Brasilien unter Druck

Nach den USA hat jetzt auch die Sowjetunion zum 10-Milliarden-Geschäft des westdeutschen Imperialismus mit Brasilien über acht Kernkraftwerke Stellung genommen. Kommentarlos hat die sowjetische Nachrichtenagentur TASS einen Artikel der "New York Times" abgedruckt, in dem das Geschäft als Schlag gegen die Bemühung angegriffen wird, die Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen nicht an andere Länder weiterzuverbreiten.

"Das Thema hat eine ungeheure Sprengkraft", schreibt der "Mannheimer Morgen". *"Wenn der südamerikanische Riesenstaat mit seinem enormen Wirtschaftswachstum und seinen größtenteils noch ungehobenen Reichtümern durch ein Zehn-Milliarden-Geschäft von den Westdeutschen das gesamte technische Rüstzeug für den nuklearen Energiekreislauf erhält, dann ist der gerade sechs Jahre alte Atomsperrvertrag mitsamt dem Monopol der Supermächte revisionsbedürftig."* (20. Juni)

Dieses Monopol auf Atomwaffen versuchen beide Supermächte entschieden zu verteidigen, wobei für den US-Imperialismus auch noch konkurrierende Geschäftsinteressen auf dem Spiel stehen. In der vergangenen Woche haben sie eine Geheimkonferenz einberufen, an der neben den USA und der Sowjetunion Frankreich, Großbritannien, Kanada und die BRD teilnahmen. *"Als Grund der Beratungen wird die Beunruhigung Washingtons – und auch Moskaus – über die geplanten Lieferungen eines "vollen Zyklus" von acht Kernreaktoren und einer Kernanreicherungsanlage durch die BRD an Brasilien angeführt. Die Beratung wurde von den Beobachtern als 'todernst' bezeichnet."* (Süddeutsche Zeitung vom 20. Juni) Offenbar ist dort die Auflage gemacht worden, die über Brasilien verhängten Kontrollen zu verschärfen.

Auf jeden Fall wurde am 23. Juni gemeldet, daß der brasilianische Bergbau- und Energieminister Ueki auf dem Weg nach Bonn ist. Vorher soll er ebenfalls noch nach Washington zitiert worden sein. Zweck seines Bonn-Besuches: *"Der unterschriftsreife Vertrag zwischen der BRD und Brasilien über eine Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie wird möglicherweise in letzter Minute noch geringfügig geändert."* (Stuttgarter Zeitung vom 23. Juni)

Das kann nur bedeuten, daß die

Fortsetzung S. 2

IGM-Vertreterversammlungen fordern Volksentscheid gegen Paragraf 218

Die Vertreterversammlungen der IG Metall in Darmstadt und Köln haben die Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218 beschlossen. Der Wortlaut der Beschlüsse und weitere Berichterstattung auf S. 10.

Fortsetzung von S. 1: Brasilien

über Brasilien verhängten Kontrollen unter dem Druck der Supermächte verschärft werden sollen. Für den westdeutschen Imperialismus macht sich das weiter nicht bemerkbar, wohl aber für Brasilien, ein Land der Dritten Welt, das Mühe hat, seine Unabhängigkeit gegenüber dem Imperialismus herzustellen und zu verteidigen und das jetzt weitere Bevormundung hinnehmen soll. Dementsprechend empfindlich hat man in Brasilien reagiert. Die Bundesregierung hat darauf reagiert und öffentlich dementiert, daß noch Änderungen am ausgehandelten Vertrag vorgenommen werden sollen (Süddeutsche Zeitung vom 24. Juni). Der Vertrag ist ein Geheimvertrag.

W.M.

RAF-Prozess

Nach Verteidigerausschluss Anwälte verhaftet

Am Montag, dem 23. Juni, wurde der Rechtsanwalt Ströbele in Westberlin vor Gericht verhaftet. Gleichzeitig verhaftete die Polizei in Stuttgart den Rechtsanwalt Croissant. Die Büros der Rechtsanwälte Groenewold in Hamburg und Marie-Luise Becker in Heidelberg wurden durchsucht. Durchsucht wurden ebenfalls die Wohnungen von Angestellten aus den Rechtsanwaltskanzleien. Mehrere Personen wurden dabei vorläufig festgenommen, "zwecks Überprüfung ihrer Identität".

Die verhafteten und kontrollierten Rechtsanwälte haben alle die Verteidigung von Mitgliedern der RAF übernommen, die jetzt in Stuttgart-Stammheim vor Gericht stehen. Drei von ihnen sind unmittelbar vor Prozeßbeginn von der Verteidigung ausgeschlossen worden. Nur Marie-Luise Becker ist noch zugelassen.

Den Rechtsanwälten wird vorgeworfen, eine sogenannte "kriminelle Vereinigung", die RAF, unterstützt zu haben. Bei Ströbele wurde Fluchtgefahr unterstellt. Das Beweismaterial für die erhobenen Vorwürfe soll laut Mitteilung der Westberliner Justizpressestelle bei den Durchsuchungsaktionen erst aufgefunden werden. Der "Stuttgarter Zeitung" *"drängt sich der Eindruck auf"*, die Ankläger hätten Bedenken gehabt, *"die Beweise, gerichtsverwertbare Beweise könnten nicht ausreichen"* (24. Juni). Sie gibt zu bedenken, für den Ausschluß aus dem Verfahren wäre man mit dem bisher vorliegenden Material vielleicht hingekommen, für die Verhaftung und Eröffnung eines Strafverfahrens könnte es aber vielleicht nicht reichen. *"Der Unterschied besteht darin, daß man für das Ausschlußverfahren den Verdacht nur zu* **behaupten** *braucht, während man ihn im Strafverfahren belegen muß; ein entscheidender Unterschied, der die Nervosität der Ermittler immerhin verständlich macht."*

Drei Tage, bevor die Staatsanwaltschaft die ausgeschlossene Verteidigung der angeklagten RAF-Mitglieder gefangengesetzt hat, wurde vom Oberlandesgericht Stuttgart der Befangenheitsantrag gegen den Gerichtsvorsitzenden Prinzing abgelehnt. Prinzing war außerhalb der üblichen Reihenfolge zum Vorsitzenden für den Prozeß bestellt worden. Der Mann gilt als karrierebewußt, was ihn zu einem sicheren Instrument in den Händen des Staatsapparates macht. Als die Angeklagten ihrem Ärger über die Ablehnung des Befangenheitsantrages Luft machten, wurden sie vom Vorsitzenden Prinzing von der Verhandlung ausgeschlossen.

Die Verteidiger ausgeschlossen und gefangengesetzt, die Angeklagten selber abgeführt und der Gerichtsvorsitzende für unvoreingenommen erklärt: Da kann die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen.

W.M.



"Angeklagter, sprechen Sie. Sie haben das Wort. Sie sind frei." (Karikatur von Honore Daumier, 1834)

"Angeklagter, sprechen Sie. Sie haben das Wort. Sie sind frei." (Karikatur von Honore Daumier, 1834)

Die Umstände der Haft sollen verborgen bleiben

Gleich eine halbe Stunde, nachdem der Sekretär des Zentralen Komitees des KBW, Joscha Schmierer, die im Cabora-Bassa/Mc Namara-Prozeß verhängte Haftstrafe in der Vollzugsanstalt Freiburg antreten mußte, wurde er in einem Polizeifahrzeug nach Waldshut verlegt.

Der Gefängnisleiter erklärte gegenüber Michael Moos, Rechtsanwalt und Sekretär der Ortsleitung Freiburg des KBW, daß hinsichtlich des Haftortes der fünf Verurteilten sowieso eine Sonderbehandlung vorliege. Es sei z. B. darauf geachtet worden, die fünf Häftlinge in verschiedenen Haftanstalten unterzubringen. Für Schmierer wäre Freiburg eigentlich nicht in Betracht gekommen, da es für höhere Strafen vorgesehen sei. Das sei sowieso schon eine Sonderbehandlung gewesen. Mit der Verlegung nach Waldshut wolle man Dingen aus dem Weg gehen, die "uns möglicherweise in Atem halten". Bezüglich Freiburg sagte der Leiter der Vollzugsanstalt: "Wir müssen damit rechnen, daß hier ständig Demonstrationen stattfinden."

In der Tat hatten schon Studenten des der Vollzugsanstalt gegenüberliegenden Physik-Instituts ein großes Transparent herausgehängt: "Weg mit dem Cabora-Bassa-Urteil".

Transparent herausgehängt: "Weg mit dem Cabora-Bassa-Urteil".

Die Verlegung nach Waldshut stellt einen Versuch der Staatsmacht dar, Antritt und Umstände der Gefängnishaft aus der Öffentlichkeit herauszubringen. Genützt hat es nichts. Wie uns berichtet wurde, standen, als das Polizeifahrzeug in Waldshut eintraf, bereits von Freiburg benachrichtige Genossen und Kollegen aus Waldshut vor dem Gefängniseingang und protestierten gegen das Urteil.

–Red.–

Kambodschaner und Vietnamesen wollen in ihr Land zurück

Rund 2 700 Kambodschaner und Vietnamesen, die nach dem Sieg der Befreiungsstreitkräfte das Land verlassen hatten, haben bisher beim UNO-Flüchtlingskommissar Anträge auf Rückfführung in ihre Heimat gestellt (Süddeutsche Zeitung vom 19.6.)

PLO übernimmt israelische Botschaft

Die Gebäude der israelischen Botschaft in Saigon sind von der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) übergeben worden. (Süddeutsche Zeitung, 21.6.75)

geben worden. (Süddeutsche Zeitung, 21.6.75)

Nationalausstellung der Volksrepublik China in Köln erfolgreich

Die bis zum 25. Juni geöffnete Nationalausstellung der Volksrepublik China in Köln findet starkes Interesse. Über Erwarten groß ist der Andrang an Besuchern gewesen, nach der ersten Ausstellungshalle fast 100 000. In der Ausstellung kommt es immer wieder zu lebhaften Debatten der Besucher über die Fortschritte des Sozialismus und wie sie zustandegekommen sind. Viele Vergleiche zu den Verhältnissen in Westdeutschland werden gezogen. Eine Zuschrift dazu drucken wir auf Seite 16.

Einigung der Befreiungsbewegungen in Angola

Angolas Befreiungsbewegungen haben einen 7-Punkte-Friedensplan angenommen. Die Führer von FNLA, Holden Roberto, MPLA, Agostinho Neto, und UNITA, Jonas Savimbi, haben nach sechstägigen Verhandlungen in Kenia ein Kommunique unterzeichnet, das verbindliche Regeln für die Zeit bis zur Unabhängigkeit Angolas am 11. November festlegt. Vor der Unabhängigkeit sollen Wahlen abgehalten werden, wobei die Befreiungsbewegungen sich gegenseitig das Recht zur freien politischen Aktivität in allen Landesteilen garantiert haben. Die verschiedenen Streitkräfte sollen integriert werden. Der kenianische Präsident nannte das Abkommen "einen Erfolg über die Feinde Afrikas, die darüber spekuliert hatten, daß keine Einigung erzielt werden könnte (Neue Zürcher Zeitung vom 23. Juni).

Rückgang der Produktion

Das Bruttosozialprodukt im ersten Vierteljahr 1975 lag um 4,5 % unter dem vergleichbaren Zeitraum im Vorjahr. Pro Arbeitstag ging das Bruttosozialprodukt um 3 % zurück.

Die Produktionskapazität der westdeutschen Industrie betrug im April 1974 84 %, im April 1975 nur noch 75,4 %.

Beiträge zur Arbeitslosenver-

Portugal

Bewegung der Streitkräfte kann Widersprüche nicht lösen

Nach mehr als einwöchigen Beratungen hat der Revolutionsrat des MFA in Portugal ein Kommunique veröffentlicht, das die vorhandenen Widersprüche nicht löst, sondern zu überdecken versucht. Die klassenlose Gesellschaft soll angestrebt werden, aber der einzig mögliche Hebel dazu, die Diktatur des Proletariats, wird abgelehnt. – Basisorganisationen als Keimformen direkter Demokratie sollen gefördert werden, aber die Macht sollen sie nicht haben: bewaffnete Milizen werden abgelehnt. – Die Herausbildung eines einheitlichen revolutionären Willens im Volk wird als Ziel genannt, und gleichzeitig wird die Pluralität von politischen Parteien, auch von nicht-sozialistischen, verbürgt, womit die bürgerlich-parlamentarische Republik als Ziel bestätigt wird. – Die Bewegung der Streikräfte (MFA) bezeichnet sich als Befreiungsbewegung, deren erstes Ziel die nationale Unabhängigkeit ist und bestätigt im selben Atemzug die Mitgliedschaft in der NATO.

All diese Widersprüche haben in der Realität vor der Tagung des Revolutionsrates bestanden und sie können durch keinen Beschluß des MFA aus der Welt geschaffen werden. Sie spiegeln sich in dessen Beschlüssen nur wider. Entschieden wird über die Lösung dieser Widersprüche in den Klassenkämpfen, die in Portugal nach wie vor sich vertiefen und sich weiter übers Land ausbreiten.

Der Kampf um die Massenmedien

Neben Streiks der Arbeiter um wirtschaftliche Forderungen hat sich in der Hauptstadt Lissabon der Kampf um die Massenmedien, um Zeitungen und Rundfunkstationen erneut zugespitzt. Die Sozialistische Partei fordert nach wie vor die unumschränkte Herrschaft über die Zeitung 'Republica', während die Arbeiter der 'Republica' ebenfalls Einfluß auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung verlangen. Die Militärs versuchen es mit einem Kompromiß: *"Kein Redakteurwechsel, keine Behinderung bei der Arbeit, aber auch keine Entlassungen von aufständischen Arbeitern und Auszahlung des Lohns für die Streiktage an die Arbeiter."* Dieser Kompromiß *"wurde von der Gruppe Regc (dem sozialistischen Chefredakteur) nicht aufgenommen. Sie weigerte sich, die Löhne vom 19. Mai ... bis zum 19. Juni auszuzahlen und vor allem den Werbeleiter Marques, der von den Arbeitern ... zum Chefredakteur erhoben worden war, wieder in sein Werbeamt einzusetzen"* (Frankfurter Rundschau vom 20.6.). Durchsetzen konnte sich angesichts der fehlenden Bereitschaft der Sozialisten dem Kompromiß zuzustimmen, zunächst die Arbeiterkommission. Sie bekam die Schlüssel ausgehändigt und konnte die Zeitung erneut besetzen.

Wenn Zeitungsberichte zutreffen, so bekam die Sozialistische Partei bei ihrem Vorgehen gegen die Zeitungsarbeiter die Unterstützung von MRPP. (Bewegung zur Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats) und AOC (Arbeiter/Bauernvereinigung), die *"auf der Hinterseite des Gebäudes versuchten, eine Holzwand niederzureißen, um die Setzer aus der Zeitung zu vertreiben"* (Frankfurter Rundschau vom 20.6.). Beide politischen Parteien vertreten die Auffassung, Hauptgefahr für Portugal sei der russische Sozialimperialismus und die z. T. von der revisionistischen PCP beeinflußten Druckarbeiter betätigten sich als dessen fünfte Kolonne. Deswegen gehen MRPP und AOC mit der vom US-Imperialismus und vom westdeutschen Imperialismus unterstützten Sozialistischen Partei in bestimmten Fällen zusammen, jetzt gegen die Druckarbeiter bei der 'Republica' wie vorher schon auf einer von der Sozialistischen Partei ausgerufenen Demonstration.

Auch die Arbeiter des kirchlichen Rundfunksenders Radio Renascena haben ihrer von den Bischöfen eingesetzten Redaktion den Stuhl vor die Tür gesetzt und wollen den Sender in eigener Regie betreiben. Trotz des gewaltigen Geheuls, das von den Pfaffen darüber angestimmt wurde, kamen nach Meldungen in der bürgerlichen Presse nur 400 katholische Gegendemonstranten. Unterstützung fanden die Arbeiter des Senders bei Arbeitern der Lissabonner Werften und bei der Volksunion (UDP0, der einzigen revolutionären Organisation, die bei den Wahlen einen Sitz in der verfassungsgebenden Versammlung gewinnen konnte, sowie bei den Revolutionären Brigaden (PRP).

Das Volk schließt sich zusammen

All diese Kämpfe sind noch keineswegs entschieden, ebensowenig wie über die Besetzungen von Landgütern, von leerstehenden Wohnhäusern, die Kontrolle von Fabriken durch Arbeiterkommissionen schon entschieden ist. Aber offensichtlich flammen diese Kämpfe an immer neuen Stellen auf. Und offensichtlich bilden sich in diesen Kämpfen Zusammenschlüsse von Arbeitern und Bauern auf den verschiedensten Ebenen. Die Zurückhaltung der Staatsorgane und der Streitkräfte gegenüber solchen Bewegungen und ihre gelegentliche Unterstützung gibt ihnen einen beträchtlichen Bewegungsspielraum.

Das alles ist noch keine Rätebewegung. Die meisten dieser Zusammenschlüsse stellen sich eher Aufgaben der Produktion und der Verwaltung. Sie treten noch nicht als politische Organe auf, die alle Macht für sich beanspruchen und an denen die gesamte werktätige Bevölkerung teilnimmt. Gegenüber rechten Putschversuchen z. B. können sie aber leicht diesen Charakter annehmen, wie sich das beim Putschversuch im März 1975 schon abzeichnete.

Solange eine politische Rätebewegung aber nicht real existiert, solange sind die Anhänger eines Rätesystems in einer verhältnismäßig schwachen Lage. Das ist bei den Beratungen des Revolutionsrates des MFA zutage getreten. Der linke Flügel in diesem Revolutionsrat kann bestenfalls die Entwicklung einer Rätebewegung fordern, aber keineswegs kann er auf Räte gestützt fordern: Alle Macht den Räten!

Der Zeitpunkt, um die Machtfrage zu stellen, ist noch nicht gekommen

So haben nach wie vor die Anhänger einer parlamentarischen bürgerlichen Republik, die sich an der Sozialistischen Partei orientieren und die Anhänger eines Staates, dessen Apparat sich auf die Mitarbeit von revisionistischen Arbeiterfunktionären stützen kann, das größte Gewicht in der MFA und über die großen Parteien organisiert – vermutlich auch noch im Volk. Bürgerliche Zeitungen, die nüchtern kalkulieren, haben auf der Seite der "gemäßigten Offiziere" auch die stärkeren Bataillone gezählt. *"Da letztere (neben Heer und Luftwaffe) auch die Fallschirmjäger kommandieren, sind die gemäßigten Offiziere auch der Truppenstärke nach dem von Kommunisten und Linksradikalen gestützten General Caralho, Chef der Sicherheitstruppe Copcon, überlegen."* (Welt vom 23.6.)

Soweit sich das von Westdeutschland aus beurteilen läßt, ist für die revolutionären Teile der Arbeiterklasse und des Volkes in Portugal der Zeitpunkt noch keineswegs gekommen, die Machtfrage zu stellen, sondern geht es für sie darum, die Ausgangslage zu verbessern und Klarheit über die eigenen Aufgaben zu gewinnen. Dazu sind nach dem Beschluß des Revolutionsrates vom vergangenen Wochenende weiterhin die Möglichkeiten vorhanden. Klar geworden ist mit dem Abschluß aber auch, daß die revolutionären Kräfte nicht auf den Revolutionsrat und auf die Bewegung der Streitkräfte setzen können, sondern, daß sie gegenüber dem MFA eine selbständige Politik unter eigenen positiven Forderungen für die Ziele der Arbeiterklasse entfalten müssen.

–W.M.–

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen erhöht werden

Die Bundesregierung plant, ab 1. Januar 1976 den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von derzeit zwei auf drei Prozent des Lohnes zu erhöhen. Erst zum 1. Januar 1975 war der Beitrag von einem auf zwei Prozent heraufgesetzt worden. Gleichzeitig sollen die Voraussetzungen verschärft werden, unter denen man Arbeitslosengeld bekommt. Beseitigt werden soll die Bestimmung, daß man angebotene Stellungen nur zu übernehmen braucht, wenn sie "zumutbar" sind. In letzter Zeit hatten sich mehrfach Sprecher von Kapitalistenverbänden darüber beklagt, daß Arbeiter, die früher durch Überstunden und Akkorde verhältnismäßig hohen Lohn bekamen, keine Stellen nähmen, bei denen sie weniger Lohn bekommen als sie Arbeitslosengeld haben. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.6.1975)

Anfrage an Radio Eriwan

Der "Berliner Extra-Dienst" hat in seiner Nr. 48 vom 13. Juni folgende Meldung gebracht:

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Albert Schedl stellte diese Woche der Bundesregierung die folgende "parlamentarische" Frage:

"Ist der Bundesregierung die in der 'Kommunistischen' Volkszeitung' Nr. 19 vom 15.5.1975 enthaltene Meldung bekannt, wonach einer Fußballgruppe 'Vorwärts Bundesbahn' anläßlich eines Solidaritätsfußballturniers für den Aufbau Südvietnams in Freiburg als Siegerpreis ein Teil aus einem über Vietnam abgeschossenen US-Bomber vom Veranstalter übergeben wurde und trifft diese Meldung zu? Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein solches Verhalten eine nicht zu überbietende Geschmacklosigkeit und Provokation gegenüber unserer Bündnismacht, den Vereinigten Staaten von Amerika, ist und was kann sie gegebenenfalls gegen Wiederholungsfälle unternehmen?"

Antwort von Radio Eriwan: "Im Prinzip nichts. Aber das Problem wird sich von allein lösen, da über Südvietnam keine US-Bomber mehr abgeschossen werden müssen.'

Heidelberg: Bewegung gegen Fahrpreiserhöhung verbreitert sich trotz massiver Polizeieinsätze

Die Fahrpreiserhöhung kann zu Fall gebracht werden

"1965, 1969, 1971, 1973, 1975 – jetzt ist Schluß!" – mit diesem Sprechchor und den Forderungen "Keine Fahrpreiserhöhungen bei der HSB! Schluß mit dem Abbau des öffentlichen Nahverkehrs! Kampf der Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat!" demonstrierten am letzten Samstag (21.6.) über 5 000 Menschen in Heidelberg gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG um zirka 25 %. Der Stadtrat will am Donnerstag, dem 26.6., diese Erhöhung beschließen.

Ein Passant wurde von einem Polizeiauto angefahren und bewußtlos ins Krankenhaus gebracht. Mehrere Kinder wurden ohnmächtig.

Das Ergebnis: Die schon vorhandene Wut auf Stadtverwaltung und Oberbürgermeister Zundel steigerte sich. Mehr und mehr Menschen reihten sich in die Demonstrationszüge ein. Wo eine Polizeikette knüppelnd und gassprühend durchgerannt war, traten hinter ihr die Menschen wieder auf die Straße. Wasserkübel, Aschenbecher, Abfalleimer und Mehltüten flogen aus den Fenstern auf die Polizei herab. Die Tränengasgranaten der Polizei wurden bald zurückgeworfen
Polizei wurden bald zurückgeworfen
und man konnte die Polizisten rennen sehen. Bis 18 Uhr standen überall in der Stadt noch Trauben von Menschen und disktutierten, nachdem die Polizei ggegen halb sechs abgezogen war. Der Verkehr war zusammengebrochen, einzelne Straßenbahnlinien fuhren überhaupt nicht mehr.

Bei den Debatten war immer wieder zu hören: "Was ihr da macht, ist völlig richtig. Wenn wir jetzt nicht auf die Straße gehen, dann sind wir doch bloß wieder die Dummen." Ein Arbeiter von der Graubremse rief: "Wenn die die Fahrpreiserhöhung wirklich beschließen, dann müssen die Schienen zugemacht werden, dann darf keine Bahn mehr fahren!"

Angefeuert wurden die demonstrierenden Arbeiter, Angestellten, Lehrlinge, Schüler und Studenten häufig durch Rentner. Einer rief: "Recht habt ihr! Recht habt ihr! Macht nur so weiter! Ihr müßt viel früher anfangen, morgens schon. Es gibt zwar noch einige wenige, die das nicht richtig finden. Ich glaube, wenn alle mitmachen, das gibt was. Die werden das nicht beschließen." Und: "Die Renten werden bloß um 11 Prozent erhöht, um 25 Prozent steigt die Straßenbahn!"

Während die Polizei versucht, an einer Stelle die Schienen zu räumen, werden an anderen Stellen neue Blockaden organisiert.

Der breite Protest aus Betrieben, Schulen und Hochschule erreichte mit dieser Demonstration eine erste
mit dieser Demonstration eine erste
Zusammenfassung auf Straße und Straßenbahnschienen. Der Straßenbahnverkehr war stundenlang behindert und zum Teil ganz lahmgelegt, Kundgebungen und Demonstrationen auf den Schienen konnten immer wieder gegen das brutale Eingreifen der Polizei durchgesetzt und behauptet werden.

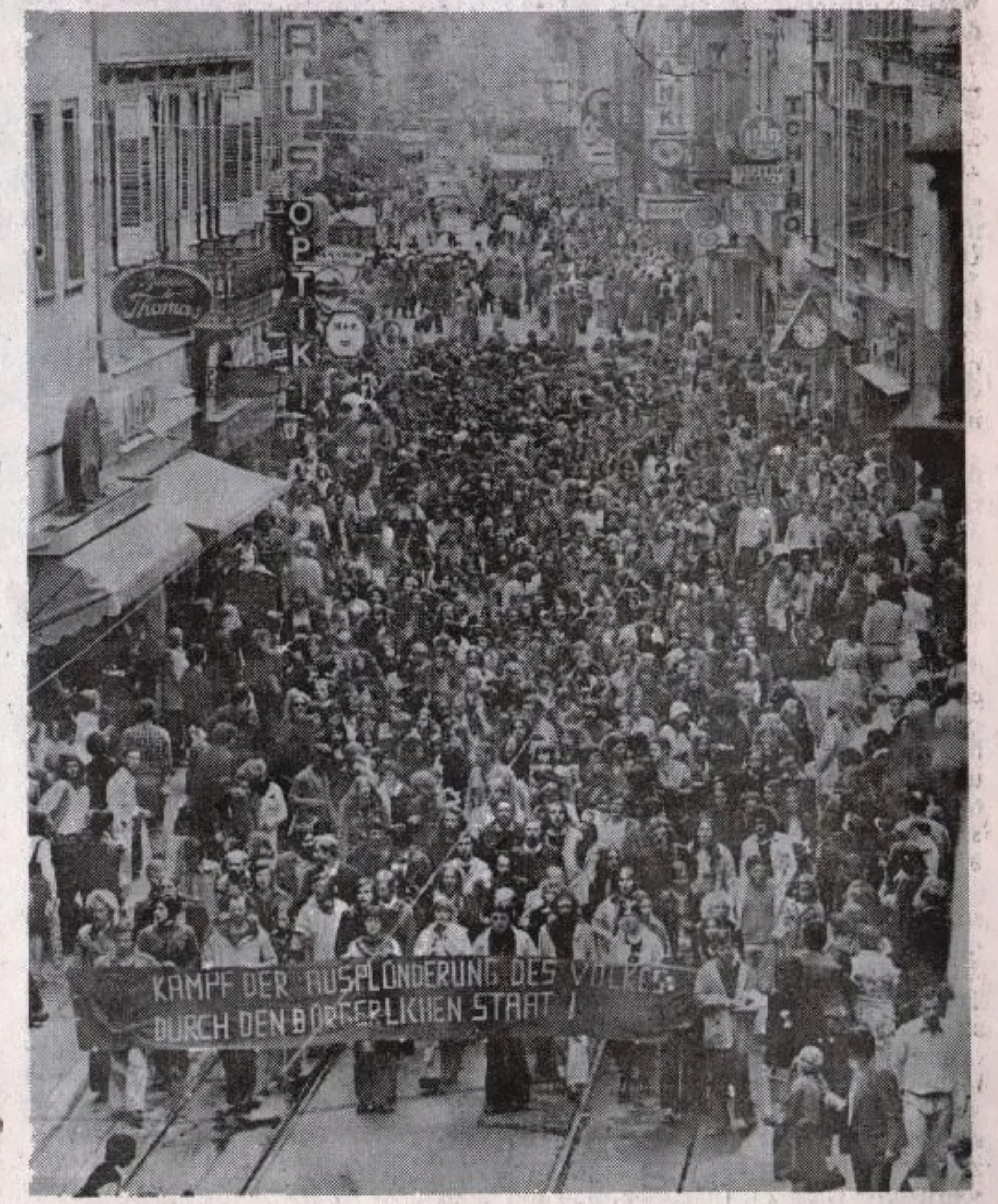
Vorausgegangen waren dieser Demonstration eine öffentliche Versammlung am 26.5. auf dem Rathausplatz, die die Straßenbahnblockade beschlossen hatte, eine Demonstration von über 1 000 Menschen am 31.5., ein Sternmarsch auf den Bismarckplatz zu einer Kundgebung bei ruhendem Straßenbahn- und Busverkehr am Donnerstag, dem 19.6., an dem sich 1 500 bis 2 000 Menschen beteiligten, und Straßenbahnblockaden auf den Schienen am Freitag, dem 20.6., an denen sich über 2 000 beteiligten. Auch diese Blockaden wurden gegen harte Polizeieinsätze mit dem Knüppel durchgesetzt.

Am Samstag schlossen sich trotz dem massiven Polizeiaufgebot von mehreren Hundertschaften aus allen Teilen Baden-Württembergs und zwei Wasserwerfern zeitweilig mehr als 5 000 Menschen zusammen und formierten Demonstrationszüge durch die Stadt und auf den Schienen.

Die in drei Blöcken operierenden Demonstranten waren dem Polizeiaufgebot taktisch zu jedem Zeitpunkt überlegen. Es gelang der Polizei weder, die Menschenmenge zu zerstreuen, noch sie abzudrängen oder einzuschließen. So versuchte sie es mit Entfaltung ihrer technischen Machtmittel und mit Brutalität. Sie überzog die gesamte Altstadt mit Giftgasschwaden aus ihrer neuen amerikanischen "Wunderwaffe" "Pepper-Fog" (Pfeffer-Nebel) und aus Tränengasbomben. Wahllos wurde eingeschlagen auf Demonstranten wie auf Zuschauer am Straßenrand.

Gegen wen die Forderungen durchgesetzt werden müssen, ist klar: "Der Knoblauch (CDU-Stadtrat und Spielzeugwarenkapitalist) und die Herren, die haben's ja nicht nötig, Straßenbahn zu fahren." Vor allem gegen Oberbürgermeister Zundel richtet sich die Wut: "Der ist an allem Schuld."

Diese ganze "bessere" Gesellschaft Heidelbergs, Kapitalisten, Kaufhaus- und Grundstückshaie, Professoren und ihre Hofpresse sind jetzt in einer schlechten Position. Sie sagen, die öffentliche Ordnung ist in Gefahr. Diese Ordnung, in der sie in Ruhe ihren Profit machen können und das Volk ausplündern, ist durch die Aktionen des Volkes angeschlagen. Das schreckt diese Leute auf. Mit Sorge sehen sie auf die Polizei und ihre relative Wirkungslosigkeit. Oberbürgermeister Zundel, Vorsitzender der Kreispolizeibehörde, erklärte in seinem Sprachrohr, der "Rhein-Neckar-Zeitung", am Montag, dem 23. Juni: "Sollten weitere Demonstrationen angemeldet werden, werden wir sie verbieten und von Anfang an mit Mitteln des Rechtsstaats gegen organisiertes strafbares Handeln vorgehen. Eine Fortsetzung wird mit allen rechtmäßigen Mitteln unterbunden."



Ein Demonstrationsblock auf der Hauptstraße am Sonnabend.

Das sind die Sorgen der "besseren" Leute, der besitzenden Klasse, die von der Arbeit anderer Leute lebt. Die Arbeiter und die werktätige Bevölkerung überlegen: Wie ist es möglich, daß wir uns gegen die Stadtbürokratie durchsetzen? Es ist gut, sich in diesem Zusammenhang an den erfolgreichen Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung 1969 in Heidelberg zu erinnern. In der entscheidenden Stadtratssitzung erklärte damals Stadtrat Engelhardt (SPD):

"Meine Damen und Herren, als ich gestern abend ungefähr um die jetzige Uhrzeit ins Bett ging, hatte ich die Hoffnung, daß die Vorstellung, die uns gestern abend der Herr Oberbürgermeister mitgeteilt hat, sich erfüllen wird, einmal, daß unsere Bereitschaftspolizei in der Lage ist, den Schienenstrang zu sichern, ohne einschreiten zu müssen, zum anderen, daß es eine Solidarisierung der Arbeiterschaft nicht geben wird. Über diese beiden Punkte sind wir im Laufe des heutigen Tages leider eines anderen belehrt worden. Das 'Instrument' Polizei hat nicht so funktioniert, wie es abgesprochen war. Weiter ist genau das eingetreten, was wir im Stillen zwar spürten, aber doch hofften, daß es nicht kommt: der Protest der Arbeiterschaft."

In dieser Lage mußte damals der Stadtrat kapitulieren und die Erhöhungen zurücknehmen.

Heute ist es nicht anders: Die Arbeiter werden den Ausschlag geben. "Worauf es jetzt ankommt, das ist, daß sich die Gewerkschaft dahinter stellt und uns zu Aktionen aufruft", sagte ein Heidelberger Arbeiter während der Demonstrationen. Der DGB hat sich gegen die Fahrpreiserhöhungen ausgesprochen. Es fehlt der Aufruf zu Aktionen.

Unter Druck geraten ist die örtliche SPD, die wesentlich mitverantwortlich ist für die Zustände in der Stadt. Auf ihrer Bezirksdelegiertenkonferenz hat sie die Fahrpreiserhöhungen abgelehnt und angekündigt, daß die SPD-Fraktion im Gemeinderat geschlossen gegen die Fahrpreiserhöhung stimmen will. Auf den Demonstrationen war zu hören: "Die SPD hat doch gesagt, daß sie dagegen ist. Warum machen sie nicht mit? Warum tun sie nichts? Wenn die und die Gewerkschaften alle aufrufen würden, dann stünden die Bahnen still."

In eine unhaltbare Lage hat sich der Oberbürgermeister Zundel gebracht. Die SPD will ihn nicht mehr als Kandidaten bei der demnächst anstehenden Oberbürgermeisterwahl aufstellen. Er hat daraufhin erklärt, auf eigene Kappe kandidieren zu wollen, gestützt vermutlich also auf CDU und freie Wählergemeinschaften. "Der wird nicht mehr gewählt", meinen viele.

Donnerstag in dieser Woche soll der Stadtrat entscheiden. Am Montag und Dienstag wurde die Aufklärung über Ziele und bisherigen Verlauf der Aktion in der Stadt verstärkt. Am Mittwoch soll erneut demonstriert werden. "Also, bis zum Mittwoch!" haben sich am letzten Samstag viele verabschiedet.

–R.W., Ortsgruppe Heidelberg/Red–



Die Straßenbahn wird blockiert.

Polizei in der Sackgasse

Wie schwerfällig und unbeweglich die Polizei sich in ihrem Einsatz in Heidelberg am Samstag verhielt, läßt sich an folgendem Beispiel zeigen:

Ein Demonstrationszug wurde in der Hauptstraße von der Polizei verfolgt und rannte durch die Ziegelgasse zum Neckar hinunter. Ein Polizist mit Gasmaske und Gas-Bombe rannte hinterher und ließ die Gas-Bombe in der Ziegelgasse explodieren. Kurz darauf kamen etwa zehn Polizei-VW-Busse die Ziegelgasse hinuntergerast.

Jeder Ortskundige weiß nun, daß die Ziegelgasse am Wochenende unten gesperrt ist. Die Polizeiwagen mußten das auch feststellen und saßen plötzlich allesamt in der Ziegelgasse fest. Wohl etwas erschöpft, stiegen die Polizisten aus, um etwas frische Luft zu schnappen. Dies ließen sie aber sofort wieder bleiben, weil sie in die Gasschwaden traten, die sie vorher gerade selbst hinterlassen hatten. So stand etwa 20 Minuten lang eine weinende Mannschaft von ortsfremden Polizisten in der Ziegelgasse herum, die warten mußten, bis ein Bediensteter der Stadt die Schranke zum Neckarstaden öffnete und die Polizeiwagen wieder abziehen konnten.

Zwei Resolutionen aus Betrieb und Gewerkschaft

"Der IG Druck Vorstand lehnt die Planung des HSB Vorstandes und Heidelberger Gemeinderates, eine Fahrpreiserhöhung bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahn durchzuführen, ab.

Seit 10 Jahren werden in Heidelberg in unregelmäßigen Abständen die Fahrpreise der HSB erhöht. Jede dieser Erhöhungen treffen die Benutzer der Straßenbahn und Busse. Das sind unsere Kollegen, die auf die öffentlichen Nahverkehrsmittel angewiesen sind. Es trifft vor allem auch die kinderreichen Familien, wo allein die Fahrkarten für die schulpflichtigen Kinder einen großen Anteil des Lohnes wieder auffressen.

Einher mit dieser Verteuerung sind in den letzten Jahren eine starke Einschränkung der HSB-Linien gegangen. Streckenverdünnungen und Fahrpreiserhöhungen verschlechtern die Lage des öffentlichen Nahverkehrs und von denen, die auf ihn angewiesen sind.

Einmal, 1969, konnte die Fahrpreiserhöhung verhindert werden. Damals haben sich Belegschaften gegen die Fahrpreiserhöhungen ausgesprochen und mit Streik und Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen gedroht.

Der IG Druck Vorstand weist jede Fahrpreiserhöhungbei der HSB entschieden zurück. Der IG Druck Vorstand fordert den DGB Kreisvorstand auf, eine Fahrpreiserhöhung abzulehnen und geeignete Mittel zur Abwehr zu beschließen."
(einstimmig beschlossen am 19.6.)

"Wir, die Kolleginnen und Kollegen der Firma Heidelberger Klischee, haben über die bevorstehende Fahrpreiserhöhung bei der HSB diskutiert und folgende Resolution verabschiedet:

Keine Fahrpreiserhöhung bei der HSB! Schluß mit dem Abbau des öffentlichen Nahverkehrs!

Für den 1. August sind bei der HSB erneut Fahrpreiserhöhungen angekündigt. Diesmal um durchschnittlich 25 %. Seit Jahren steigen die Fahrpreise in Heidelberg unter gleichzeitigem Abbau des öffentlichen Nahverkehrs. Für immer höhere Preise werden immer schlechtere Leistungen erbracht.

Durch eine erneute Erhöhung werden wieder die sozial schwächer Gestellten am härtesten getroffen. Das sind die, die sich kein Auto oder nur eines leisten können: Arbeiter, Angestellte und deren Familien, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind, wenn sie mit Straßenbahn oder Bus zur Arbeit, zur Schule oder zum Einkaufen fahren müssen.

Wir weisen daher die angekündigte Fahrpreiserhöhung entschieden zurück und fordern gleichzeitig alle Stadträte dazu auf, gegen die Erhöhung der Fahrpreise zu stimmen."
(Diese Resolution wurde einstimmig verabschiedet: 55 Arbeitnehmer)

Textilindustrie

Neues von der Kunst des Schweißauspressens

In der vorletzten Ausgabe der KVZ wurde von den Arbeitskämpfen in der Textilindustrie berichtet.

Es gab einen kurzen Streik, der ein mickriges 6,7 %-Ergebnis sicherte.

Wie um die Arbeiter der Textilbetriebe auf den Arm zu nehmen, erschien dann am 13.6. im Mönchengladbacher Lokalanzeiger, der 'Rheinischen Post', ein Artikel mit der Überschrift:

14 700 produzieren heute mehr als früher 37 000!

Die dort verwendeten Zahlen stammen allesamt vom "Unternehmensverband der niederrheinischen Textilindustrie Mönchengladbach":

Von 1950 bis 1974 ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Gladbacher Textilindustrie von 37 000 auf 14 700 um rund 60 % gesunken. Gleichzeitig stieg der Umsatz von 1,2 Mrd DM um 12,5 % auf 1,35 Mrd. DM.

Die Kapitalisten halten aber wohl diese Zahlen selber noch für verschleiernd und führen deshalb weiter aus:

Der Umsatz berechnet auf eine Arbeiterstunde betrug 1950 13,73 DM und liegt inzwischen bei runden 60 DM. Das ist eine Steigerung von 330 %! Hier ist allerdings leichte Unzufriedenheit am Platze, denn in der gesamten westdeutschen Textilindustrie betrug diese Steigerung glatte 400 %.

Im Gesamtüberblick können die Textilkapitalisten aber stolz auf sich sein. Allein 1974 stieg die Produktionsleistung pro Arbeitsstunde allgemein um 4,6 %, bei Textil um 8,1 %.

Um ihren Stolz aber richtig zu verstehen, muß man noch wissen, daß zugleich die Monopolisierung fortgeschritten ist. Entfielen z. B. in Mönchengladbach 1950 die 1,2 Mrd. DM noch auf 257 Kapitalisten, so müssen die 1,35 Mrd. von 1974 nur noch durch 118 geteilt werden. Weniger Kapitalisten beuten also die Hälfte der Arbeiter mit einer um 330 % gesteigerten Ausbeutungsrate aus und kassieren entsprechend größere Profite.

Dabei sind allein in der Gladbacher Textilindustrie 60 % der Arbeiter "überflüssig" geworden. Heute sind hier 1 321 Textilarbeiter arbeitslos, davon 76 % Frauen und außerdem die Frauen nicht gerechnet, die sich als Heimarbeiterinnen oder Teilkräfte gar nicht erst arbeitslos gemeldet haben. Außerdem gibt es noch 1 974 Kurzarbeiter.

Mit ihnen als industrielle Reservearmee drücken die Kapitalisten das Arbeitstempo rauf und die Löhne runter, weil es um ganze 139 offene Stellen geht, in denen ohnehin zumeist Fachkräfte gesucht werden.

Was den Kapitalisten nützt, schadet offensichtlich den Arbeitern und umgekehrt.

Vor dieser Kulisse muß der abgelaufende Textilkampf gesehen werden. Erst Urabstimmung für 9 % gegen ein Kapitalistenangebot von 6,2 %. Gestreikt wurde schließlich für ein halbes Prozent und mit 6,7 % abgeschlossen. Das ist von der materiellen Seite eine klare Niederlage, die einzig auf das Konto der Verhandlungstaktik der Gewerkschaftsführung geht.

Das Ergebnis der Urabstimmung ist kein Vertrauensbeweis für diese Führung und die von ihr aufgestellten Forderungen, sondern es ist ein Ausdruck der Kampfentschlossenheit, zu der die Textilarbeiter gezwungen sind. Sie zeigen an, daß die Drohung mit der Arbeitslosigkeit nicht mehr zieht, weil immer mehr sehen, daß die Kapitalisten auch durch noch so viele Zugeständnisse nicht zu einer Garantie der Arbeitsplätze sich hinreißen lassen können.

Für die Kapitalisten zählen eben diese Fakten: 1950 produzierten 37 000 Arbeiter für jeden Kapitalisten Güter im Wert von rund 4,7 Mio. DM, die 14 700 Arbeiter von 1974 schafften für jeden der 118 Kapitalisten Güter im Wert von rund 11,4 Mio. DM.

Für die Arbeiter liest sich das andersherum: In den Textilbetrieben der BRD produzierten sie in den letzten 10 Jahren so viel, daß die Kapitalisten 13 Mrd. DM ausgeben konnten für Investitionen und dabei noch ganz gut gelebt haben. Als Folge sind von hundert ihrer Kollegen nur noch vierzig in Arbeit, aber sie bringen den Kapitalisten nicht weniger sondern mehr ein.

Sie stehen am Ende der Lohnskala und an der Spitze bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Sie werden in Zukunft sich nicht den Kopf ihrer Ausbeuter zerbrechen über das Management einer "Strukturkrise".

Sie werden ihre eigene Haut zu verteidigen haben.

Volkswagenwerke:

Die Profitwirtschaft hemmt die Entwicklung der Produktivkräfte

Im Verlauf der letzten 5 Monate hat sich die Belegschaftszahl des VW-Konzern von vorher 107 000 auf 95 800 reduziert. Massenentlassungen und hohe Arbeitslosigkeit von ca. 6,2 % prägen das Bild des Hauptwerks des Konzerns in Wolfsburg.

Für die Arbeitslosen wie für die Kollegen in Arbeit stellt sich die Frage, wie es weitergehen wird mit der Wirtschaft und somit mit ihnen selbst.

Der VW-Konzern, besonders sein Hauptwerk in Wolfsburg, waren über Jahre hinaus die Gallionsfigur des Aufschwungs des westdeutschen Kapitalismus. Heute gibt dieses Werk ein Beispiel dafür ab, daß der Kapitalismus mit seinen Eigentumsverhältnissen eine überholte und die Entwicklung hemmende Produktionsweise ist.

Der VW-Konzern ist den Gesetzen der kapitalistischen Profitwirtschaft unterworfen. Das Streben all seiner Manager war und ist es, die Konkurrenten zu übertreffen und möglichst höchste Profite zu ergattern.

Ein erbarmungsloser Konkurrenzkampf tobt zwischen den Automobilproduzenten. Dieser Kampf hat dazu geführt, daß auf Teufel komm raus produziert wird und die fertigen Waren jetzt auf Halden stehen, weil man keine Käufer findet, die die hohen Preise zahlen können.

Die Produktivkräfte werden zerstört

Der VW-Konzern hat versucht, diese Schwierigkeiten, die auf dem Markt entstanden sind, auf die typische Weise der Kapitalisten zu lösen.

Mit etwa 10 Kurzarbeitsperioden, die teilweise den gesamten Konzern betrafen und die je eine Woche dauerten, wurde die Produktion gedrosselt, nutzlos standen Maschinen und Menschen herum, weil der Konzern in der Zeit keine Verwendung für sie hat.

Mit Rationalisierungen werden im VW-Werk die Anlagen und Maschinen hochgetrimmt, um höhere Stückzahlen zu fahren.

Aller Fortschritt in der Produktion dient im Kapitalismus zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse.



VW-Transporter in Hannover auf Halde

Die Menschen, die an den Maschinen arbeiten, werden immer stärker zum Anhängsel der Maschinen und ihrem Lauf untergeordnet.

Die ausgebildeten Fähigkeiten der einzelnen Arbeiter werden zerstört und nicht fortentwickelt. Hunderte von ausgebildeten Arbeitern aus dem Werkzeugbau oder Vorrichtungsbau werden an die Bänder gestellt, ebenfalls Hunderte von ausgelernten Lehrlingen, die ihre erworbenen Fähigkeiten, Maschinen und Anlagen zu bauen, nicht einsetzen können.

Maschinen stehen still

Gleichzeitig stehen in den Hallen Maschinen und Anlagen herum, die nicht benutzt werden und auf denen man auch anderes herstellen könnte als Autos. Diese Maschinen stehen herum, weil sie zuviel sind für den derzeitigen Bedarf der Autoproduktion des Konzerns. So werden Schnittpressen in der Halle 2 nur wenige Tage im Monat eingesetzt. In der Druckerei der Halle 16 stehen unbenutzte Drehbänke herum, an denen nichts gemacht wird und keine Arbeiter stehen, weil sie versetzt oder entlassen sind.

In gleicher Weise betrifft es Hallen, in denen die Werkzeugmacher arbeiten. Unbenutzt sind die Arbeitsplätze und Werkzeuge. Untätig sind viele der Werkzeugmacher, die rausgesetzt worden sind. Sie finden keine Arbeit. Ebenso wie Hunderte von Jugendlichen, die keinen Beruf lernen können, weil sie niemand ausbilden will.

Jetzt sind es bereits 12 % der Jugendlichen Wolfsburgs, die arbeitslos sind.

Ausgebildet werden könnten sie, dafür gibt es genügend Möglichkeiten im VW-Werk.

Nun warten viele Kollegen darauf, daß sich die Lage wieder bessern wird, wieder Arbeit da ist und sie angestellt werden. Ein Widersinn. Bereits jetzt gibt es genug zu tun und für alle wäre genug Arbeit vorhanden um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Zum Beispiel sind augenscheinlich in Wolfsburg zu wenig Busse und ein ganz mieses Nahverkehrsnetz vorhanden. Deswegen, weil die Stadt kein Interesse hat, dafür Geld auszugeben.

Würde die Produktion nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen geregelt werden, könnten sehr schnell Busse für den Nahverkehr und andere notwendige Transportmittel für die Bevölkerung hergestellt werden.

Die Umgebung von Wolfsburg ist von der Landwirtschaft geprägt. Nötig wären bessere und mehr Maschinen, um die Ernten schneller einzubringen und die Felder zu bestellen. Würden die Arbeiter und Bauern die Macht haben, könnten diese Bedürfnisse befriedigt werden.

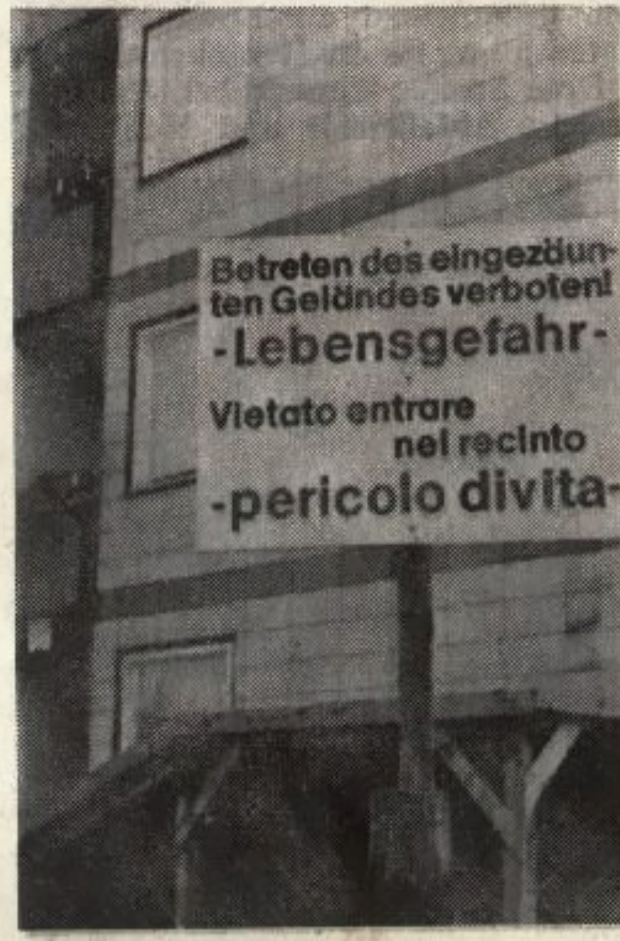
Nichts von all dem wird in Angriff genommen, weil der Konzern nach Profiten im Automobilbau strebt und nicht die Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes oberstes Gebot der Produktion ist.

Schmücker und die Großaktionäre der Banken grämt es, daß das Wachstum der Vorjahre vorbei ist. Keinen von denen juckt es, daß Menschen und Anlagen da sind, die viel Nützliches herstellen könnten. Sie sind nicht einmal bereit, die unbenutzt dastehenden Anlagen und Machinen zur Ausbildung der Jugendlichen zur Verfügung zu stellen.

Das sind gegensätzliche Interessen, die hier aufbrechen. Während die Manager und Großaktionäre, weil ihre Profiterwartungen nicht erfüllt werden, die Milliardenwerte verrotten lassen, die die Arbeiter hergestellt haben, haben die Arbeiter kein Interesse daran und könnten schon etwas damit anfangen.

Der VW-Konzern zeigt allen Arbeitern, wie die kapitalistische Profitwirtschaft die Entwicklung der Produktivkraft hemmt

Der VW-Konzern läßt die Anlagen verkommen und verdammt die wichtigste Produktivkraft, die Arbeiterklasse, auf die Straße, wo ihre Fähigkeiten verkommen, oder bildet sie gar nicht erst aus wie die Arbeiterjugend, die keine Ausbildung erhalten. Die Krise der kapitalistischen Profitwirtschaft und die Fesselung der Produktivkräfte wirkt sich auf alle Teile der Bevölkerung und die gesamte Stadt aus.



Wohnblocks verrotten

Nagelneue Häuser und hundert große Wohnungen stehen leer, während man in welchen wohnen muß, deren Eingänge mit den Worten "Vorsicht, Lebensgefahr!" beschrieben sind. Kleinere Geschäfte machen dicht, weil die Menschen sich zurückhalten müssen im Kauf von Gütern, weil das Geld knapper wird.

Die Kriminalität steigt. In Fallersleben, einer Vorstadt von Wolfsburg, ist sie mit die höchste in ganz Westdeutschland.

Die Produktionsverhältnisse sind zu eng, um die gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen.

Vernichtet werden die Menschen wie die Maschinen. Sie werden brach gelegt, damit die restliche Produktivkraft noch profitbringend ist und die Profitschinderei wieder von neuem ausgedehnt werden kann, bis sie in größerem Umfang wieder zusammenbricht. Dies wird es solange geben, wie es das Privateigentum an Produktionsmitteln gibt und das damit verbundene Streben nach Profiten. **Die Arbeiter sind die erste und wichtigste Produktivkraft, sie haben die Maschinen gebaut, mit denen die Autos hergestellt werden, sie sind es, die alles herstellen in dieser Gesellschaft. Sie allein sind in der Lage, die Profitfesseln zu sprengen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu entwickeln, der mit der schrankenlosen Entfaltung der Produktivkräfte verknüpft ist.**

Solange die Kapitalisten die Macht haben, wird es keine Produktion nach den Bedürfnissen der Gesellschaft geben, weshalb ihnen die Macht entrissen werden muß und die Produktionsmittel enteignet und damit die Arbeiterklasse die Produktion selbst leitet und den Sozialismus aufbaut.

–W., VW Wolfsburg–

„Wissenschaftliche" Planung des Personalabbaus

Wie schmeißt man Arbeiter und Angestellte am geschicktesten, am billigsten und ohne weitere Unruhe zu schaffen auf die Straße?

Zu diesem Thema veranstaltete jetzt, wo seit einem halben Jahr mehr als eine Million arbeitslos sind, das "Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft" ein wissenschaftliches Seminar.

Dieses Kuratorium der Kapitalisten, in dem der DGB mitarbeitet, hat die Aufgabe, wissenschaftlich zu untersuchen, wie aus den Kollegen mehr Arbeit herausgepreßt werden kann. Mit Hilfe dieser Wissenschaft gehen die Kapitalisten jetzt daran, ihr Vorgehen bei Entlassungen und Kurzarbeit zu untersuchen und am "zweckmäßigsten" auszurichten.

Das ist notwendig geworden, denn in den Betrieben entwickelt sich der Widerstand gegen die Krisenmaßnahmen der Kapitalisten. Dazu heißt es in dem Bericht über das Seminar des Kuratoriums im "Handelsblatt", dem Sprachrohr der Industrie: "Negative Auswirkungen drohen beim Personalabbau auf das Betriebsklima." (Handelsblatt vom 20./21. Juni)

Für das wissenschaftliche Geschäft wurden Fachleute geholt. Der Personalchef der Ford-Werke und der Leiter des Bereiches Planung und Arbeitsrecht bei Ford trugen ihre Erfahrungen vor. Sie haben besonders breite Erfahrungen gesammelt, denn seit 1973 wurden bei Ford zehntausend Kollegen rausgesetzt, über zwanzig Prozent der Belegschaft.

Die Herren betonten in ihren Vorträgen immer wieder, wie wichtig es ist, den Betriebsrat frühzeitig in die Entlassungs- und Kurzarbeitspläne einzuspannen und ihn zum Werkzeug der Geschäftsleitung zu machen.

"Wenn es darum geht, kurzfristig Kurzarbeit einführen zu müssen, helfen nur Verhandlungen mit dem Betriebsrat." Wenn sich mit Abfindungen nicht genügend Kollegen auf die Straße setzen lassen und die Kapitalisten weitere Arbeiter entlassen wollen, *"dann kommt es auch hier auf gründliche Vorbereitungen in Absprache mit dem Betriebsrat an"*. (Handelsblatt vom 20./21. Juni)

Der Ford-Betriebsrat hatte mit der Geschäftsleitung schon 1972 "Richtlinien" festgelegt, damit größere Entlassungsschübe reibungslos ablaufen konnten. Jeder Widerstand der Belegschaft gegen Entlassungspläne sollte von vornherein abgefangen werden.

Dieser Betriebsrat hat dann auch bei den letzten Betriebsratswahlen von der Belegschaft die Quittung für die Politik des Kopfnickens bekommen. Seine Vertreter verloren die Mehrheit im Betriebsrat. Die führenden Vertreter dieser Politik wurden nicht mehr zu freigestellten Betriebsräten bestimmt. Sie wurden wieder an die Arbeit geschickt.

Der DGB-Bundesvorstand hatte auf das Seminar ebenfalls einen Referenten geschickt.

Was wird er den Kapitalisten erzählt haben? Das kann man leicht aus folgendem ersehen: In der "Welt der Arbeit", der Wochenzeitung des DGB, vom 20. Juni werden die Vorschläge zum Personalabbau, die die IG Metall dem VW-Vorstand unterbreitet hat, lobend hervorgehoben: *"Sofort zu Beginn der Aktion (der Massenentlassungen bei VW) drängte die IG Metall, wie in Salzgitter zu erfahren ist, daß die Konzernleitung die Aufhebungsverträge auf Kosten der Massenentlassungen forciere. ... Die Vorschläge der Gewerkschafter stießen auf fruchtbaren Boden, zumal deutlich wurde, daß das Werk dabei besser fuhr, denn bei Aufhebungsverträgen konnte auf jene Werksangehörigen gezielt werden, die noch nicht allzu lange dem Unternehmen angehören. Bei Massentlassungen muß ein Sozialplan ausgearbeitet werden, der, zumal bei älteren Arbeitnehmern, höhere Abfindungen enthält."*

Die bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften schlagen also den Kapitalisten vor, wie sie am geschicktesten den Personalabbau vornehmen können. Sie verwiesen den VW-Vorstand auf die Spaltungshebel, die er verwenden soll, damit "das Werk besser fuhr".

Wie die Entlassungspläne der Kapitalisten erfolgreich bekämpft werden können, darum geht es den bürgerlichen Gewerkschaftsführern nicht. Gehen sie doch davon aus, daß, wenn es die Profite der Kapitalisten verlangen, nun einmal Entlassungen vorgenommen werden müssen. Die Arbeiter zusammenzuschließen, um den Kampf zur Abschaffung dieses kapitalistischen Ausbeutungssystems zu organisieren – diese Aufgabe weisen die bürgerlichen Gewerkschaftsführer weit von sich. Stattdessen machen sie auf den Tagungen der Kapitalisten Vorschläge zur Zusammenarbeit, wie "das Werk am besten fährt" und die Entlassungen am "zweckmäßigsten" durchgezogen werden.

g.b.

Betriebsratswahl Bayer Leverkusen

Die Einheit der Arbeiter den Kapitalisten-Massnahmen entgegenstellen

Von 64,6 auf 83,5 Milliarden DM, um 28 %, stieg der Umsatz der Chemieindustrie 1974 in der Bundesrepublik. Der Exportanteil wuchs von 40 auf 44 Prozent.

Im ersten Vierteljahr 1975 sank der Umsatz im Verhältnis zum gleichen Zeitraum im Vorjahr um 9 %.

Die Produktion fiel um 15 % zurück.

Mit zahlreichen Mitteln versuchen die Chemiekapitalisten jetzt ihre Profite zu sichern und weiter zu erhöhen, indem sie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Kollegen verschlechtern. Im Mai mußten 36'400 in der Chemie kurzarbeiten. Eine weitere Erhöhung der Kurzarbeit ist geplant.

Wie die Kapitalisten bei Bayer Leverkusen vorgehen, wurde in der KVZ 22 geschildert.

In den Betriebsratswahlen bei Bayer Leverkusen ging es darum, wie den Angriffen geschlossen entgegengetreten werden kann.



Produktion in Brasilien. Die westdeutsche Chemieindustrie weitet die Produktion in Billig-Lohnländer aus.

Die Lage: Krisenmaßnahmen bei Bayer nehmen zu

Gegenüber 1973 hatte Bayer im Verlauf des vergangenen Jahres seinen Gewinn ungefähr verdoppeln können (vgl. KVZ Nr. 22). Damit es mit dem Profit trotz vermehrter Absatzschwierigkeiten dennoch "schwungvoll" weitergeht, hatte die Werksleitung seit Anfang des Jahres eine Reihe von Krisenmaßnahmen durchgeführt, die sowohl das Vertrauen der Bayer-Werker in die Stabilität von Bayer erschütterte als auch zu ausgesprochener Empörung führten:

- Einstellungsstopp seit Januar
- Umsetzungen in größerem Umfang seit Februar/März
- Zwangsurlaub im April – um "Kurzarbeit zu vermeiden"
- Gesundschrumpfungsankündigungen im Mai
- Kurzarbeit im Massenausmaß im Juni/Juli.

Hatten wir noch in der KVZ Nr. 22 von zehntausend Kurzarbeitern berichtet, so steht jetzt fest, daß in zwei Wochen im Juni und Juli über 16 000 Bayer-Werker kurzarbeiten werden, also nahezu die Hälfte der Belegschaft.

In der letzten Mai-Woche fanden die Betriebsratswahlen bei Bayer-Leverkusen statt.

Nie zuvor war die Anteilnahme der Belegschaft so stark gewesen und nie zuvor wurde um die einzelnen Konfliktpunkte so heftig gestritten wie diesmal.

Nie zuvor wurde auch so viel Propagandamaterial unter den Bayer-Werkern verbreitet.

Es ging schon los mit der Frage: Sollen die Arbeiter und Angestellten gemeinsam oder getrennt wählen?

Insbesondere die **DAG** hatte die Gruppenwahl zum Programmpunkt ihrer Liste erhoben. *"Sicherung der Gruppenrechte"* hieß es da. Und tatsächlich schaffte es diese Spalterorganisation, die Gruppenwahl hinzukriegen.

Zwar hatte sich die Belegschaft gegen die Gruppenwahl entschieden, dann wurde jedoch aus formalen Gründen durch das Arbeitsgericht die Wiederholung angeordnet. Obwohl auch bei dieser Abstimmung sich die Mehrheit für die Gemeinschaftswahl entschied, kam es trotzdem zur Gruppenwahl: beim zweiten Mal war die Wahlbeteiligung nicht hoch genug.

Damit hatte die DAG schon ihr Hauptziel erreicht. Denn ihr ging es nur darum, die Angestellten zu gewinnen. Und zwar dadurch, daß sie auf ihre Trennung von den Arbeitern anspielte und auf das Bewußtsein, etwas "Besseres" zu sein.

Die IG Chemie stellt seit Jahr und Tag den Betriebsratsvorsitzenden.

Und seit Jahr und Tag heißt dieser Betriebsratsvorsitzende Hans Weber. Unter den fortschrittlichen Gewerkschaftsmitgliedern reicht Hans Weber an die Beliebtheit von Prof. Grünewald (Vorstandsvorsitzender) heran und kaum etwas hält viele Kollegen vom Eintritt in die Gewerkschaft mehr ab als die Person Hans Webers und das, was sich mit ihm verbindet.

Denn: Zwar darf man von ihm laut Gerichtsbeschluß nicht behaupten, er sei Millionär und besitze in Leverkusen 24 Häuser oder Wohneinheiten und mehrere wertvolle Grundstücke oder er habe mit Hilfe von Bayer sich wertvollen Baugrund verschafft und dann wieder an Bayer verkauft.

Man darf aber behaupten, daß dies alles auf eine nahe Anverwandte von ihm zutrifft, nämlich seine Frau, für die er nur die Geschäfte geführt hat.

Hans Weber war es auch, der den Aufbau eines gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpers bisher verhindert hat.

Es gibt zwar einen betrieblichen Vertrauensleutekörper, aber keinen gewerkschaftlichen, obwohl die Satzung der IG Chemie das vorschreibt, und das auch schon seit Jahren gefordert wird.

Hans Weber kümmerte das wenig; auf eine Ausschlußdrohung durch den Landesvorstand wegen satzungswidrigen Verhaltens reagierte er mit einer – Austrittsdrohung.

Es gibt in diesem Riesenbetrieb also noch nicht mal die elementarste gewerkschaftliche Organisation, nämlich die Vertrauensleute.

Mit diesem Millionärsgatten ging die IG Chemie als Listenführer in die Wahl.

Die IG Chemie hatte jedoch auch als einzige Liste ein konkretes "Sachprogramm" vorzuweisen.

Dieses "Sachprogramm" vereinte viele Elemente in sich: berechtigte Forderungen – zum Beispiel 14. Monatsgehalt anstelle der willkürlich gezahlten Jahresprämie. Forderungen, die astrein vom Vorstandsvorsitzenden Grünewald hätten auch kommen können: **"Unfallverhütung durch bessere Einweisung des Arbeitnehmers in seinen Tätigkeitsbereich und erweiterte Schulung des Sicherheitsbeauftragten."**

Die Arbeitsunfälle und das Gesundheitswesen sind brennende Probleme. Aber es liegt nicht an der Unwissenheit oder der Unachtsamkeit der Kollegen, wenn häufig Unfälle passieren.

Wenn zum Beispiel ein Kollege an einem Farbenmischer die Öffnungsvorrichtung im falschen Zeitpunkt bedient, dann deshalb, weil er das an mehreren Maschinen in genauer zeitlicher Abfolge zig-mal am Tag machen muß und ihn das die Konzentration kostet und ihn kaputtmacht.

Mit der Einweisung hat das jedenfalls wenig zu tun.

Am wichtigsten war jedoch, wozu die IG Chemie-Liste nichts sagte, nämlich zu den Problemen der bevorstehenden Entlassungen, die einfach mit dem "kräftigen Aufschwung zum Jahresende" übertüncht wurden.

Es war also so, daß die IG Chemie-Liste einige Konfliktpunkte konkret ansprach, einzelne richtige Forderungen aufstellte, zum Teil sich direkt auf den Standpunkt des Vorstandes stellte und zu den **entscheidenden** Fragen einfach nicht Stellung nahm.

Die oppositionellen Listen

Die oppositionellen Listen führten den Wahlkampf ganz wesentlich gegen die Person Hans Webers bzw. seine Führungsclique persönlich.

So zum Beispiel die Liste der "oppositionellen Gewerkschafter". "Contra Weber" hieß ihr Wahlprogramm, und sonst gar nichts.

"Zeigt Hans Weber ... die rote Karte, die gelbe hat er schon!", tönte die rechte, CDU-nahe und ausgesprochen antigewerkschaftliche Gruppe Mia Slodowy/unabhängige Angestellte.

Gleichzeitig nannten die Vertreter dieser Liste einige tatsächliche Probleme beim Namen, die die IG Chemie nicht erwähnte – weil Hans Weber eben diese Vereinbarungen getroffen hatte, zum Beispiel die Bewertung der einzelnen Arbeitsplätze, die mit den Betroffenen geregelt werden müsse, und die schlechte Regelung hinsichtlich der Überprüfung von Arbeitsbeginn und -ende durch die Meister.

Gegen die "Arbeiterverräter" und "Sesselhocker" um Hans Weber traten auch die "klassenbewußte(n) Arbeiter in den Betriebsrat!" an. Dahinter standen drei Kollegen der Gruppe Rote Fahne (KPD).

Neben wiederum richtigen Forderungen wie der gegen die Umgruppierungen und Neubewertungen wollte diese Liste die Bayer-Kollegen auf die *"Front gegen Imperialismus und Sozialimperialismus"* festlegen. Waren viele Kollegen bereit, sich gegen die Krisenmaßnahmen des Bayer-Vorstandes zusammenzuschließen, so waren sie nicht bereit, die Programmvorstellungen der Gruppe Rote Fahne mitzumachen.

Zwar erhielt die Gruppe Rote Fahne 500 Stimmen, vor allem aus Empörung darüber, daß ihre für den Betriebsrat kandidierenden Kollegen kurz vor der Wahl aus dem Betrieb geworfen würden sollten und der Betriebsrat dem auch noch zugestimmt hatte.

Wozu die Gruppe Rote Fahne wirklich gekommen ist, zeigte sich einige Tage später. An der "Protest"demonstration gegen die Entlassungen durch die Leverkusener Innenstadt nahmen etwa 30 Leute teil, die selbst sagten, daß sie *"zur Unterstützung"* zum Teil aus Köln und Düsseldorf gekommen waren.

Das Ergebnis

Bei den Arbeitern:

Liste 1, Oppositionelle Gewerkschafter – keinen Sitz

Liste 2, Klassenbewußte Arbeiter – einen Sitz (der Sitz ging aufgrund der Entlassung an die Gruppe Mia Slodowy verloren)

Liste 3, Christlicher Gewerkschaftsbund – einen Sitz

Liste 4, IG Chemie-Papier-Keramik (bisher 18 Sitze) – 19 Sitze

Liste 5, Unabhängige Handwerker (CDU) – einen Sitz

Liste 6, Gruppe Mia Slodowy (bisher 8 Sitze) – 5 Sitze.

Bei den Angestellten gab es vier Listen – IG Chemie, Unabhängige Angestellte, DAG, Christlicher Gewerkschaftsbund.

Von 22 Sitzen holte sich hier die IG Chemie 10.

Insgesamt also ein Erfolg der IG Chemie, die von 49 Sitzen im Betriebsrat 27 stellt.

Die Lehren

Das Ergebnis zeigt das Vertrauen der Arbeiter in ihre elementarste Organisation – die Einheitsgewerkschaft.

Die Stimmung unter den Kollegen ist kämpferischer geworden. Viele Bayer-Werker vergleichen schon jetzt ihre eigene Entwicklung mit der der Kollegen von VW in Wolfsburg, die ja allgemein bekannt ist.

Trotzdem kommt das in Betriebsratswahlen nicht unmittelbar zum Ausdruck. Denn der alte Betriebsratsfürst Hans Weber ist mit übergroßer Mehrheit wiedergewählt worden (mit den Stimmen der Gruppe Mia Slodowy).

Dazu kam es, weil die klassenkämpferischen Kräfte den Kampf gegen Hans Weber persönlich in den Vordergrund stellten, oder aber die Gewerkschaft zur Zweitpartei machen wollten. So konnte Hans Weber den Gedanken der starken Gewerkschaft, die die elementaren konkreten Arbeiterinteressen verfolgt, in reformistische Bahnen lenken, den Gedanken des Zusammenschlusses der Arbeiter zu starken Gewerkschaften gegen alle "Sektierer" ausspielen.

Der Verlauf und das Ergebnis der Betriebsratswahl bei Bayer kann als gute Lehre dienen, wie der Kampf um den Betriebsrat zu führen ist. Es gibt nur eine Alternative: Entweder die Belegschaft einigt sich auf die aktuellen Forderungen des Kampfes gegen den Unternehmer und die klassenbewußten Teile der Belegschaft, der Gewerkschaft arbeiten auf diesen Zusammenschluß hin, oder der Kapitalist kommt ungeschoren davon, während die alten sozialdemokratischen Betriebsratsfürsten wieder in Amt und Würden sind.

Die Folgen haben sich schon bald gezeigt:

Es wird bei Bayer entlassen, zwar unter der Hand, und mit der Begründung, es handle sich um Bummelanten. Aber in Wirklichkeit geht es darum, daß mit den angekündigten Rationalisierungen nunmehr ernst gemacht wird.

–H.–

Kalle: 70 Prozent sollen kurzarbeiten

Wiesbaden. Bei Kalle, dem größten Indus...ebetrieb Wiesbadens, der zum Hoechst-Konzern gehört, sollen jetzt 70 % kurzarbeiten; das sind 5 600 Kollegen. Damit sollen Rationalisierungsmaßnahmen im größerem Umfang eingeleitet werden. Für den Teil der Kollegen, die schon seit Anfang 1975 kurzarbeiten, bedeutete das bis zu 300 DM weniger Lohn monatlich.

VEBA: 2 Monate stillgelegt

Verschiedene Raffinerien und Chemieanlagen der VEBA werden stillgelegt. Die Raffinerie in Emden vorerst für zwei Monate. Die Beschäftigten müssen kurzarbeiten.

Anfang 1975 war die VEBA mit der Gelsenberg AG auf Betreiben der SPD/FDP-Bundesregierung zum größten westdeutschen Mineralölkonzern zusammengefaßt worden. Der Bund ist mit 50 % bei der VEBA beteiligt.

BASF: Anträge auf Kurzarbeit

Ludwigshafen. Die BASF-Geschäftsleitung hat dem Betriebsrat drei Anträge auf Kurzarbeit vorgelegt. Etwa 4 200 Kollegen sollen in den Bereichen Kunststoffe und Farben drei Monate lang kurzarbeiten. Am Mittwoch, den 25. Juni, entschied der Betriebsrat darüber. Zugleich hat sich der Betriebsrat den Kopf der Kapitalisten zerbrochen und Sparmaßnahmen ausgeklügelt, die auf steigende Arbeitshetze hinauslaufen.

Kapitalistenverbände fordern:

Tarifrecht einschränken!

Der Vorsitzende von Gesamtmetall, Kirchner, stellte kürzlich Überlegungen zur Reform des Tarifrechtes an.

Dies tat er in der Bourgeoispresse "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Kern dieser Überlegung ist es, wie die Arbeiter und insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder aus den Tarifauseinandersetzungen herausgehalten werden können. Dies, weil sie angeblich nicht von "gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten" ausgehen würden. Stattdessen soll ein "neutrales" Gremium Richtwerte angeben, an denen sich die Tarifpartner orientieren sollen. So würde die lange Prozedur der Verhandlungen verkürzt, und die Gewerkschaftsvorstände hätten nicht die Schwierigkeiten, das ausgehandelte Ergebnis in der Mitgliedschaft durchzusetzen, weil das Ergebnis nicht so weit von den aufgestellten Forderungen liegt.

Damit sollen "hochgespielte Emotionen", "die nichts mit Sachverstand zu tun haben", vermieden werden. So weit die Vorstellungen von Kirchner.

Hans Mayr, verantwortlich für Tariffragen im IG-Metall-Hauptvorstand, hat in der letzten Nummer der "Metall" darauf geantwortet. Er spricht sich strikt gegen diesen Vorschlag aus.

Sehr viel neues steckt in dem Kirchner-Vorschlag eigentlich nicht.

Daß die Kapitalisten versuchen, die Arbeiter aus den Tarifverhandlungen herauszuhalten, ist bekannt; sie wollen lieber mit den Führern der Gewerkschaften verhandeln, da haben sie mehr Aussicht auf Erfolg. Kirchner hebt in seinem Vorschlag den mangelnden gesamtwirtschaftlichen Überblick und den mangelnden Sachverstand der Arbeiter hervor und kommt dann letztendlich zu dem Schluß, daß die Arbeiter zu dumm seien, die Notwendigkeit einer hohen Ausbeutungsrate zu erkennen; deshalb sollten sie sich raushalten. Einseitig seien die Arbeiter, sagt er.

Hans Mayr läßt sich diesen Vorwurf nicht gefallen. Brüskiert weist er die Vorschläge von Kirchner zurück. Das sei ja nun doch zu viel, die Mitglieder auszuschalten. Das hätte es noch nie gegeben in den Gewerkschaften.

Er weist auch den mangelnden Sachverstand zurück. Die Gewerkschaften wären immer von der Verantwortung für das allgemeine Wohl ausgegangen und seien nicht einseitig. **Das war nun das schlimmste, was Mayr passieren konnte, Einseitigkeit ihm vorzuwerfen! Ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionär ist nicht einseitig. Er überlegt immer für die andere Seite "mit".**

Wie er überhaupt immer "mit" will: mitverantworten, mitverhandeln, mitbestimmen, mitentlassen, immer "mit", mit den Kapitalisten und nie gegen. Das ist der Tenor des Kollegen Mayr.

Und durch dieses "mit", meint er, wären auch schon gute Erfolge erzielt worden.

Er scheint die letzten Verhandlungsergebnisse vergessen zu haben, wo die Kapitalisten und ihre Presse in lauten Jubel verfallen sind über den vernünftigen Abschluß. Und die Gewerkschaftspresse nur sagen konnte: Jetzt muß der Aufschwung kommen. Aber er kam nicht!

Was ist nun von Mayrs Feststellung, daß die Mitglieder noch nie ausgeschaltet worden seien, zu halten?

Nicht viel. Erstens kann man sich gut daran erinnern, wie im letzten Jahr in der IG Metall die Forderungen aufgestellt wurden. Da war plötzlich in einem Bezirk die Forderung da, und der Hauptvorstand hat sie gleich für alle übernommen. Das gleiche beim Abschluß, nichts war mit Einbeziehung der Mitglieder. Schlimmer noch bei der IG Chemie. Da wurde erst gar keine Forderung aufgestellt. Der Vorstand trat in Verhandlungen, und plötzlich lag ein Abschluß vor, ohne daß es jemals eine Forderung gegeben hätte. Der Abschluß wurde erst nach einigen Tagen den Mitgliedern bekanntgegeben. Der notwendige Protest blieb nicht aus, Mitgliederversammlungen kritisierten dieses Vorgehen des Vorstandes scharf und wiesen es zurück.

Das scheint ihnen doch irgendwie in den Knochen zu sitzen. Deshalb jetzt das Ausweichen von Mayr.

Es ist also nichts Illusionäres, was der Kirchner da vorschlägt, sondern einiges davon wurde schon praktiziert, und mit Erfolg – für die Kapitalisten.

Die Kapitalisten sehen derzeit die Notwendigkeit, härter auf die Lohnfragen zu antworten. Das haben sie während der Tarifrunden gezeigt und bei den Kürzungen der übertariflichen Zahlungen.

Nun bereiten sie sich auf die nächsten Lohnauseinandersetzungen vor. Die Arbeiter werden es auch tun müssen. Mit Auffassungen wie sie Mayr vertritt wird ihnen das nicht möglich sein.

d.b.

Vertrauensleutewahlen müssen die Kampfkraft der ÖTV stärken

Mannheim. In den nächsten acht Wochen finden hier in den Städtischen Krankenanstalten wie in allen öffentlichen Betrieben Neuwahlen der ÖTV-Delegierten und der Vertrauensleute statt.

Grundlage dafür sollen die neuen Leitsätze zur Arbeit der Vertrauensleute sein, die der Hauptvorstand im April veröffentlicht hat.

Mit diesen Leitsätzen versucht die Gewerkschaftsführung zweifelsohne, die Vertrauensleute stärker als bisher an die Kreisverwaltungen zu binden, an Kreisverwaltungen, die nicht den einheitlichen kampfstarken Zusammenschluß der Beschäftigten im öffentlichen Dienst organisieren, sondern die Zusammenarbeit im Interesse des Gesamtwohls vertreten. Sie wenden sich gegen jede kampfbewußte selbständige Entwicklung der ÖTV-Mitglieder.

In vielen Betrieben ist in den letzten Jahren Leben in die unteren Vertretungsorgane gekommen. Besonders bei den Tarifrunde, aber nicht nur da, wurden die Vertrauensleute zu echten Vertretungsorganen der Kollegen, oft im Gegensatz zur Politik der Gewerkschaftsführung. Und man kann feststellen, daß in vielen Betrieben, wo sich die Mitglieder regten, diese Vertrauensleutekröper eine gewisse Selbständigkeit gewonnen haben gegenüber den Kreisverwaltungen. Die stärkere Bindung wird also nicht so einfach sein, wie sich der Hauptvorstand das wünscht.

Als vor vier Jahren das letzte Mal gewählt worden ist, gab es nicht wenige Betriebe, besonders da, wo die ÖTV noch schwach vertreten war, wo die Posten in der Kreisdelegiertenkonferenz oder im Vertrauensleutekörper im sozialdemokratischen Kreis einfach ausgehandelt wurden, und manch einer verteidigt bis heute seinen Posten, obwohl er nie gewählt wurde.

Die Anteilnahme der Mitgliedermassen an der Politik der ÖTV hat in diesen Jahren aber zweifelsohne zugenommen, viele Kollegen haben sich organisiert, gewerkschaftliche Strukturen wurden aufgebaut und Auseinandersetzungen über die Arbeit dieser Gremien wurden geführt.

Die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst brauchen kämpferische Gewerkschaften heute dringender denn je

Nach der letzten Tarifrunde, die eine Niederlage bedeutet hatte, drängt die Bourgeoisie danach, nachzusetzen, den zwei Millionen Beschäftigten das Streikrecht zu nehmen, und verlangt der staatliche Dienstherr, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sich politisch für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einsetzen.

Längst beschränkt sich die politische Unterdrückung und Bespitzelung nicht mehr nur auf Lehrer, sondern mehr und mehr wird der Radikalenerlaß auch für Arbeiter und Angestellte angewandt.

Um diesem Angriff der Bourgeoisie möglichst geschlossen entgegentreten zu können, brauchen wir eine kampfstarke Gewerkschaft.

Dieser Ansicht sind die diversen Kreissekretäre und SPD-Funktionäre im Betrieb nicht, denn sie setzen auf die Zusammenarbeit mit dem staatlichen Dienstherrn. Mit ihrer Haltung in dieser Frage bereiten sie die Niederlage vor. Verständlich, daß sie die offene Debatte über diese Punkte fürchten und die Wahlen still und heimlich über die Bühne bringen wollen. Möglichst wenig Versammlungen, möglichst wenig Kandidaten, die "bewährten" Kräfte sollen wieder gewählt werden. Die Krankenhausdirektion und die öffentlichen Arbeitgeber sollen möglichst verschont werden.

Die Vertrauensleutewahlen an den Städtischen Krankenanstalten Mannheim

Unsere Zelle wird versuchen, diesen Vorhaben einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Wir halten es für richtig, daß die Vertrauensleute in ihren Bereichen, wo sie arbeiten, direkt gewählt werden. Bei uns gibt es 700 gewerkschaftlich organisierte Kollegen (von 3 000), und es ist notwendig, alle in die öffentliche Diskussion anläßlich der Wahlen miteinzubeziehen. Und das kann man besser auf Abteilungsversammlungen als auf einer einzigen Mitgliederversammlung, will man doch den Vertrauensmann aus seinem Bereich wählen.

Grundlage für die öffentliche Diskussion und die Wahlen müssen die Forderungen der Kollegen sein, um daraus ein Programm zu erstellen.

Denn es muß Klarheit geschaffen werden über die Aufgaben, und wenn einzelne Kollegen nicht mehr gewählt werden, so muß das ganz bewußt geschehen.

Wie sehen diese Programmpunkte aus?

Gerade ist ein neuer Stellenplan der deutschen Krankenhausgesellschaft bekanntgeworden, nach dem bei uns 120 Pflegekräfte zuviel arbeiten würden.

Um den Abbau des Personals zu verhindern, müssen sich die Kollegen zusammenschließen. Vertrauensleute müssen gewählt werden, die diesen Rationalisierungsmaßnahmen kompromißlos entgegentreten, die Beschlüsse ihrer Kollegen ausführen und auf die Vertrauensleutekörper-Versammlung bringen.

In den letzten beiden Jahren ist die Mehrheit der Mitglieder zum Verdruß der SPD-Funktionäre immer für einheitliche Lohnforderungen eingetreten.

Dieser Programmpunkt ist gleichzeitig eine gute Vorbereitung für die kommende Tarifrunde. Wer für Prozentforderungen eintritt, der scheint es mit der Einheit der Kollegen nicht sehr ernst zu nehmen und darf daher nicht mehr gewählt werden.

Dazu kommen noch spezifische Forderungen aus den einzelnen Abteilungen. In dem OP-Trakt ist die Klimaanlage nach wie vor nicht in Ordnung, die Luft kann man fast schneiden, es müssen größere Aufenthaltsräume her usw.

Doch wir können nicht an betrieblichen Forderungen stehen bleiben

Jeder Kandidat muß sich klar gegen Schieß-Erlaß und Wegnahme des Streikrechts äußern. Es ist Aufgabe der Gewerkschaft, gegen solche staatlichen Maßnahmen anzugehen, Raum zu schaffen für die konsequente Interessenvertretung. Dazu braucht man das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung.

Dazu kommen Forderungen nach sechs Wochen Urlaub und das lang ausstehende Urlaubsgeld.

Als vor zehn Monaten der Kollege Harder wegen seiner Mitgliedschaft im KBW ausgeschlossen wurde, haben sich an die 10 Vertrauensleute gegen diesen Ausschluß ausgesprochen. Und heute ist vielen klar, daß wir die Einheitsgewerkschaft durchsetzen müssen, um in den zu erwartenden Auseinandersetzungen gegen den bürgerlichen Staat bestehen zu können. Also muß ins Programm aufgenommen werden: Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

In den neuen Leitsätzen des Hauptvorstandes heißt es: **"Gewerkschaften sind ... Interessenvertreter der Mitglieder. Das bestimmt den Rahmen ihrer Aktivitäten."**

Das ist richtig. Gegen das Interesse der Mehrheit der Kollegen ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum § 218 gerichtet. Der Kampf für die Abschaffung dieses Paragrafen muß vor allen Dingen von den gewerkschaftlich organisierten Kollegen geführt werden.

Binnen zehn Tagen haben bei uns im Krankenhaus 300 bis 400 Kollegen mit ihrer Unterschrift die Abschaffung dieses Paragrafen und den Volksentscheid gefordert.

Dazu müssen sich alle Vertrauensleute äußern, und es ist klar, daß in den Abteilungen, wo die Mehrheit unterschrieben hat, ein Befürworter dieses Paragrafen keine große Chance hat.

Mit dem Aufstellen dieser Forderungen muß verbunden werden die Prüfung der bisherigen Tätigkeiten der Funktionäre.

Gut gearbeitet hat bei uns der Vertrauensleutekörper bei der Einführung der 40-Stunden-Woche

Zusammen mit der Jugendvertretung hat er die Meinung der Kollegen zusammengefaßt, hat die einzelnen Schritte zur Durchsetzung der Forderungen nach einem Tag frei zusätzlich festgelegt und auch erfolgreich Druck auf den Personalrat ausgeübt.

Doch noch zuwenig ist es gelungen, die Auseinandersetzungen in einzelnen Bereichen über den Vertrauensleutekörper zu einer Sache der ganzen Belegschaft zu machen.

Der Widerstand im Blutkreuzlabor gegen eine Stellenkürzung ist völlig ohne den Vertrauensleutekörper abgelaufen und ging dann nach anfänglichen Erfolgen der Kollegen auch für die Direktion aus. In dieser Auseinandersetzung ist den Kollegen die Bedeutung der Gewerkschaften klar geworden, viele sind mittlerweile in die ÖTV eingetreten und werden in den nächsten Wochen ihre Vertrauensleute wählen.

Nutzen werden wir die Wahlen, um weitere Kollegen für die gewerkschaftliche Arbeit zu gewinnen und die Arbeit auch auf Bereiche auszudehnen, wo vorher noch nicht viel gelaufen ist. Festgehalten werden muß: Überall wo die gewählten Vertrauensleute den Interessen der Kollegen nicht nachkommen, müssen sie jederzeit durch bessere Kollegen ersetzt werden. Die breite Information aller Kollegen über alle gewerkschaftlichen Fragen, Tarifverträge usw. ist notwendig.

Klare Forderungen müssen ebenfalls in den Ausbildungskursen aufgestellt werden, wo bald die ersten Versammlungen der gewerkschaftlich organisierten Kollegen stattfinden.

Unsere Jugendzelle wird daran gehen, Forderungen wie Abschaffung der Internatsordnung und einheitliches Wohngeld für alle als Programmpunkte vorzuschlagen.

Die Notwendigkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren, wird immer mehr junger Kollegen klar, spätestens seit bekannt ist, daß nicht mehr alle Kollegen nach der Prüfung übernommen werden.

Als nächstes müssen die einzelnen Kandidaten befragt werden, wie sie zu diesen Forderungen stehen und diese Forderungen müssen bekanntgemacht werden. Sie müssen Grundlage der Diskussion auf der Mitgliederversammlung nächste Woche werden.

Die Vertrauensleute- und Delegiertenwahlen müssen den Zusammenhalt der Gewerkschaftsmitglieder fördern und den Einfluß der Mitglieder im Betrieb auf Grundlage klarer Forderungen vergrößern. Die Wahlen selbst müssen ein weiterer Schritt zur Durchsetzung dieser Forderungen sein.

–K.–

Ein Arbeitsloser

Essen. Ab 1. Juli wird der ehemalige Stadtdirektor von Kettwig – Grafe – eine monatliche Pension von zirka 3 000 DM beziehen.

Nicht weil er die Altersgrenze erreicht hätte – Grafe ist erst 48 Jahre alt –, sondern weil Kettwig am 1.1.1975 von Essen eingemeindet worden ist. Und weil die Stadt Essen ihm keine "adäquate Stellung bieten kann".

(Ruhrnachrichten vom 16.5.75).

Grafe wird seine Pension sieben Jahrelang beziehen, denn so lange dauert seine "Amtsperiode", und er wird überdies seine freie Zeit nutzen, um seine Bezüge in der Industrie aufzubessern.

Gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Hannover. Die ordentliche Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Hannover-Stadt der GEW hat am 24. Juni beschlossen, eine Beschwerde der Fachgruppe Hochschule an die Schiedskommission der GEW zu unterstützen. Diese Beschwerde richtet sich dagegen, daß die satzungsgemäße Frist von drei Monaten zwischen der Einberufung der Bundesvertreterversammlung vom 8. März und der Vertreterversammlung Niedersachsen, die die Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse beschlossen hat, nicht eingehalten wurde.

Von 116 Anwesenden stimmten 48 ordentliche Mitglieder für die Beschwerde, 20 dagegen, 5 Kollegen enthielten sich. Die restlichen außerordentlichen Mitglieder (Studenten ohne Stimmrecht) traten alle für die Beschwerde ein. Ohne Gegenstimmen wurde ein Antrag verabschiedet, der die Ausschlüsse von inzwischen 95 GEW-Mitgliedern durch den Hauptvorstand verurteilt und in dem der Kreisvorstand aufgefordert wird, diesen Beschluß an die Redaktion von "Erziehung und Wissenschaft", der Zeitung der GEW, zur Veröffentlichung zu senden.

GEW-Westberlin gibt dem Hauptvorstand die Ausschlußvollmacht nicht

Schon auf der Hauptversammlung des GEW-Landesverbandes Hamburg mußte ein "linker Juso" vorgeschickt werden, um den versammelten Mitgliedern die Anerkennung der Säuberungsvollmacht abzutricksen, die sich Erich Frister und sein Hauptvorstand von den Bundesversammlungen der GEW in Mainz und in Köln blanko haben ausstellen lassen.

Auf der Delegiertenversammlung des Landesverbandes Westberlin der GEW war es endgültig nicht mehr möglich, eine Zweidrittelmehrheit zu diesen Ausschlußermächtigungen zusammenzubringen, obzwar nicht nur einzelne Jusos, sondern auch SEW-ler eingesetzt wurden, um zu begründen, daß es eine fortschrittliche Tat sei, dem Hauptvorstand die Mitgliederrechte zu Füßen zu legen.

Die Delegiertenversammlung hat diegenerelle Anerkennung der Satzungsvollmachten des Hauptvorstandes verweigert. Das drückt eine fortschrittliche Tendenz unter den GEW-Mitgliedern aus, an der die Rechten noch zu knabbern haben werden. Die Delegiertenkonferenz wurde ohne das gewünschte Ergebnis abgebrochen und auf Anfang September vertagt. Beschlossen wurde eine Resolution, die es dann zur Aufgabe macht, die einzelnen Satzungspositionen des Hauptvorstandsvorschlages einzeln abzuklopfen und das einigermaßen Erträgliche zu übernehmen.

Der Kompromißvorschlag wurde eingebracht von der wiedergewählten Vorsitzenden des Landesverbandes Westberlin, Kujawa, die zum linken Flügel der SPD gerechnet wird.

Bei diesem Kompromißvorschlag handelt es sich um den verzweifelten Vorschlag, unter einen Deckel zu bringen, was nicht darunter paßt. Es sollen sich auf dem Boden dieses Vorschlages vereinigen diejenigen, die eine Unterwerfung der GEW unter den staatlichen Dienstherrn und die Grundsätze des Beamtentums wollen, mit denjenigen, denen die Schlagkraft und dementsprechend die Einheit in der GEW teuer ist. Dieser "Kompromiß" wird nicht lange halten. Für den Hauptvorstand ist er unannehmbar. Der ganze Tanz wurde vom Hauptvorstand aufgeführt, um die Möglichkeit zur Säuberung gegen den erklärten Mitgliederwillen in die Hand zu bekommen.

Frister und seine Leute werden nicht hinnehmen, daß sie vom Landesverband Westberlin der GEW zensiert werden (so werden **sie** das empfinden), wo doch ihr ganzes Streben auf **Ermächtigung** ging. Und wo der Hauptvorstand ganz genau weiß, daß bloß durch Disziplinarmittel verhindert werden kann, daß in der Lehrerschaft eine Bewegung sich Raum verschafft, die alle Rechte behauptet, die der staatliche Dienstherr den Lehrern bestreitet.

Genau seitdem deutlich wurde, daß die Hauptvorstandspolitik bereit ist, alle Mitgliederrechte dem Dienstherrn zu opfern und angesichts der Verrottung des Schulwesens sich bloß imstande erweist, einerseits Appelle an den Staat loszulassen, er möge dem Bildungsauftrag gerecht werden, und anderseits den Mitgliedern zu sagen: Wenn Euch unsere Politik nicht paßt, dann entfernen wir Euch aus der Gewerkschaft – genau seitdem hat sich eine schroffe politische Front gegenüber dem Hauptvorstand gebildet. Der "Kompromiß" wird also kein langes Leben haben. Für den Hauptvorstand bringt er es nicht, er wird ihm nicht genügen, es sei denn als Einleitung der vollständigen Unterwerfung. Diese wiederum wird von den Mitgliedern nicht gewollt.

Was jetzt vermieden werden muß, ist, sich in die falsche Alternative zwischen entweder Einheit, dann aber Unterwerfung, oder Selbständigkeit, dann Spaltung, drängen zu lassen.

In dieser Alternative befindet sich gegenwärtig die große Mehrheit der Landesdelegierten Westberlin, insofern sie dieser Resolution zugestimmt haben. Als Spaltungsvorwand taugt diese dem Hauptvorstand gerade so gut wie die Ablehnung auch. Gleichwohl ist die taktische Lage nicht so fatal, wie es den ersten Anschein macht. Sie ist dann nicht fatal, wenn der Charakter der Auseinandersetzung klargestellt wird.

Dazu ist es dienlich, sich zu überlegen, daß Erich Frister und Anneliese Hoppe vom Hauptvorstand es vermieden haben, auf der Landesdelegiertenversammlung zu erscheinen. Obzwar sie sich erst vor Wochen noch zur Wahl in diese Körperschaft stellten und es seit Menschengedenken nicht vorgekommen ist, daß sie eine Delegiertenversammlung in Westberlin versäumt hätten. Sie mußten befürchten, daß die Versammlung sich in ein Tribunal gegen die Politik des Hauptvorstandes im ganzen verwandelt, wenn sie dort antreten. Man kann nicht verlangen, daß Frister noch diesen Fehler macht, nachdem er töricht genug war, sich überhaupt den Landesdelegiertenwahlen zu stellen und dabei quittiert bekam, daß die Mitglieder in Berlin die Politik des Hauptvorstandes als zweiunddreißigste Wahl betrachten.

Aus der falschen Alternative von Spaltung und Einheit kommt man aber bloß heraus, indem man festhält, daß auf Basis der Hauptvorstandspolitik die Einheit nicht möglich ist, weil sie Unterwerfung verlangt, und daß demzufolge jeder, der die Einheit der GEW will, dazu beitragen muß, diesen politischen Kurs umzuschmeißen. Hierzu wird es nützlich sein, was schon in Hamburg und jetzt verstärkt in Westberlin gesagt wurde, daß das Verlangen nach einer außerordentlichen Delegiertenversammlung das Mittel sein kann, das der Mitgliederdiskussion den Raum verschafft, den ihr der Hauptvorstand nehmen will.

Erforderlich ist es jetzt, daß die Mitglieder ihrer Kritik an der Politik des Hauptvorstandes Geltung verschaffen in dem Verlangen nach einer außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung zwecks Änderung dieser Politik. Erforderlich ist es, daß die vielen Proteste, die es zum Beispiel gegen die Liquidierung von Kritik und Forderungen durch Ausschluß gegeben hat, darin zusammenfließen. Erforderlich ist es, daß in den GEW-Körperschaften anderer Bundesländer die entschiedene Haltung der Westberliner Delegierten begrüßt wird und Unterstützung findet.

Nicht ohne Grund wurde diese Delegiertenversammlung knapp vor die Schulferien gelegt. Denn die Hauptvorstandsfraktion weiß wohl, daß ihr Scheitern an der Landesdelegiertenversammlung Westberlin der Punkt sein kann, der die virulente Kritik der Mitglieder konzentriert und damit erst gefährlich für sie macht.

M.F.

Seit sieben Wochen Fliesenlegerstreik

Augsburg/München. Die Fliesenleger Bayerns streiken in mehreren bayrischen Städten seit sieben Wochen.

Wiederholt setzten die Unternehmer Streikbrecher ein, die aber von Streikposten rasch vertrieben werden konnten, oder deren Arbeit wieder rückgängig gemacht wurde. Am Mittwoch, dem 18.6., beendeten in Augsburg Streikposten die Arbeiten einer Firma, die im Auftrag der Stadt Augsburg im Neubau der Hauptfeuerwache Fliesen legten. Nachdem die Streikposten die Kacheln wieder entfernt hatten, zog die Firma die Streikbrecher zurück. Der Oberbürgermeister von Augsburg: "Keine Firma macht jetzt mehr mit."

In München taten sich Fliesenleger-Unternehmer zusammen und verrichteten Streikarbeiten. Sie sagten, daß sie dabei die von ihnen angebotenen neuen Tarifsätze, die sie um 11 % senken wollen, erproben konnten. Die Kapitalisten erklärten: Die gesenkten Tarifsätze "können immer noch als ausgezeichnet bezeichnet werden". Fragt sich bloß, warum diese Kapitalisten nicht ihr Geschäft aufgeben und als Fliesenlegerarbeiter ihr Geld verdienen. So "ausgezeichnet" wie die Kapitalisten selber scheinen die Fliesenleger dann wohl doch nicht zu verdienen. Wie sollten die Fliesenlegerkapitalisten auch sonst ihre fetten Gewinne erzielen, wenn nicht durch die Arbeit der Fliesenleger?

–g.b.–

Bielefeld – Carl Severing Schule:

Schülerversammlung - Demonstration

In Bielefeld fand am 18.6. eine Schülervollversammlung und anschließend eine Demonstration der Berufsschüler an den Carl-Severing-Schulen (metallgewerbliche Abteilung) statt.

Über die Zustände an dieser Schule, zum Beispiel den über fünfzigprozentigen Unterrichtsausfall, haben wir schon in den letzten Nummern der KVZ berichtet.

Die Schülervollversammlung am Mittwoch, dem 16.6., die alle Schüler der metallgewerblichen Abteilung zusammenfaßte, sollte zur Diskussion und zur endgültigen Beschlußfassung über die Forderungen dienen, die die SMV (Schülermitverwaltung) schon vor Monaten vorgeschlagen hatte.

Die Schülervollversammlung begann um 8 Uhr. Tagungsort war die Aula der Ingenieurschule mit zirka 800 Sitzplätzen war sie viel zu klein, um die Masse der zirka 1 500 Lehrlinge, die gekommen waren, zu fassen. Auch die Lautsprecherübertragung nach draußen war zu leise, so daß ein großer Teil der Anwesenden nichts verstehen konnte und fortging.

Die einzige größere Halle in Bielefeld, die Oetker-Halle, war der SMV vom Kuratorium der Oetker-Halle nicht zur Verfügung gestellt worden. Im Kuratorium besitzt die Familie Oetker ein Drittel der Sitze.

Anwesend waren der Schulleiter Corsing, einige Lehrer der metallgewerblichen Abteilung sowie einige Handwerksmeister, die Funktionen in der Handwerksinnung haben.

Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten wurden Referate von Mitgliedern der SMV gehalten. Diese Tagesordnung bezog sich auf die Forderungen, die die SMV vorgeschlagen hatte und die in der KVZ Nr. 23 und 24 veröffentlicht worden sind.

Diese Forderungen wurden dann auch sehr heftig und ausführlich über fast 6 Stunden diskutiert. Für die Forderungen sprachen sich die vorn sitzenden SMV-Vertreter, der größere Teil der Lehrlinge, die ans Mikrofon gingen, sowie einige Lehrer aus. Gegen die Forderungen trat in vorsichtiger Form der Schulleiter Corsing auf sowie die anwesenden Handwerksmeister und einige Lehrlinge, die größtenteils der Jungen Union angehörten.

Ein Mitglied der Jungen Union wandte sich gegen die rote Farbe, in der die Transparente im Saal gehalten waren. Im übrigen empfahl er den Lehrlingen, sich von den Kommunisten zu distanzieren und Gespräche mit den Parteien und den zuständigen Ämtern aufzunehmen.

Schulleiter Corsing begrüßte zunächst alle Anwesenden, rief dann die Lehrlinge auf, Zivilcourage zu zeigen und ans Mikrophon zu gehen und appellierte in verschlüsselter Form an die Lehrlinge, die Forderungen zu kritisieren und "bessere" aufzustellen. Bei seinen späteren Diskussionsbeiträgen wandte er sich besonders gegen Forderungen, die gegen die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Berufsausbildung gingen.

Die Handwerksmeister meldeten sich ebenfalls zu Wort. Sie erklärten, daß sie guten Willens seien, Lehrlinge einzustellen, sie aber nicht genug Arbeit hätten, um diese Lehrlinge auch zu beschäftigen. Im übrigen stimme es nicht, daß Lehrlinge in Handwerksbetrieben nur billige Arbeitskräfte seien, sie brächten nur Kosten. Abgenommen hat ihnen das aber niemand.

In der Diskussion über die Forderungen zeigten sich politische Unklarheiten unter der Mehrzahl der versammelten Lehrlinge. Der Hauptmangel war wohl, daß der überwiegenden Mehrheit der Lehrlinge nicht genügend klar war, daß Verbesserungen in der Berufsausbildung nur erreichbar sind gegen die Kapitalisten, gegen deren Verfügungsgewalt über die Berufsausbildung. Viele Diskussionsbeiträge gingen darum vom ökonomisch "machbaren" aus anstatt vom Interesse der Arbeiterklasse und der Arbeiterjugend nach einer umfassenden Berufsausbildung. Ein wirklicher Klassenstandpunkt wurde nur von einigen Lehrlingen vertreten. In den Abstimmungen über die Forderungen der SMV wurden diese dann auch an einigen Punkte zurückgenommen. Hervorheben muß man aber, daß die Forderung nach Einheitsschule von einer Mehrheit der Lehrlinge gebilligt wurde.



Demonstration der Carl-Severing-Berufsschüler

Die Forderungen, die beschlossen wurden, lauten folgendermaßen:

1. Eine einheitliche und gleichwertige Schulausbildung für alle Jugendlichen. – Eine Schulausbildung, die jeden Jugendlichen mit den Hauptzweigen der Produktion theoretisch und praktisch vertraut macht.

2. Angemessenes Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Schulabgänger.

3. Keine Einmischung des Lehrherren in die Privatsphäre des Lehrlings. Streikrecht für alle Lehrlinge.

4. Weg mit der Stufenausbildung – Recht auf 3-jährige Berufsausbildung.

5. 12 Berufsschulstunden an arbeitsfreien Berufsschultagen.

Um 14.00 Uhr hatte die SMV zu einer Demonstration durch die Bielefelder Innenstadt aufgerufen. An der Demonstration beteiligten sich ca. 800 Jugendliche. Es nahmen außer den Berufsschülern auch Gymnasiasten und eine kleinere Zahl von Studenten teil. Ebenfalls beteiligte sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Als Parolen wurden die Forderungen der Berufsschüler mitgeführt. Vor dem Rathaus wurde eine Zwischenkundgebung durchgeführt. Die bürgerlichen Politiker und Parteien wurden aufgefordert, sich zu ihren Wahlversprechungen zu äußern.

Außer Versprechungen hätten die Berufsschüler nichts gemerkt von einer Verbesserung der Lage an den Berufsschulen, wie es die bürgerlichen Politiker im Wahlkampf angekündigt hätten. Der Oberbürgermeister Schwickert wurde aufgefordert, sich gegenüber den Berufsschülern zu äußern. Aber er ließ sich nicht blicken, ebensowenig wie irgendein anderer Verantwortlicher.

Der Demonstrationszug zog dann weiter durch die Stadt und in der Bahnhofsstraße, der Haupteinkaufsstraße, wurde die abschließende Kundgebung gehalten. Ein Mitglied der SMV griff in seiner Rede die Mißstände in der Berufsausbildung an, zeigte, wie das bestehende Schulsystem die Spaltung der Gesellschaft in Klassen widerspiegelt und forderte die Einheitsschule für alle Jugendlichen. Die Berufsausbildung müsse der privaten Verfügungsgewalt der Kapitalisten entrissen werden.

Die Weiterführung des Kampfes an der Carl-Severing-Schule muß sich jetzt auf die Diskussion der Forderungen in den Klassen konzentrieren. Die Konsequenzen dieser Forderungen sind der Mehrheit der Lehrlinge noch nicht klar, wie sich auf der Vollversammlung zeigte. In den Berufsschulklassen muß die Diskussion über den Fortgang des Kampfes geführt werden. Zum neuen Schuljahr 1975/76, das wahrscheinlich eine weitere Verschärfung der Schulsituation bringt, müssen die Lehrlinge zur Fortführung des Kampfes gerüstet sein.

–A., Bielefeld–

Schlechtere Leistungen, höhere Beiträge

Von Kostenexplosion reden bürgerlichen Politiker, wenn auf Kosten des Volkes gespart werden soll

Vor einigen Tagen berichtete der Landesverband der hessischen Ortskrankenkassen, daß die Ausgaben der Kassen im Jahre 1974 um 21,7 % gestiegen sind. Für die Behandlung im Krankenhaus liegt der Ausgabenzuwachs sogar bei 36,4 %, die Ärzte und Zahnärzte holten sich 14,9 % bzw. 21,9 % mehr, und für Arznei und Heilmittel mußten die Versicherten 18,9 % mehr bezahlen. Die Kassen kündigten an, daß die Beiträge in diesem Jahre sicher über 12 % steigen werden.

Im Bundesdurchschnitt lagen die Versichertenbeiträge der Ortskrankenkassen für den Januar 1975 schon bei 10,22 % des Bruttolohns.

Man sollte annehmen, daß es bei so gewaltigen Summen mit der medizinischen Versorgung in der BRD bestens stände. Bekanntlich ist das

der Kern der ganzen lauthalsen Debatte über die "Kostenexplosion" im Gesundheitswesen, und darauf läuft aller Streit darüber hinaus, wo und wie "gespart" werden soll.

Dabei wird ein gewaltiger Propagandaaufwand betrieben, um die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Die Arbeiter sollen vergessen, daß die Ausbeutung durch die Kapitalisten ihre Gesundheit ruiniert und ihnen ihre Glieder verstümmelt. Die fast zwei Millionen Unfallverletzten jährlich sollen zu Lasten ihrer eigenen "Unvorsichtigkeit" gehen. Rundheraus werden die Versicherten selbst zu den Hauptschuldigen der "Kostenexplosion" erklärt. Es wird z.B. so getan, als würden sich die Versicherten durch ein Überangebot an Betten in den Krankenhäusern dazu verführen lassen, sich da möglichst oft und möglichst lange hineinzulegen.

Die bürgerliche Sparpropaganda

Möglichst viele Versicherte bei möglichst wenig Personal und Sachaufwand durchschleusen, das ist das Motto.

Das Gesundheitswesen in der BRD ist für eine kleine Schar von Ärzten, Klinikchefs, Apothekern und Pharma-Kapitalisten ein gesetzlich abgesicherter Goldregen auf Kosten und zu Lasten der Lohnabhängigen.

Der Staat hat den Lohnabhängigen die Verfügung über die Versicherungsgelder abgenommen, und unter seiner Fuchtel können sich einige wenige daran mästen. Dabei ist die Kapitalistenklasse sehr geschickt vorgegangen. Mit der Regelung, daß die Versicherungsbeiträge zur Hälfte von den Kapitalisten und zur Hälfte von den Lohnabhängigen einbezahlt werden, wird der Eindruck erweckt, als bezahlten die Kapitalisten aus lauter Menschlichkeit aus ihren eigenen Taschen zu. Dabei handelt es sich doch nur um einen Teil der Repro-

tige Schulausbildung für alle Jugendlichen. – Eine Schulausbildung, die jeden Jugendlichen mit den Hauptzweigen der Produktion theoretisch und praktisch vertraut macht.

2. Angemessenes Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Schulabgänger.

3. Keine Einmischung des Lehrherren in die Privatsphäre des Lehrlings. Streikrecht für alle Lehrlinge.

4. Weg mit der Stufenausbildung – Recht auf 3-jährige Berufsausbildung.

5. 12 Berufsschulstunden an arbeitsfreien Berufsschultagen.

Um 14.00 Uhr hatte die SMV zu einer Demonstration durch die Bielefelder Innenstadt aufgerufen. An der Demonstration beteiligten sich ca. 800 Jugendliche. Es nahmen außer den Berufsschülern auch Gymnasiasten und eine kleinere Zahl von Studenten teil. Ebenfalls beteiligte sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Als Parolen wurden die Forderungen der Berufsschüler mitgeführt. Vor dem Rathaus wurde eine Zwischenkundgebung durchgeführt. Die bürgerlichen Politiker und Parteien wurden aufgefordert, sich zu ihren Wahlversprechungen zu äußern.

weiter durch die Stadt und in der Bahnhofsstraße, der Haupteinkaufsstraße, wurde die abschließende Kundgebung gehalten. Ein Mitglied der SMV griff in seiner Rede die Mißstände in der Berufsausbildung an, zeigte, wie das bestehende Schulsystem die Spaltung der Gesellschaft in Klassen widerspiegelt und forderte die Einheitsschule für alle Jugendlichen. Die Berufsausbildung müsse der privaten Verfügungsgewalt der Kapitalisten entrissen werden.

Die Weiterführung des Kampfes an der Carl-Severing-Schule muß sich jetzt auf die Diskussion der Forderungen in den Klassen konzentrieren. Die Konsequenzen dieser Forderungen sind der Mehrheit der Lehrlinge noch nicht klar, wie sich auf der Vollversammlung zeigte. In den Berufsschulklassen muß die Diskussion über den Fortgang des Kampfes geführt werden. Zum neuen Schuljahr 1975/76, das wahrscheinlich eine weitere Verschärfung der Schulsituation bringt, müssen die Lehrlinge zur Fortführung des Kampfes gerüstet sein.

–A., Bielefeld–

Schlechtere Leistungen, höhere Beiträge

Von Kostenexplosion reden bürgerlichen Politiker, wenn auf Kosten des Volkes gespart werden soll

Vor einigen Tagen berichtete der Landesverband der hessischen Ortskrankenkassen, daß die Ausgaben der Kassen im Jahre 1974 um 21,7 % gestiegen sind. Für die Behandlung im Krankenhaus liegt der Ausgabenzuwachs sogar bei 36,4 %, die Ärzte und Zahnärzte holten sich 14,9 % bzw. 21,9 % mehr, und für Arznei und Heilmittel mußten die Versicherten 18,9 % mehr bezahlen. Die Kassen kündigten an, daß die Beiträge in diesem Jahre sicher über 12 % steigen werden.

Im Bundesdurchschnitt lagen die Versichertenbeiträge der Ortskrankenkassen für den Januar 1975 schon bei 10,22 % des Bruttolohns.

Man sollte annehmen, daß es bei so gewaltigen Summen mit der medizinischen Versorgung in der BRD bestens stände. Bekanntlich ist das Gegenteil der Fall. Mit dem Gesundheitszustand der großen Mehrheit geht es hartnäckig bergab. Das ist auch kein Wunder, wenn man sich überlegt, daß aus den Arbeitern und Angestellten immer mehr herausgeholt wird und gleichzeitig die ganzen Lebensumstände, besonders in den Industrierevieren, immer unmenschlicher werden. Von den 33 Millionen Versicherten sind durchschnittlich fast 2 Millionen krank im amtlichen Sinne, aber ganz gesund sind die wenigsten.

Die medizinische Versorgung hat sich ständig verschlechtert. Auf dem Land und in den Vorstädten sind die Verhältnisse vollends katastrophal. Darüber ist seit Jahren viel geschrieben worden, und noch vor kurzem mußten die bürgerlichen Politiker allerorten erklären, daß die Versorgung schlecht und eine Reform dringend erforderlich sei.

Jetzt, wo die westdeutschen Kapitalisten mit einer heftigen Krise fertig werden müssen, hört man aber ganz andere Töne. Was vorher Mangel war, der nach Reform schrie, soll jetzt Luxus gewesen sein. "Können wir es uns noch leisten, daß jede Schönheitsoperation die Gemeinschaft belastet?" fragt die "Deutsche Zeitung", ehemals "Christ und Welt".

Norbert Blüm, früherer Geschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, fordert die Versicherten auf, die Kasse nicht als "Melkkuh" zu betrachten und eine Kur nicht als "zusätzliche Urlaubsquelle" zu betrachten.

Das ist mehr als die Begleitmusik für die laufende Verschlechterung der Versorgung und die ständigen Beitragssteigerungen.

Hier soll das Feld vorbereitet werden für einen massiven Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und aller Lohnabhängigen. Die Kapitalisten wissen, daß sie aus der Krise nur rauskommen, wenn es ihnen gelingt, das Lebensniveau der Arbeiter massiv zu drücken.

Und wenn sie möglichst viel von den Kosten, die ihnen keinen Profit einbringen, streichen können. Das ist der Kern der ganzen lauthalsen Debatte über die "Kostenexplosion" im Gesundheitswesen, und darauf läuft aller Streit darüber hinaus, wo und wie "gespart" werden soll.

Dabei wird ein gewaltiger Propagandaaufwand betrieben, um die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Die Arbeiter sollen vergessen, daß die Ausbeutung durch die Kapitalisten ihre Gesundheit ruiniert und ihnen ihre Glieder verstümmelt. Die fast zwei Millionen Unfallverletzten jährlich sollen zu Lasten ihrer eigenen "Unvorsichtigkeit" gehen. Rundheraus werden die Versicherten selbst zu den Hauptschuldigen der "Kostenexplosion" erklärt. Es wird z.B. so getan, als würden sich die Versicherten durch ein Überangebot an Betten in den Krankenhäusern dazu verführen lassen, sich da möglichst oft und möglichst lange hineinzulegen.

Die bürgerliche Sparpropaganda will aber nicht bloß verwischen, wer für die Ruinierung der Gesundheit verantwortlich ist. Verwischt werden soll, wer daraus sein großes Geschäft macht und wer dafür sorgt, daß dieses Geschäft gedeihen kann.

Es ist pure Heuchelei, wenn der Minister Arendt an die Ärzte appelliert, bei den diesjährigen Honorarverhandlungen "angemessene Zurückhaltung" zu üben, wie er es in der Bundestagsdebatte zum Gesundheitswesen getan hat.

Daß die niedergelassenen Ärzte in der BRD in den letzten Jahren immer wieder Honorarerhöhungen von dreizehn bis achtzehn Prozent gegenüber den Kassen durchsetzen konnten, dafür ist niemand anders verantwortlich als der Staat, der den Ärzten das Behandlungsmonopol einräumt und den Versicherten die Selbstverwaltung der Krankenkassen verweigert.

Die Krankenhauskosten für die Kassen sind hauptsächlich dadurch in die Höhe geschnellt, daß durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz sich der Staat der Zuschüsse für den Betrieb der Krankenhäuser entledigt hat. Der Staat trägt jetzt nur noch die Kosten für die Errichtung der Krankenhäuser, die gesamten Kosten für Benutzung, Instandhaltung und Instandsetzung und zusätzlich noch die für die Ausbildung des Pflegepersonals tragen die Kassen, und zwar ohne jegliches Recht, über ihre Verwendung zu bestimmen.

So sind dann auch die Pflegesätze z.B. der Universitätsklinik in Heidelberg in Kürze von 90 auf 180 DM pro Tag gestiegen. Durch den einheitlichen Pflegesatz finanzieren die Sozialversicherten die Privatpatienten noch zum Teil mit. Es ist bekannt, daß in den Privatstationen Chefärzte Millionen verdienen unter Benutzung von Geräten, Einrichtungen und Personal, das von den Versicherten bezahlt wird.

Bei der Behandlung der Sozialversicherten wird dagegen an allen Ecken und Enden gespart und rationalisiert, auf Kosten der Versicherten und auf Kosten des Pflegepersonals. Möglichst viele Versicherte bei möglichst wenig Personal und Sachaufwand durchschleusen, das ist das Motto.

Das Gesundheitswesen in der BRD ist für eine kleine Schar von Ärzten, Klinikchefs, Apothekern und Pharma-Kapitalisten ein gesetzlich abgesicherter Goldregen auf Kosten und zu Lasten der Lohnabhängigen.

Der Staat hat den Lohnabhängigen die Verfügung über die Versicherungsgelder abgenommen, und unter seiner Fuchtel können sich einige wenige daran mästen. Dabei ist die Kapitalistenklasse sehr geschickt vorgegangen. Mit der Regelung, daß die Versicherungsbeiträge zur Hälfte von den Kapitalisten und zur Hälfte von den Lohnabhängigen einbezahlt werden, wird der Eindruck erweckt, als bezahlten die Kapitalisten aus lauter Menschlichkeit aus ihren eigenen Taschen zu. Dabei handelt es sich doch nur um einen Teil der Reproduktionskosten der Arbeiterklasse und also um einen nicht ausbezahlten, sondern direkt in Reserve gelegten Teil des Lohns. Mit diesem schlauen Trick haben die Kapitalisten durchgesetzt, daß sie zur Hälfte in den Verwaltungsgremien sitzen und jede ihnen nicht genehme Entwicklung blockieren können. Der Staat bestimmt die Regelungen, nach denen das Geld der Versicherten ausgegeben werden muß, welche Leistungen davon bezahlt werden, wer in die Versicherung aufgenommen wird.

Weil die Kapitalisten nicht gezwungen sind, gleich ganz den Teil des Lohnes, den die Arbeiterklasse zur Sicherung für den Fall von Krankheit usw. zurücklegen muß, an die Versicherung abzuführen, kann über die Beitragserhöhungen durch die Kassen leicht am Lohn insgesamt gekürzt werden und können die Ergebnisse der Lohnkämpfe teilweise wieder unterlaufen werden.

Die Arbeiterbewegung hat schon immer die Bestreitung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten gefordert, die Selbstverwaltung durch die Sozialversicherten und die Übertragung des Gesundheitswesens an eine Krankenkasse. Wer auch anders als die Lohnabhängigen selbst hat das Recht, über diesen Teil ihres Lohnes zu verfügen.

Die Durchsetzung dieser Forderungen wird zwar am Wesen der Gesundheitsversorgung im Kapitalismus nichts ändern, weil deren Wesen ist, daß im Höchstfall die Wiederherstellung der Arbeitskraft gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden kann, was immer noch sehr viel weniger ist als Gesundheit und Wohlbefinden.

Aber der Kampf für diese Forderungen stärkt die Selbständigkeit und Einheit der Arbeiterklasse im Gegensatz zu Forderungen, die nur geeignet sind, die Arbeiterklasse der staatlichen Fürsorge auszuliefern. Und nur unter diesen Forderungen kann die Arbeiterklasse dem Krisenprogramm der Kapitalistenklasse und ihres Staates entgegentreten. –h.v.–

Berufsbildungsgesetz im Parlament:

Nichts geht mehr

Am Donnerstag fand im Bundestag die erste Lesung des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes zur beruflichen Bildung statt.

Erschienen waren zu dieser Bundestagsdebatte von den 528 Abgeordneten gleich nur 40. Und angesichts des entschiedenen Nein der Kapitalistenverbände zu jeder Veränderung des Berufsbildungsgesetzes sprach auch der Kanzler nur noch davon, es gehe um einen "Reformeinstieg". Als "im Ansatz falsch" hatten die Kapitalistenverbände aber auch den Alternativvorschlag der CDU/CSU abgelehnt, einen Vorschlag, der genausowenig wie die Regierungsvorlage die Verfügungsgewalt der Kapitalisten und ihrer Kammern über die Berufsbildung in Frage stellte. Das Schicksal des lange gepriesenen Reformvorhabens zeichnet sich damit deutlich ab: Es wird versickern. Die bürgerliche Klasse und ihre Politiker sind nicht in der Lage, eine ausreichende Ausbildung der Arbeiterjugend zu gewährleisten. Die Arbeiterklasse darf die Zukunft ihrer Jugend nicht von Maßnahmen der Kapitalisten und ihres Staates abhängig machen.

Daß die von den bürgerlichen Parteien beabsichtigten Gesetzesänderungen zur Berufsbildung den Interessen der Arbeiterjugend nicht entsprechen, haben zahlreiche Demonstrationen in den letzten Monaten gezeigt. Weniger verbreitet ist noch die Klarheit, daß die Arbeiterjugend ihrem Interesse nur Geltung verschaffen kann, wo sie gegen alle Einwände der Kapitalisten und der bürgerlichen Parteien daran festhält, daß sie als der künftige Produzent allen gesellschaftlichen Reichtums auch eine Ausbildung braucht, die sie befähigt, die Produktion zu beherrschen. Daß sie auf den bürgerlichen Staat und seine Parteien, die die kapitalistische Profitwirtschaft verteidigen, sich dabei nicht stützen kann, hat das Zurückweichen dieser Regierung und dieser Parteien vor der Reform der beruflichen Bildung noch einmal gezeigt.

Ganz anders ist da die Lage für den Nachwuchs der bürgerlichen Klasse. So hat der hessische Verwaltungsgerichtshof in einem Urteil jüngst entschieden, daß die Eltern ein Recht auf Gymnasien hätten und daß die hessischen Schulträger diese gegenwärtig nicht in Gesamtschulen auflösen dürften. Als einen Triumph des "Elternrechts" und als "für die bedrängten Eltern seit langem die erste gute Nachricht in dieser Sache" feierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung dieses Urteil (19. Juni). Was die Frankfurter Allgemeine Zeitung hier feiert, ist, daß das Gericht den Kapitalisten und ihrem Troß bestätigt hat, daß ihr Nachwuchs ein Recht auf eine besonders privilegierte Ausbildung hat.

Deutlich wird daran, daß sich die bürgerliche Klasse auf ihren Staat verlassen kann, wenn es um das Recht der Ausbildung ihrer Jugend geht, während gleichzeitig die Arbeiterklasse sich mit einem Gesetz begnügen soll, das das Recht auf die Ausbildung ihrer Jugend in den Händen der Kapitalisten beläßt.

Die Arbeiterklasse kann sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen. Sie wird ihr "Elternrecht" einfordern müssen, indem sie für ihre Jugend als Zukunft der Klasse ein Volksbildungswesen fordert, in dem weder die Kapitalisten noch ihr Staat etwas zu sagen haben. In welchem es keine die Jugend spaltenden Privilegien gibt. Ein Volksbildungswesen, das die Fähigkeiten der Jugend zur Beherrschung der Produktion entwickelt, statt sie in jeder Krise der Profitmacherei verschärft verrotten zu lassen. Ein Volksbildungswesen, in dem die Arbeiterklasse und das Volk das Sagen haben. –e.r.–

Die Sowjetunion betreibt eine imperialistische Flottenpolitik

Wachsender Widerstand durch die Staaten der Dritten Welt

"Seit sich die Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht umgewandelt hat, hat sich auch ihre Flottenpolitik geändert, hat sie sich nach und nach eine riesige Flotte aufgebaut, mit der sie mit den USA um die Weltherrschaft konkurrieren, beliebige Länder unter Druck setzen und an zahlreichen Ecken und Enden der Welt ihren Einfluß geltend machen kann."

Im Verlauf der letzten Monate hat eine Reihe von Ereignissen stattgefunden, die diese Feststellungen im Rechenschaftsbericht des Zentralen Komitees des KBW bestätigen. Das wichtigste war das zweite weltweite Flottenmanöver der UdSSR-Kriegsflotte Anfang April, an dem über 200 Kriegsschiffe teilnahmen. Welche Zwecke verfolgt die neue Ausbeuterklasse in der UdSSR mit dieser Politik und welcher Mittel bedient sie sich dabei?

Imperialistische Militärdoktrin

Solange die UdSSR ein sozialistisches Land war, war ihre Militärpolitik darauf gerichtet, ihr Territorium und die Errungenschaften der sozialen Revolution der sowjetischen Arbeiterklasse gegen Angriffe von außen zu verteidigen. Die sowjetische Flotte hatte dabei die Aufgabe, die eigenen Küsten zu schützen.

Nach dem Machtantritt der neuen Bourgeoisie änderte sich diese Militärpolitik grundlegend. An die Stelle der Verteidigung der Errungenschaften der sozialen Revolution der Arbeiterklasse trat, unter dem Vorwand der Verteidigung, das offene imperialistische Säbelrasseln. So sagte Chruschtschow im Obersten Sowjet der UdSSR:

"Die sowjetischen Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter haben die Möglichkeit, unsere Armee mit solchen Waffen auszurüsten, die bisher den Menschen nicht bekannt waren – Atom-, Wasserstoff-, Raketen- und andere moderne Waffen. Gegenwärtig verfügt die Sowjetunion über solche Kampfmittel, wie sie noch keine Armee jemals gehabt hat. Ich betone noch einmal, daß wir bereits so viele Kernwaffen – Atom- und Wasserstoffwaffen – und entsprechend viele Raketen zur Zustellung dieser Waffen auf das Territorium eines eventuellen Aggressors haben, daß wir, sollte ein Wahnwitziger einen Angriff auf unseren Staat oder auf andere sozialistische Staaten auslösen, das Land oder die Länder, die uns überfallen, buchstäblich von der Erde hinwegfegen könnten." (Über sowjetische Militärwissenschaft, Berlin/DDR 1961)

An die Stelle des Gedankens der Verteidigung der Revolution ist das imperialistische Spielen mit der Möglichkeit getreten, *"Länder von der Erde hinwegfegen zu können"*. An die Stelle der sozialistischen Militärdoktrin, die darauf aufbaut, daß die unlösbare Verbindung der Armee mit dem bewaffneten Volk jeden Angreifer abschlagen kann, ist die imperialistische Militärdoktrin getreten, der es darum geht, die Hegemonie zu erlangen, die Position drückender Überlegenheit also, aus der heraus man jedem anderen Land seinen Willen aufzwingen kann.

Das ist der Zweck der Aufrüstung der USA wie der UdSSR; und daß der Abrüstungsschwindel daran nichts ändert, sondern nur die Kehrseite der Medaille ist, wird von seiten der Militärtheoretiker der UdSSR auch offen zugegeben:

"Die neue Verringerung der Zahl der Streitkräfte in der UdSSR verringert nicht das Wesentliche der Stärke der Sowjetarmee, ihre Feuerkraft. Die technischen Kampfmittel der Sowjetunion sind denen der kapitalistischen Länder überlegen. Was die Verteidigungsfähigkeit des Landes betrifft, hat die sowjetische Wissenschaft die Wissenschaft und Technik des mächtigsten kapitalistischen Landes, der USA, überholt. Dieser neue qualitative Sprung wurde durch solche materiellen Voraussetzungen wie die Ausrüstung von Armee und Flotte mit Kernwaffen und verschiedenen Arten von Raketen hervorgerufen." Das schrieben sie schon 1961 in dem Buch "Über sowjetische Militärwissenschaft" und es gibt keinen Grund zur Annahme, diese Ansicht könnte sich geändert haben.

Eine solche Militärdoktrin setzt sich neue, aggressive und imperialistische Kriegsziele und sie sagt dies auch offen: *"Die strategische Verteidigung mit anschließender Gegenoffensive ist nicht in der Lage, unter den heutigen Verhältnissen die Durchsetzung entscheidender Kriegsziele zu gewährleisten. ... Was die strategische Verteidigung und die Defensivstrategie betrifft, so müssen sie als äußerst gefährlich für unser Land entschieden abgelehnt werden."* Das steht im Standardwerk der sozialimperialistischen Militärtheorie, in Sokolowskis "Militärstrategie". Das Ziel, die Hegemonie, die Überlegenheit über jeden denkbaren Gegner, wird offen ausgesprochen:

"Gegenwärtig ist die Schaffung und ständige Aufrechterhaltung einer quantitativen und qualitativen Überlegenheit über den Gegner in bezug auf dieses Kampfmittel (die strategischen Raketenwaffen) und die Methode für seinen Einsatz eine der wichtigsten Aufgaben beim Aufbau der Streitkräfte."

Flottendoktrin

Auch die Flottendoktrin der neuen Ausbeuterklasse der UdSSR ist von diesem Gedanken der Hegemonie geprägt:

"Die gewaltige räumliche Ausdehnung des zukünftigen Krieges erfordert die Entwicklung und Vervollkommnung vor allem solcher Kampfmittel, die in der Lage sind, Kampfaufgaben auf beliebige Entfernungen zuverlässig zu lösen. Hierzu gehören strategische Raketen, atomgetriebene Raketen-U-Boote sowie in gewissem Umfang auch mit Raketen bewaffnete Flugzeuge", heißt es in der "Militärstrategie". Bei der Flotte heißt das, daß der Schwerpunkt des Ausbaus bei den Atom-U-Booten liegt, die von jeder beliebigen Stelle in den Weltmeeren aus ihre Raketen starten können.

Eine weitere Aufgabe der Flotte wird mit folgenden Worten beschrieben:

"Beim Aufbau der Seestreitkräfte muß auch berücksichtigt werden, daß gemeinsame Einsätze mit Landstreitkräften, vor allem das Anlanden von Landungstruppen, zu ihren Aufgaben gehört."

Auch über die Bedingungen, unter denen imperialistische Flottenpolitik ihre Zwecke verfolgt, sind sich die Autoren der "Militärstrategie" im klaren. Indem sie die Möglichkeiten ihres imperialistischen Hauptkonkurrenten, der USA, darlegen, entwickeln sie die Gesichtspunkte, die sie auch selbst beachten müssen, um die Überlegenheit bei der Anwendung der Kriegsflotte zu erhalten:

"Die Seestreitkräfte sind ebenfalls ständig bereit, schnell zur Durchführung von Kampfhandlungen in die vorgesehenen Räume auszulaufen. Ihr Aufmarsch kann in Form von Höflichkeitsbesuchen sowie unter dem Deckmantel der Ablösung von Kampfschiffen, von Übungen und Manövern stattfinden. ... Die Seestreitkräfte bedürfen also keiner besonderen Mobilmachungsentfaltung. Sie sind in ständiger Einsatzbereitschaft, so daß ihre endgültige Entfaltung zu Gefechtsformationen binnen kürzester Zeit stattfinden kann."

Die Kriegsflotte, die beständig auf allen Weltmeeren kreuzt, die Atom-U-Boote sind also Instrumente, mittels derer man ohne jede größere Vorbereitung die militärische Auseinandersetzung aufnehmen kann; und sie sind wie kaum eine andere Waffe geeignet, zu Überraschungsschlägen eingesetzt zu werden. Sie bilden eine beständige Bedrohung.

Flottenrüstung

Bis 1955 verfügte die UdSSR im wesentlichen nur über solche Kriegsschiffe, mit denen sie ihre Küste schützte. Nach 20 Jahren Herrschaft der neuen imperialistischen Bourgeoisie in der UdSSR sieht die Flotte nach den verfügbaren Daten so aus:

Von den 475 000 Mann Besatzung sind 17 000 Marineinfanterie, also beständig auf den Schiffen stationierte Landungstruppen.

An Schiffen verfügt sie über:
300 U-Boote, davon zwischen 70 und 100 mit Atom-Antrieb; auf den Booten sind insgesamt
700 Atomraketen stationiert.
2 Hubschrauber-Träger
20 Kreuzer
199 Hochseezerstörer
275 Küstengeleit-Zerstörer und U-Boot-Jäger
430 Schnellboote
295 Minensuchboote
80 Landungsschiffe

Ein Teil der Fischerflotte ist für elektronische Luftaufklärung ausgerüstet; die zivile Handelsflotte der UdSSR dient zum Teil der Versorgung der Kriegsflotte mit Nachschub (The Military Balance 1970/71 und 1974/75).

1976 wird voraussichtlich ein weiterer Flugzeugträger in Dienst gestellt, von dem aus auch senkrechtstartende Flugzeuge eingesetzt werden können (Neue Zürcher Zeitung vom 24./25. Mai).

Die UdSSR läßt ihre Flotte auf allen Weltmeeren kreuzen. Kein Winkel der Welt, in dem sie nicht schon ihre "Flagge gezeigt" hätte, dergestalt den Anspruch der UdSSR unterstreichend, bei der Kontrolle der Weltmeere mit den USA in Konkurrenz zu treten.

Imperialistisches Seerecht

Die überwiegende Zahl der kleinen Länder, vor allem der Dritten Welt, sieht sich so der beständigen Bedrohung und dem ständigen Druck durch die Kriegsflotten der Supermächte ausgesetzt, die vor ihren Küsten kreuzen. Sie haben deshalb auf der Seerechtskonferenz der UNO seit 1972 die berechtigte Forderung erhoben, daß im Völkerrecht die Erweiterung der Hoheitsgewässer festgelegt wird und vor allem in Zukunft die Möglichkeit, Kriegsflotten durch die Meerengen fahren zu lassen, von der Genehmigung durch die angrenzenden Länder abhängig gemacht wird.

Die UdSSR hat sich hier in schöner Eintracht mit dem US-Imperialismus gegen diese Forderung gewandt. Die sowjetische Zeitschrift 'Neue Zeit' (12/75) erläuterte noch einmal den Standpunkt der UdSSR: *"In Caracas hatten die Vertreter einiger Entwicklungsländer vorgeschlagen, eine sogenannte friedliche Durchfahrt für Kriegsschiffe durch alle Wasserstraßen, die von der internationalen Schiffahrt genutzt werden, aber mit Territorialgewässern identisch sind, zu vereinbaren. Die sogenannte friedliche Durchfahrt würde es den Küstenstaaten aufgrund einseitiger Akte und Regeln gestatten, anderen Staaten diese oder jene Beschränkung für die Durchfahrt verschiedener Schiffe, einschließlich der Kriegsschiffe, aufzuerlegen. Auf die internationalen Wasserstraßen angewendet, könnte eine solche Regelung zur Kontrolle einiger weniger Staaten über jene wichtigen Waserstraßen führen, die als Schlüsselpunkte der internationalen Schiffahrt und Verkehrsverbindungen dienen. Die Kommunikation zwischen Ländern und Kontinenten könnte auf diese Weise in die Abhängigkeit von Willkürakten einzelner Staaten geraten. Dies könnte zu gefährlichen internationalen Konflikten führen und die Entwicklung einer auf Gleichberechtigung beruhenden Zusammenarbeit stören."* (zitiert nach 'Sowjetunion heute', 10/75)

Man sieht dieselbe nur leicht verhüllte Gangsterlogik wie in den Verlautbarungen des USA-Imperialismus: der Verkehr von Kriegsflotten ist "Kommunikation", die Wahrnehmung berechtigter Interessen von Ländern der Dritten Welt sind "Willkürakte", die Rechte der Imperialisten sind die "Gleichberechtigung" zwischen Erpressern und Erpreßten. Dies alles wird mit der Ankündigung geschmückt, notfalls "gefährliche internationale Konflikte" auszulösen.

Flottenstützpunkte

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Kriegsflotte wie die der UdSSR ungeheure Mengen an Material- und Treibstoff-Nachschub braucht. In dem Werk "Militärstrategie" findet sich die Angabe, daß eine große Flotte bei einem einzigen Unternehmen bis zu 150 000 Tonnen Treibstoff braucht. Die UdSSR war und ist teilweise noch gegenüber dem US-Imperialismus dadurch im Nachteil, daß sie sich nicht auf ein weltweites Netz großer Flottenstützpunkte stützen kann, die als Reparaturanlagen und Treibstoffdepots dienen und gewährleisten, daß die Flotten sich beständig auf den Weltmeeren aufhalten können, ohne in Zeitabständen in ihre Heimathäfen zurückkehren zu müssen.

Zum Teil versucht die UdSSR diesen Nachteil dadurch auszugleichen, daß sie ihre große zivile und Fischerei-Flotte dazu benutzt, die Kriegsflotten mit Nachschub zu versorgen. Der Mangel an festen Plätzen, die die Flotte anlaufen kann, wird jedoch nur zum Teil wettgemacht.

Wie ist es nun zu erklären, daß die UdSSR sich nicht darum bemüht, völkerrechtlich als solche kenntlich gemachte offizielle Flottenstützpunkte zu erwerben? Die Antwort findet sich wieder in der "Militärstrategie". Dort wird der Gedanke entwickelt, daß es in einem zukünftigen Krieg vor allem darauf ankäme, mit einem ersten Raketeneinsatz die Raketenabschußanlagen **und die Militärstützpunkte** des Gegners auszuschalten.

Aus dieser Überlegung heraus wird vollkommen verständlich, warum die UdSSR großen Wert darauf legt, offiziell keine Flottenstützpunkte zu unterhalten. Es kommt ihr darauf an, in den verschiedensten Häfen zwar alle Rechte eines Flottenstützpunktes eingeräumt zu erhalten, aber den Schein aufrechtzuerhalten, sie unterhalte keinen einzigen Flottenstützpunkt.

Dies wurde 1972 am Falle Ägyptens deutlich. Auch hier hatte die UdSSR heftig dementiert, als die Vermutung ausgesprochen wurde, sie unterhalte in Ägypten Stützpunkte. Als die ägyptische Regierung sich den ständigen Druck-Versuchen von seiten der UdSSR nicht beugte und den Abzug der sowjetischen "Berater" verlangte, verließen 25 000 UdSSR-Soldaten das Land, eine von der UdSSR nicht geleugnete Tatsache. Und das ist eine Zahl, mit der man nicht nur einen, sondern gleich mehrere Stützpunkte unterhalten kann.

Gegenwärtige Entwicklung

Im März gab die portugiesische Regierung bekannt, die UdSSR habe den Antrag gestellt, ihrer "Handelsflotte" Anlaufrechte im Hafen der Insel Madeira zu geben (Neue Zürcher Zeitung vom 17. März). Die Londoner Zeitung 'Daily Telegraph' berichtete im Mai von einer Anfrage der UdSSR bei der Revolutionsregierung Südvietnams, ob sie den ehemaligen amerikanischen Luftwaffen- und Flottenstützpunkt Cam Ranh benutzen könne (Neue Zürcher Zeitung vom 13. Mai).

Die Kairoer Zeitung 'Al Ahram' berichtete kürzlich von einem Abkommen zwischen der UdSSR und Libyen, demzufolge die UdSSR beträchtliche Waffenlieferungen an Libyen zugesagt habe und Militärexperten *"auf allen Ebenen zur Schulung und Einweisung in die sowjetische Rüstung nach Libyen entsandt werden"* (nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Mai).

Wie im Falle Ägyptens selbst bis 1972 erfolgte wieder ein heftiges Dementi der UdSSR: die Waffenlieferungen würden nicht den Wert von 12 Milliarden Dollar haben und die UdSSR habe mit Libyen kein Abkommen über die Bereitstellung von Luftwaffen- und Marinebasen unterzeichnet (Neues Deutschland vom 28. Mai).

Die Vereinbarungen von Waffenlieferungen und die Entsendung von "Militärexperten" ist also ausdrücklich nicht dementiert worden.

Ein solches Dementi wäre auch nichts wert. Es ist eine unbestrittene, von der UdSSR selbst eingeräumte Tatsache, daß ihre Kriegsflotten überall auf den Weltmeeren kreuzen und daß diese Flotten einen ungeheuren Nachschubbedarf haben. Man kann also getrost davon ausgehen, daß die UdSSR alle Mittel des Drucks der Erpressung, deren sie sich auch in anderen Fragen im Umgang mit kleinere Staaten befleißigt, ausnutzt, um diesen Nachschub ihrer Flotte zu gewährleisten.

Widerstand gegen die imperialistische Flottenpolitik

Je dreister der Hegemonieanspruch der UdSSR den Ländern der Dritten Welt gegenüber wird, desto stärker wird der Widerstand dieser Länder. Auf der UNO-Seerechtskonferenz findet er offenen Ausdruck. Der überwältigenden Mehrheit von Ländern, die sich der Flottenpolitik der USA und der UdSSR entgegenstellt, können sich die beiden imperialistischen Supermächte nur dadurch erwehren, daß sie die Verhandlungen mit allen Mitteln verzögern. Die UdSSR versucht darüberhinaus einer sicheren Abstimmungsniederlage dadurch zu entgehen, daß sie erneut den Standpunkt einnimmt, die Seerechtskonferenz könne nur einstimmige Beschlüsse fassen (Neues Deutschland vom 26. Mai). Dies ist die Ankündigung, sich Mehrheitsentscheidungen auf keinen Fall zu beugen. Aber auch dieser Trick wird die UdSSR nicht davor bewahren, mit ihrem Weltherrschaftsanspruch wie die USA eine Niederlage zu erleiden.

Aber auch die arbeitenden Klassen in der UdSSR selbst werden auf die Dauer nicht widerstandslos hinnehmen, daß sich auf ihrem Rücken die Rüstungslasten immer mehr anhäufen, daß der Reichtum, den sie schaffen, in den Händen der neuen Ausbeuterklasse die Form imperialistischer Flotten annimmt, mit denen die neue Bourgeoisie angetreten ist, um mit den USA um die Weltherrschaft zu ringen.

In dem Maße, in dem in der Arbeiterklasse der UdSSR die Einsicht wächst, daß ihr eine neue Ausbeuterklasse im Nacken sitzt, rückt der Zeitpunkt näher, an dem, wie in allen neuzeitlichen Revolutionen, das Instrument einer imperialistischen Flotte seinen Dienst versagt.

Der alte Zarismus mußte erleben, wie 1905 die Besatzung eines Panzerkreuzers auf die Seite der Revolution überging und sich die Besatzung der gesamten Schwarzmeer-Flotte weigerte, auf die "Potemkin" zu schießen.

Der US-Imperialismus mußte erleben, daß die Armierungssoldaten auf den Flugzeugträgern im Golf von Tonking die Flugzeuge mit Bomben beluden, denen die Zünder fehlten.

Auch Raketenkreuzer, Flugzeugträger und Atom-U-Boote haben für eine imperialistische Ausbeuterklasse einen Nachteil: sie müssen von Menschen bedient werden.

Wenn diese die Revolution wollen, hat die letzte Stunde der imperialistischen Weltherrschaftspolitik geschlagen.

–Mo–

BÜRGERSCHAFTSWAHLEN IN BREMEN

Der bürgerlichen Klasse überall entgegentreten

Wahlkundgebung der Bremer Ortsgruppe des KBW

Bremen. Über tausend Menschen waren am vergangenen Freitag in Bremen zur ersten Wahlkundgebung des KBW zu den Bremer Bürgerschaftswahlen gekommen, die am 28. September stattfinden

Das Hauptreferat auf der Veranstaltung hielt der Genosse M. Fochler vom Ständigen Ausschuß des KBW. In seiner Rede erläuterte er, was es heißt, wenn im Wahlaufruf des KBW steht: "Die Arbeiterklasse kann die Produktion in die eignen Hände nehmen und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzen. Sie muß dazu die Kapitalisten enteignen. Daß dies realistisch ist und keine Utopie, wissen am besten die Kapitalisten, die sich grad deswegen den Staatsapparat aufgebaut haben. Dieser riesige Staatsapparat, der Unsummen verschlingt, ist ausschließlich zum Schutz des kapitalistischen Eigentums da. Diesen Staatsapparat muß die Arbeiterklasse zerschlagen." Er erklärte, warum sich die Kommunisten trotz der Untauglichkeit des bürgerlichen Parlamentarismus für die Durchsetzung des Volkswillens, trotz der "Unmöglichkeit, durch Werfen von Zetteln in einen Kasten aus Holz die Machtverhältnisse zu ändern", an den Wahlen zu den bürgerlichen Parlamenten beteiligen: Um die Wahlen zu nutzen als Propagandafeldzug für den Kommunismus und gegen die Herrschaft der bürgerlichen Klasse. Zur Zersetzung der Autorität ihres Staatsapparates und besonders ihrer Parlamente.

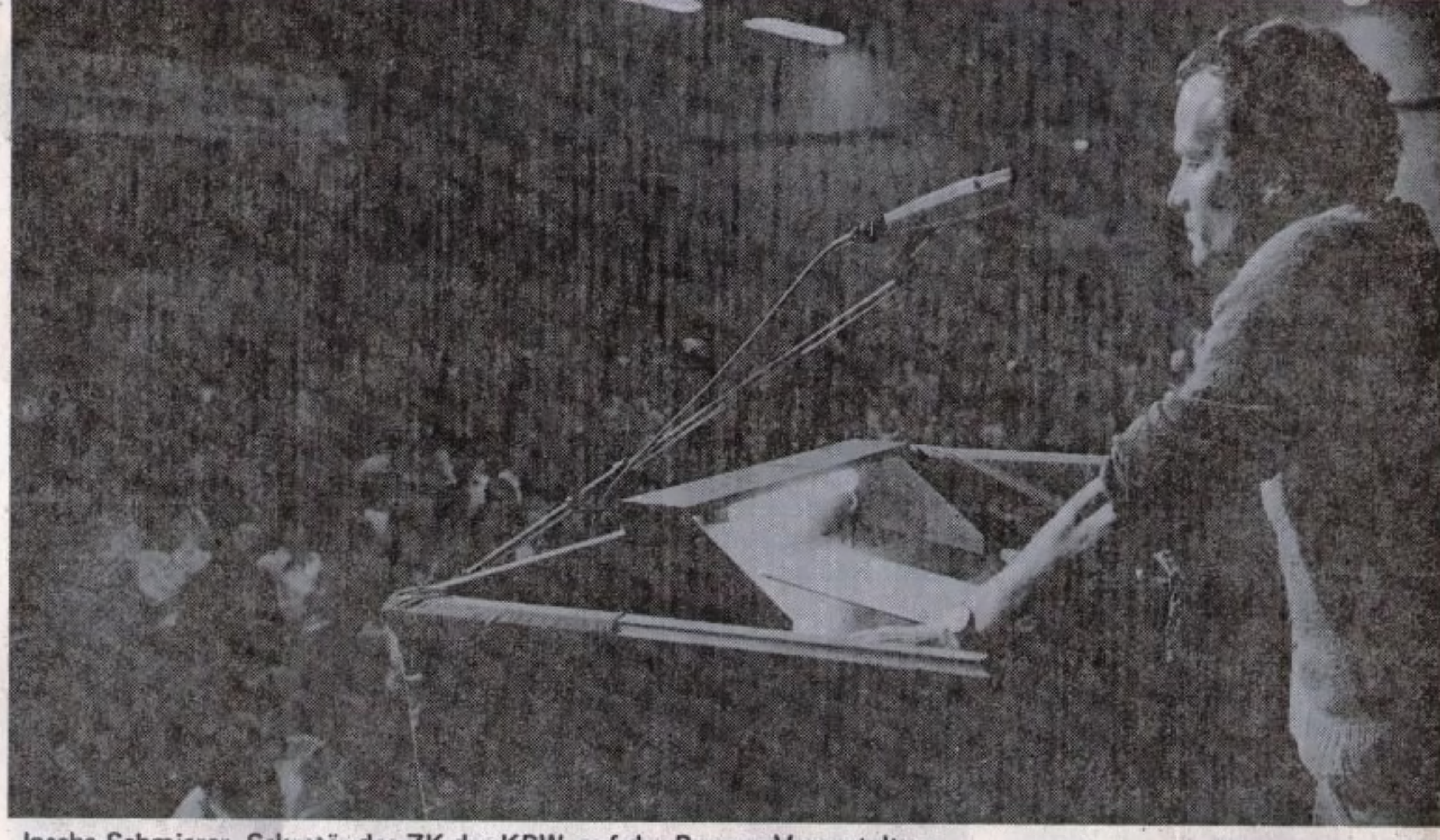
In verschiedenen Beiträgen berichteten Bürgerschaftskandidaten des KBW unter anderem vom Kampf der Klöckner-Belegschaft gegen die Abwälzung der Krise auf den Rücken der Belegschaft, vom Kampf der Bremer Arbeiterjugend um eine einheitliche Ausbildung für alle Jugendlichen und von den ersten Erfolgen der Kampagne gegen den § 218 in Bremen. Sie stellten die Forderungen heraus, unter denen diese Kämpfe erfolgreich geführt werden können und die geeignet sind, "um in der gegenwärtigen Lage der Einheit der Arbeiterklasse näher zu kommen, um in den heutigen Auseinandersetzungen die Kräfte der Arbeiterklasse schon zusammenzufassen, so daß sie den Kapitalisten gegenübertreten kann, um aufzuzeigen, an welchen Fronten des Klassenkampfes gegenwärtig die Arbeiterklasse am besten ihre selbständige Kraft gegenüber der Kapitalistenklasse entwickeln kann" (Aus dem Wahlaufruf des KBW).

Ein Genosse aus Bremerhaven gab die Wahlbeteiligung des KBW in Bremerhaven bekannt.

In seinem Schlußwort stellte der Genosse Schmierer, Sekretär des Zentralen Komitees des KBW, heraus, daß der Bremer Bürgerschaftswahlkampf ein Feldzug ist innerhalb des langandauernden Krieges der Arbeiterklasse, den sie bis zur Vernichtung der bürgerlichen Klasse führen wird. In diesem Krieg geht es nach dem Gesetz Schlag und Gegenschlag, wobei es darauf ankommt, der bürgerlichen Klasse jedesmal wirkungsvollere Schläge zu versetzen, als sie selber austeilt. Es wird darauf ankommen, rief er die Versammelten auf, den Bürgerschaftswahlkampf in Bremen und Bremerhaven zu einem erfolgreichen Schlag der Arbeiterklasse gegen die Klassenherrschaft der bürgerlichen Klasse zu machen. Dies wird auch ein wichtiger Beitrag sein zur Erwiderung des Schlages, den die bürgerliche Klasse gegenwärtig gegen den KBW führt: die Verurteilung und Inhaftierung von vier leitenden Funktionären des KBW.

Die Veranstaltung hat die Teilnehmer gut zusammenschließen können für diese Aufgabe in den nächsten Monaten, auch wenn die Ortsgruppe noch keineswegs alle die mit dem KBW sympathisierenden und durch die ersten Wahlkampfaktivitäten neu gewonnenen Werktätigen mobilisieren konnte.

Diese Veranstaltung stand am Ende eines ersten Abschnitts unseres Eingreifens in den Wahlkampf. Seit vier Wochen hat die Ortsgruppe an elf Plätzen in der Stadt Agitationszentren errichtet, mit Stelltafeln zur Wahlbeteiligung des KBW und zu den Hauptfragen des Klassenkampfes, mit Büchertischen mit revolutionärer Literatur und mit Fahnen und Transparenten geschmückt. Die Zentren haben Aufmerksamkeit bei vielen Werktätigen im Stadtteil auf sich gezogen. Die Bürgerschaftskandidaten des KBW nehmen dort in kurzen Ansprachen und in den Diskussionen zu den Fragen der Massen Stellung und erläutern die Notwendigkeit, für den Sieg des Sozialismus zu kämpfen. Die Zentren sind Ausgangspunkt von Hausbesuchen in den umliegenden Wohnvierteln. Und in ihrer Nähe haben in den letzten Wochen zahlreiche kleine Veranstaltungen des KBW stattgefunden. Unterschriften für die



Joscha Schmierer, Sekretär des ZK des KBW, auf der Bremer Veranstaltung

Wahlbeteiligung des KBW sind bislang etwa 1 800 zusammengekommen. Die Unterschriftensammlung wird bis zum August fortgesetzt.

Im Wahlaufruf des KBW heißt es: "Der Kommunistische Bund Westdeutschland beteiligt sich an den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft, damit die Forderungen und Ziele der Arbeiterklasse dort vertreten werden können. Die bürgerlichen Parteien benötigen Wahlen, weil sie dort einen Blankoscheck für die nächsten vier Jahre kriegen wollen." Diese Ziele sind völlig entgegengesetzt, und deswegen hat die bürgerliche Klasse in den vergangenen vier Wochen auch nicht einfach zugesehen, daß ihr Einfluß auf die Massen zersetzt wird. Ihre Politiker hat man bisher wenig auf den Straßen gesehen. Dafür hat sie ihre Polizei geschickt. Im Steintor in Bremen hat es bisher jeden Samstag Auseinandersetzungen mit der Polizei gegeben, die das Zentrum abräumen wollte; zweimal konnte das erfolgreich abgewehrt werden. Am letzten Samstag ist die Polizei mit Übermacht erschienen und hat blitzschnell Büchertische, Stelltafeln und Transparente abgeräumt. In der Bremer Innenstadt hat das offensive Auftreten der Genossen bisher dazu geführt, daß die Polizei nicht wagte, einzugreifen, nachdem sie monatelang sogar den einfachen KVZ-Verkauf verbieten wollte: Der Bürgerschaftskandidat Rolf Wenz hat in seinen Reden anhand seiner Erfahrungen als Arbeiter bei den "Bremer Nachrichten" die Notwendigkeit der Beseitigung des Kapitalismus und des Kampfes für die Arbeiterschutzforderungen aufgezeigt und hat dafür viel Zustimmung von den umstehenden Werktätigen bekommen.

Das Vorgehen der Polizei darf nicht verwundern: Der bürgerlichen Klasse geht es auch im Wahlkampf um die Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, und wo die Argumente ihrer Ideologen und Politiker nicht mehr genügen zur Niederhaltung der Massen, muß eben Gewalt her.

Für den Hauptwahlkampfmonat September hat die Polizei schon jetzt vollständige Urlaubssperre.

Im Zentrum des Hickhacks der bürgerlichen Parteien untereinander und ihrer Angriffe auf die Kommunisten steht die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die Schulmisere und die Jugendarbeitslosigkeit. Die **SPD** hat ihren Wahlkampf abgestellt auf die Losung "Den Vorsprung sichern", während sie noch bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen mit der Losung "Der Aufschwung kommt" gearbeitet hat, womit sie nur für kurze Zeit die Wirklichkeit vernebeln konnte. Die Losung "Den Vorsprung sichern" macht keine Versprechungen mehr, sondern ist auf die "Gemeinschaft" von Arbeitern und Kapitalisten aus. Sie ruft die Arbeiter zu vermehrten Anstrengungen, damit der westdeutsche Imperialismus im weltweiten Konkurrenzkampf seine gegenwärtigen Vorteile besser nutzen kann. Sie will die Arbeiter an die Ziele des westdeutschen Imperialismus binden.

Die **CDU** fordert schlicht mehr Wirtschaftssubventionen zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen und hat sonst gegenüber der seit 1945 in Bremen regierenden SPD vor allem die Parteibuchwirtschaft, Korruption usw. ins Feld zu führen.

Die **DKP** auf dem linken Flügel der bürgerlichen Parteien versucht den Preisstopp schmackhaft zu machen, die Mitbestimmung und den Osthandel, der Arbeitsplätze sichern soll. "Preisstopper in die Bürgerschaft" ist eine ihrer Losungen, die aber nach allen Beobachtungen kaum über ihre Reihen hinaus greifen.

Dort, wo die Kandidaten des KBW auf den Straßen die bürgerlichen Parteivertreter öffentlich gestellt haben und sich auf die Bewegungen und Kämpfe in Bremen bezogen haben, dort konnten die bürgerlichen Parteivertreter häufig politisch isoliert werden. In Marßel packte die SPD nach kurzer Zeit ihren Stand ein, als ihre Lügen ("Bremen hat sichere Arbeitsplätze") mit den Erfahrungen der Arbeiter auf den Werften und auf der Hütte konfrontiert wurden. Dies zeigte sich auch bei der § 218-Kampagne, die große Unterstützung in der Bevölkerung findet: Dort, wo die bürgerlichen Politiker dazu gestellt werden, müssen sie sich zu offen reaktionären Argumenten flüchten, wie ein DKP-Funktionär, der die Fristenlösung mit der "Leichtsinnigkeit" der Frauen verteidigte.

Diese Auseinandersetzungen werden in den nächsten Monaten sicher an Schärfe zunehmen. Die SPD hat schon in der Einleitung ihres Wahlaufrufs an erster Stelle den Kommunisten den Kampf erklärt. Die DKP überschwemmt die Hausbriefkästen mit Warnungen vor "maoistischen Abenteurern". Sie fürchtet nach den letzten Wahlniederlagen mit Recht, daß sie ihren 3,2-Prozent-Anteil von der letzten Bürgerschaftswahl nicht halten kann. Wenn uns die bürgerlichen Parteien angreifen, dann ist das nicht schlecht. Wie es in unserem Wahlaufruf heißt: "Uns kommt es bei den Wahlen darauf an, der bürgerlichen Klasse entgegenzutreten auf allen Gebieten des Klassenkampfes, ihr nirgendwo das Feld zu überlassen, überall zu zeigen, daß die Arbeiterklasse unter bürgerlicher Führung nicht vorwärts kommen kann, sondern bloß wenn sie einen selbständigen Standpunkt gegenüber allen bürgerlichen Interessen einnimmt."

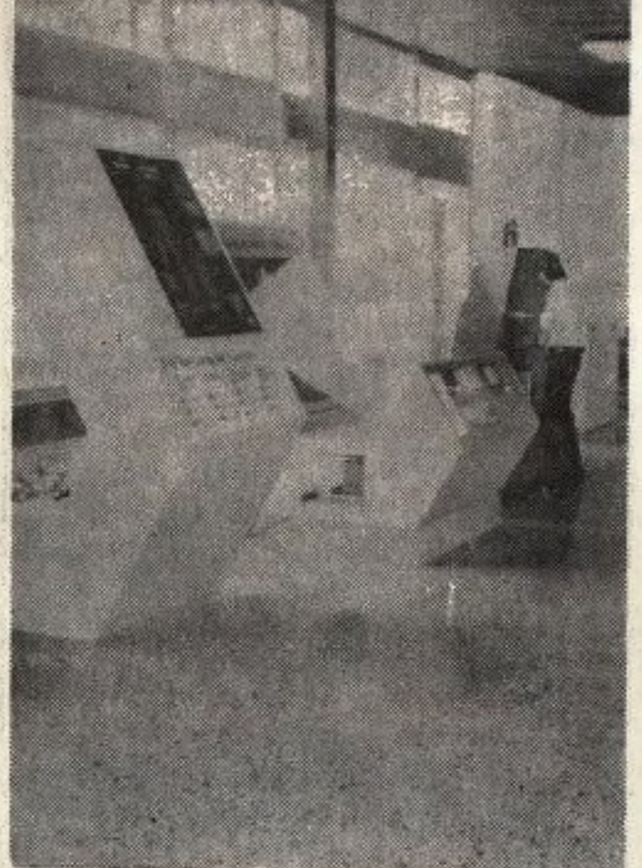
M., Ortsgruppe Bremen

Erfolglose Volks-verdummung

Emmendingen. Mit einem riesigen Propagandafeldzug versuchen derzeit das Badenwerk und die Landesregierung die Bevölkerung im Umkreis des Kaiserstuhls für den Bau des Kernkraftwerks zu gewinnen. Dabei scheuen sie auch nicht vor der billigsten Waschmittelreklame zurück.

Das Badenwerk hat seit Mitte letzter Woche die Pausenhalle der Emmendinger Berufsschule für sich gepachtet. Mit Geräten in poppiger Aufmachung, mit vielen Leuchteffekten und Druckknöpfchen versucht das Badenwerk die Schüler für dumm zu verkaufen. Auf der "Informationsausstellung" steht z.B. ein Fahrradgestell. Setzt man sich drauf und tritt in die Pedale, dann erfährt man, daß man im Schweiße seines Angesichts den Strom für eine 60 Watt-Birne liefert. Allerdings nur ein paar Sekunden lang. Nachdem man sich halb tot gestrampelt hat, muß es auch dem Dümmsten einleuchten, daß es mit einem Kernkraftwerk viel leichter geht.

Der ganze Firlefanz hat gleich am ersten Tag bei den Schülern große Empörung hervorgerufen. Alte Flugblätter und Broschüren gegen das Kernkraftwerk wurden in dem Raum angebracht, Unterschriften gegen das Kernkraftwerk gesammelt. Die Empörung stieg aber erst recht, als bekannt wurde, daß diese Ausstellung des Badenwerks auf einen ausdrücklichen Erlaß des Kultusministeriums



Mit seiner "Aufklärung" ist das Baden-Werk in der Berufsschule nur auf Empörung gestoßen.

zustandegekommen war. Der Erlaß des Kultusministeriums besagt, daß in jeder Schule dem Badenwerk Räume für seine Reklame zur Verfügung gestellt werden müssen.

Vertreter der Schülermitverwaltung brachten eine Wandzeitung an, in der es u.a. heißt: "Es scheint, daß das Badenwerk und das Kultusministerium die gleichen Interessen vertreten. Kurz vor dem bevorstehenden Gerichtsentscheid zum Kernkraftwerk Wyhl werden alle Mittel eingesetzt, um die Bevölkerung zu manipulieren." Weiter wurden von der Schulbürokratie Räume für eine Ausstellung der Kernkraftwerksgegner gefordert. Die Wandzeitung wurde von vielen Schülern und Lehrern unterschrieben.

D., Emmendingen

„Die Wahrheit ist unerheblich"

1 800 DM Geldstrafe / Tatsachen über Isolationshaft sind "Beschimpfung der Bundesrepublik"

Weil ich als Sekretär der Frankfurter Ortsgruppe des KBW ein Flugblatt zum Tode von Holger Meins "Der Hungerstreik der Politischen Gefangenen muß unterstützt werden" verantwortlich gezeichnet habe, bin ich von einem Frankfurter Schöffengericht zu 1 800 DM Geldstrafe, ersatzweise 90 Tagen Haft, verurteilt worden. (Eine gleichzeitig verhandelte Anklage wegen meiner Verhaftung im Fahrpreiskampf im letzten Jahr wurde eingestellt, weil die Polizeizeugen die kühne Konstruktion ihrer Aussagen nicht durchhalten konnten.)

Im Flugblatt zum Tode von Holger Meins hatten wir, nachdem wir zunächst die Tatsachen der Isolationshaft und ihre Folgen dargestellt hatten, richtig festgestellt:

"Die herrschende Klasse, um ihre bürgerliche Eigentumsordnung zu verteidigen, schreckt auch vor den äußersten Gemeinheiten nicht zurück, um diejenigen zu brechen und zu strafen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung auflehnen. – Die Genossen der RAF haben die kapitalistische Ausbeuterordnung auf eigene Faust und mit untauglichen Mitteln bekämpft. (. . .) Diese Lage sucht die Kapitalistenklasse, ihr Justiz- und Polizeiapparat zu nutzen, um die Genossen fertigzumachen und in großen Schauprozessen dem Volk 'am lebenden Beispiel' klarzumachen, daß Rebellion bestraft wird und im Elend endet. Dagegen haben die Genossen der RAF (mit dem letzten ihnen verbliebenen Mittel, dem Hungerstreik) den Kampf aufgenommen."

Um solche richtigen Feststellungen zu verbieten, wurde von der Justiz nun der § 90 a hervorgeholt. Demzufolge bin ich schuldig, *"die Bundesrepublik Deutschland und ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft und böswillig verächtlich gemacht zu haben"*.

Daß ich *"die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Abrede gestellt"* habe, Justiz und Polizei *"schimpfliches Verhalten vorgeworfen"* habe und *"unserer staatlichen Ordnung feindlich gegenüberstehe"*, – wie die Anklageschrift feststellte – , habe ich unbedingt bejaht. Allerdings war ich auch bereit, die Berechtigung dessen ahnend von Tatsachen zu beweisen, zum Beispiel der Isolationshaft für politische Gefangene. Einen solchen Wahrheitsbeweis lehnte das Gericht von vornherein ab. *"Für die Urteilsfindung ist es unerheblich"*, erklärte Richter Schwalbe, *"ob die Behauptung der Wahrheit entspricht oder nicht"*.

Als ich in meinem Schlußwort dem Gericht vorhielt, daß es ganz zwecklos sei, mit Paragrafen die Tatsachen der bürgerlichen Klassenherrschaft und ihre Niederträchtigkeit zum Verschwinden bringen zu wollen, und die Tatsachen noch einmal nannte, entzog mir Richter Schwalbe nach kurzer Zeit das Wort, zerrte die Schöffen zur Tür hinaus und erschien nach kaum fünf Minuten mit dem Urteil und folgender Begründung wieder:

"Im Flugblatt, für das der Angeklagte verantwortlich zeichnet, wird die Bundesrepublik Deutschland als Staat gekennzeichnet, der ausschließlich die Interessen einer sogenannten Kapitalistenklasse vertreten soll. Sie hält angeblich sogenannte Politische Gefangene und verarbeitet diese zu Würstchen. Diese Behauptungen erfüllen offensichtlich den Tatbestand der Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer verfassungsmäßigen Organe."

Also der bürgerliche Staat kann zum Zwecke der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsordnung jedes beliebige Verbrechen begehen, verboten ist, dies beim Namen zu nennen! Überhaupt soll es verboten sein, den bürgerlichen Staat als bürgerlichen Staat zu bezeichnen.

Gegen das Urteil haben wir Rechtsmittel eingelegt.

–G.Koenen–

Mitteilung

Während der 8-monatigen Haftzeit des Sekretärs des Zentralen Komitees, des Genossen Joscha Schmierer, wird auf Beschluß des Zentralen Komitees der Genosse Martin Fochler stellvertretend die Funktion des Sekretärs des Zentralen Komitees wahrnehmen. Durch Beschluß des Zentralen Komitees wird der Genosse Benno Ennker Mitglied des Zentralen Komitees, stellvertretend zum Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees bestimmt.

Zentrales Komitee
gez. Joscha Schmierer

Vertreterversammlungen der IGM in Köln und Darmstadt fordern:

Das Volk soll selber entscheiden

Köln. Am 18.6.1975 fand in Köln die Vertreterversammlung der IG Metall statt. Es waren zirka 280 Delegierte anwesend, die zirka 54 000 Metaller repräsentierten.

Wie schon in der KVZ Nr. 22 vom 5.6.75 berichtet, wurde vom Ford-Vertrauenskörper 1.6.1975 eine Resolution "Weg mit § 218, für Volksentscheid über den § 218" verabschiedet. In der Resolution war zum Ausdruck gebracht worden, daß die unsozialen und unsicheren Verhältnisse es sind, die zur Abtreibung zwingen. Da weder Bundestag noch Parlament den § 218 aufheben können, kann der Kampf gegen den § 218 nur noch erfolgreich sein, wenn er vom Volk selbständig weitergeführt wird.

Diese Resolution wurde am Mittwoch letzter Woche auf der Vertreterversammlung eingebracht und dort von den zirka 280 Delegierten mit einer Gegenstimme angenommen. Während der Vertreterversammlung konnten schon Unterschriften gesammelt werden. Die Resolution wird an den Vorstand der IG Metall weitergeleitet.

Vertreterversammlung Darmstadt

Darmstadt. Am Samstag, dem 21. Juni, hat die Vertreterversammlung der IG Metall, die etwa 40 000 Metallarbeiter vertritt, in Darmstadt folgende Resolution beschlossen:

"Wir fordern die ersatzlose Streichung. Die Entscheidung über den § 218 darf nicht einigen hochbezahlten Richtern überlassen werden, vielmehr muß das Volk selber entscheiden. Dieser Forderung muß durch eine Unterschriftensammlung Nachdruck verliehen werden. Der DGB-Kreisvorstand wird aufgefordert, dazu eine Veranstaltung durchzuführen.

Begründung: Jährlich treiben in der Bundesrepublik mehrere hunderttausend Frauen ab. Während die Reichen in teure Kliniken ins Ausland fahren können, ist ein Großteil der Frauen gezwungen, bei Kurpfuschern abtreiben zu lassen. Daß so viele Frauen abtreiben müssen, ist schon schlimm genug. Gänzlich unerträglich ist jedoch, daß diese Frauen durch den § 218 zu Kriminellen gestempelt werden. Aus Spaß treibt wohl niemand ab. Daß es die Verhältnisse sind, die viele Frauen zwingen, eine Abtreibung auf sich zu nehmen, bestätigt auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, ist es doch der Meinung, daß das Volk nur durch Bestrafung gezwungen werden kann, ungeplante Kinder in die Welt zu setzen.

Auch die Fristenlösung hebt diese staatliche Bevormundung nicht auf. Nicht einsichtig ist es, warum durch Bestrafung die Frist von drei Monaten durchgesetzt werden muß. Hier ist vielmehr eine breite Aufklärungsaktion angebracht, die auf die Gefahren einer späteren Abtreibung aufmerksam macht, und warum der § 218 ersatzlos gestrichen werden muß.

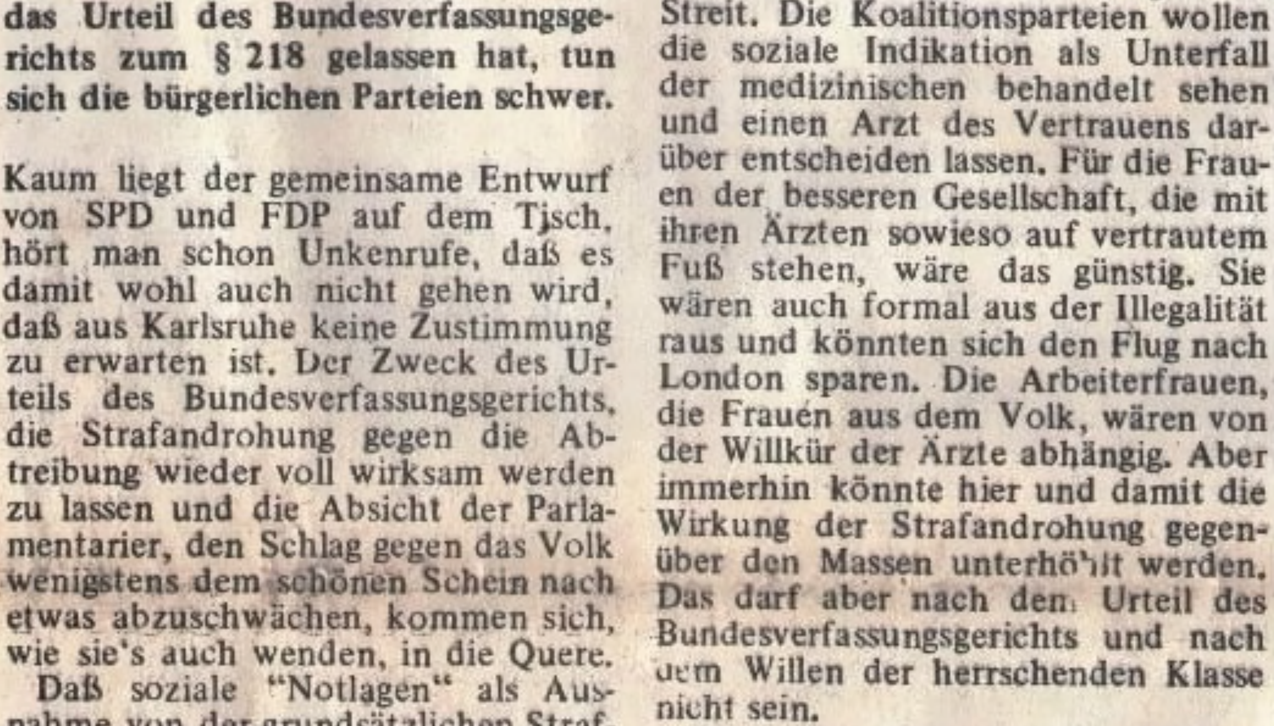
Daß die mit der Fristenlösung geplante Beratung ebenfalls mit Bestrafung durchgesetzt werden muß, läßt ahnen, von welcher Qualität diese Beratung sein wird. Um überhaupt die Zahl der Abtreibungen zu senken, ist es notwendig, daß wir uns aktiv für eine kinderfreundlichere Umwelt einsetzen. So ist es zum Beispiel notwendig, daß wir uns für Kindertagesstätten in den Betrieben einsetzen, für das Recht, während der Arbeitszeit nach den Kindern zu sehen und dafür, daß die Kindertagesstätten vom Betriebsrat kontrolliert werden.

Der § 218 ist nicht nur eine Frauenfrage. Von ihm werden ganze Familien betroffen. Deshalb ist es notwendig, daß sowohl Männer wie Frauen als auch Alte und Junge gegen diesen Paragrafen kämpfen."

130 der anwesenden IGM-Vertreter stimmten für die Resolution, 20 waren dagegen oder enthielten sich.



600 Menschen kamen zu der Veranstaltung der Bremer Initiative gegen den § 218



Pest oder Cholera

Das Gerangel um die "Neugestaltung" des § 218

In dem engen Manövrierraum, den das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum § 218 gelassen hat, tun sich die bürgerlichen Parteien schwer.

Kaum liegt der gemeinsame Entwurf von SPD und FDP auf dem Tisch, hört man schon Unkenrufe, daß es damit wohl auch nicht gehen wird, daß aus Karlsruhe keine Zustimmung zu erwarten ist. Der Zweck des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, die Strafandrohung gegen die Abtreibung wieder voll wirksam werden zu lassen und die Absicht der Parlamentarier, den Schlag gegen das Volk wenigstens dem schönen Schein nach etwas abzuschwächen, kommen sich, wie sie's auch wenden, in die Quere.

Daß soziale "Notlagen" als Ausnahme von der grundsätzlichen Strafbarkeit der Abtreibung anerkannt werden sollen, darüber ist man sich einig, bei allen Parteien des Parlaments. Wer aber diese Ausnahmen bestimmen soll, und damit, was damit gemeint sein soll, darüber gibt es Streit. Die Koalitionsparteien wollen die soziale Indikation als Unterfall der medizinischen behandelt sehen und einen Arzt des Vertrauens darüber entscheiden lassen. Für die Frauen der besseren Gesellschaft, die mit ihren Ärzten sowieso auf vertrautem Fuß stehen, wäre das günstig. Sie wären auch formal aus der Illegalität raus und könnten sich den Flug nach London sparen. Die Arbeiterfrauen, die Frauen aus dem Volk, wären von der Willkür der Ärzte abhängig. Aber immerhin könnte hier und damit die Wirkung der Strafandrohung gegenüber den Massen unterhöhlt werden. Das darf aber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und nach dem Willen der herrschenden Klasse nicht sein.

Die CDU will die Entscheidung über die Ausnahme von der Strafbarkeit zwar auch nicht einer entscheidungsbefugten Guchtachterstelle überlassen, weil sich herumgesprochen hat, daß die Frauen aus dem Volk diese lieber gleich meiden und illegal abtreiben, als einen Spruch gegen sich zu riskieren. Aber sie will, daß der behandelnde Arzt, der die Entscheidung treffen soll, verpflichtet wird, sich im Fall der sozialen "Notlage" mit einem "Sozialhelfer" oder "einer anderen sachkundigen Person" beraten soll. Vorher muß er sich allerdings noch mit einem von den staatlichen Gesundheitsbehörden oder der Ärztekammer dazu ausgesuchten Kollegen beraten.

Das läuft darauf hinaus, daß die Abtreibung nur im Rahmen der staatlichen Sozialfürsorge möglich sein wird als Notlösung für die Ärmsten der Armen.

Das Gesetz über flankierende Sozialmaßnahmen zur "Reform" des § 218 ging dann auch nur gegen die Stimmen der CDU/CSU durch den Bundestag und wird wahrscheinlich auch im Bundesrat keine Mehrheit finden. Darin ist vorgesehen, daß die zukünftigen legalen Abtreibungen von den Krankenkassen bezahlt werden. Die CDU hat das als "Abtreibungs-Förderungsprogramm" bezeichnet.

—h.v.—

Die bürgerliche Presse lamentiert über den Geburtenrückgang

Propaganda für staatliche Bevölkerungspolitik

In der Presse kann man gegenwärtig viel von der Sorge der bürgerlichen Klasse erfahren, es würden in diesem Lande zu wenig Babys geboren.

"Die fehlenden Babys", heißt ein Kommentar auf Seite 1 der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 20. Juni. Der CDU-Abgeordnete Rollmann sprach in der familienpolitischen Debatte des Bundestages am 22. Mai von den "gesunkenen Zukunftserwartungen unseres Volkes", von einem einmaligen "Geburtentiefpunkt".

Richtig daran ist, daß die Geburtenrate in Westdeutschland ständig sinkt. Dahinter verbirgt sich nichts anderes, als daß die Herrschaft der Kapitalistenklasse der Arbeiterklasse und dem Volk die Last auferlegt, sich Kinder nur nach Maßgabe ihrer finanziellen Möglichkeiten leisten zu können. Diese verschlechtern sich aber von Jahr zu Jahr. Dazu gehört auch, daß in dieser Ausbeuterordnung die Frauen in die gesellschaftliche Produktion dann hineingezwungen werden, wenn der Lohn des Mannes für die Arbeiterfamilie nicht zum Leben reicht. Als erste fliegen sie aus der gesellschaftlichen Produktion wieder heraus, wo sie für den Profit der Kapitalisten nicht mehr dienlich sind. Die kapitalistische Art und Weise, die Arbeiterfrauen in die gesellschaftliche Produktion einzubeziehen, während die Erziehung der Kinder ihre persönliche Angelegenheit bleiben soll, hat zur Folge, daß der Arbeiterfamilie die Aufzucht des Nachwuchses zur oft unerträglichen Last werden muß, denn die Arbeitsschinderei für die Profite der Kapitalisten läßt der Arbeiterfamilie wenig Raum, für ihre Kinder zu sorgen, was sie dennoch unter unerträglichen Lasten tun.

Daß die bürgerlichen Propagandisten ein vernichtendes Urteil über diese Ausbeuterordnung fällen, wenn sie eingestehen, daß hierzulande für den Nachwuchs kaum gesorgt werden kann, kommt ihnen nicht in den Sinn.

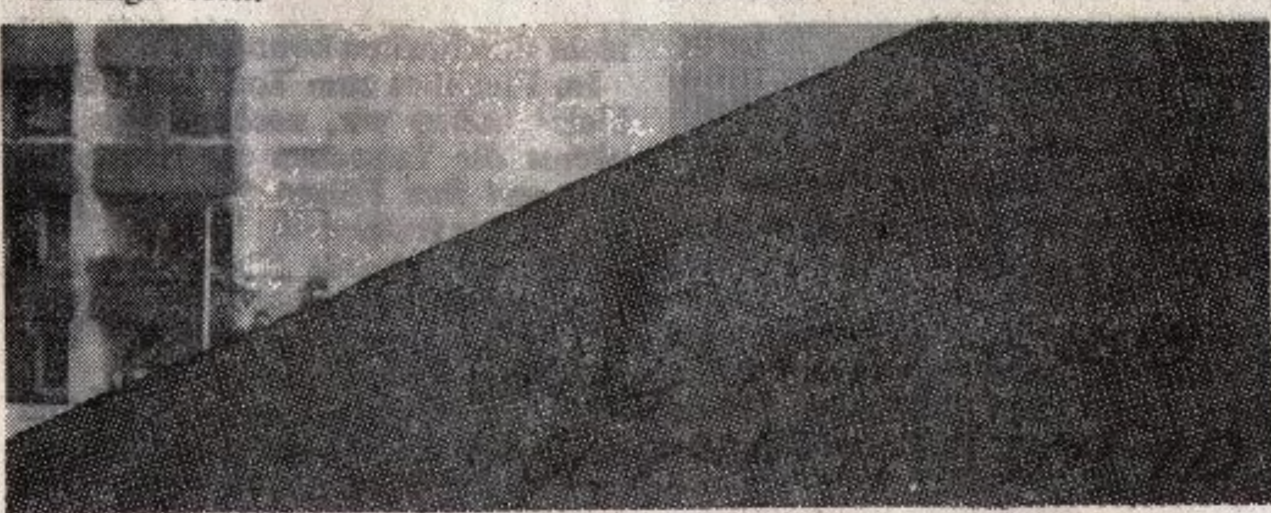
So wurde in der Bundestagsdebatte von den geänderten "Motiven" (Gesundheitsministerin Focke) gesprochen, die schuld daran seien, daß die Geburten zurückgingen, vom modischen Hang zur Emanzipation durch Frauenarbeit (Rollmann, CDU). *"Sollen wir nun das Mutterkreuz wieder einführen, mit dem im Dritten Reich besonders 'produktive' Mütter beglückt wurden? Oder ähnliche 'bevölkerungspolitische Maßnahmen' ergreifen? Sicher nicht"*, heißt es dazu in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Daß die Frage so gestellt wurde, zeigt, worauf diese Propagandakampagne der Bourgeoisie gegen den "Babymangel" hinausläuft. Es soll eine Meinung dafür geschaffen werden, daß man die Frage des Nachwuchses nicht der Arbeiterklasse und dem Volk überlassen dürfe, sondern daß der Staat hier eingreifen müsse, wie er es z.B. mit dem § 218 tut.

Freilich stellen die bürgerlichen Propagandisten die Verhältnisse dadurch auf den Kopf. Denn es sind die kapitalistischen Ausbeuterverhältnisse und der sie schützende Staat, die es der Arbeiterklasse zur Last werden lassen, für ihren Nachwuchs und damit für ihre Zukunft zu sorgen.

Jetzt will die Bourgeoisie die Last dieser Verhältnisse obendrein noch als Argument dafür verwenden, daß die Regelung des Nachwuchses nicht der Arbeiterklasse und dem Volk überlassen bleiben dürfe, sondern zum Recht des Staates werden müsse, der diese Verhältnisse schützt.

Gegen solche Versuche der Bevormundung der Arbeiterklasse und des Volkes durch den bürgerlichen Staat werden diese ihrem Recht Geltung verschaffen müssen, daß sie selbst darüber entscheiden, wann sie ein Kind bekommen wollen. Um dieses Recht nicht zu einem leeren Wort werden zu lassen, wird man vom Staat und den Kapitalisten all das fordern müssen, was ein Kind zu seinem Aufwachsen braucht. So die Freistellung der Frau von der Arbeit vor und nach der Niederkunft bei voller Fortzahlung des Lohnes und daß der Arbeitsplatz wieder zur Verfügung gestellt werden muß. Betriebskindergärten und ein einheitliches Volksbildungswesen.

e.r.



Weingarten: Diese Aufschrift leuchtet jetzt in roter Farbe vom Dach der katholischen Kirche in Weingarten. In Weingarten hatte es vor einigen Tagen eine Podiumsveranstaltung gegeben, zu der auf Einladung der Initiative gegen den § 218 etwa 200 Menschen erschienen waren. Der katholische Pfarrer und ein Professor von der Universitätsklinik strengten sich sehr an, die Abtreibung als "Mord" und "Diebstahl" zu brandmarken und die Frauen durch Ausmalung ihrer möglichen Folgen einzuschüchtern. Sie bekamen von den Teilnehmern den Haß auf diesen schikanösen Paragrafen und auf die "Parasiten am Leibe der Arbeiterklasse", wie ein Kollege von Hellige sie nannte, die mit dem Paragrafen ihr Geschäft machen, gehörig zu spüren. Als klar war, daß sie völlig isoliert waren, zogen sie mit ihrem kleinen Anhang aus der CDU und der Kirchengemeinde ab. Draußen rissen die verspäteten Kreuzzügler Plakate der Initiative ab und randalierten am Büchertisch der Initiative.

Neue Komitees und Initiativen

Wie uns der Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218 mitgeteilt hat, sind erneut zahlreiche Komitees und Initiativen gegründet worden, bzw. haben sich dem Aufruf der Komitees und Initiativen angeschlossen, so in **Bochum, Bremerhaven, Bruchsal, Castrop-Rauxel, Celle, Detmoldt, Düsseldorf, Frankenthal, Emmendingen, Hagen, Hannover, Helmstedt, Herne, Karlsruhe, Ludwigsburg, Nürnberg, Offenbach, Osterholz-Scharmbeck, Pforzheim, Pinneberg, Unna, Waldkirch, Weinheim, Wetzlar, Wuppertal.**

Erste Ergebnisse der Unterschriftensammlung

Von der Unterschriftensammlung liegen aus einzelnen Städten Zwischenergebnisse vor: Freiburg: 6,000, Hannover: 2 300, Kaiserslautern: 1 000, Aachen: 2 200, Kassel: 2 523, Berlin: 4 207, Stuttgart: 2 000, Castrop-Rauxel: 827, Giessen: 1 866, Dortmund: 1 300, Wuppertal: 1 200, Köln 4 901, Bremen 5 000,

Bremen. Am Mittwoch, 18.6., hat die Abteilung Repro und Bildherstellung (28 Kollegen) bei den Bremer Nachrichten einstimmig die Unterschriftenliste gegen den § 218 unterzeichnet.

Freiburg. Unterschrieben haben 50 von ca. 60 Kollegen bei der Firma Reifen Konz.

Köln. Am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule haben von 1 000 Studenten 600 unterschrieben.

Aachen. Mit einem Stand auf dem Flohmarkt in der Innenstadt hat das Aachener Komitee großen Erfolg gehabt. Fast 900 Unterschriften wurden gesammelt und viele neue Kontakte gewonnen. Immer wieder wurde deutlich, daß die Empörung gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr groß ist. Beim Verkauf am Stand und durch zusätzliche Spenden konnte das Komitee fast 200 DM für die Unterstützung seiner Arbeit verbuchen.

Karlsruhe. Auf einer Mitgliederversammlung der Hauptabteilung Gesundheitswesen im Bereich der ÖTV Karlsruhe wurde eine Resolution gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und für einen Volksentscheid gegen den § 218 verabschiedet. Von den dreißig Anwesenden stimmten sechsundzwanzigdafür und vier enthielten sich.

Westberlin. Die Vollversammlung des Psychologischen Instituts am Fachbereich 11 der Freien Universität Berlin (Studenten, Professoren und Lehrkräfte) hat ohne Gegenstimmen bei 20 Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, in der die Forderungen des Komitees und die Unterschriftensammlung unterstützt werden und der Aktionsrat des Instituts aufgefordert wird, mit dem Komitee zusammenzuarbeiten.

"Sie als Pfaffe wissen davon ja nichts"

Frankfurt/M. Am Donnerstag, 12.6., als die erste Demonstration gegen die Erhöhung der FVV-Tarife in Frankfurt durchgeführt wurde, machten einige Genossen vom KBW Stände gegen den § 218.

Viele Besucher des Kirchentags waren da, mit einigen konnte man auch ganz gut diskutieren. Ein Pfarrer aber beschimpfte mich richtig: "In meiner Gemeinde gäb' es sowas (Abtreibung) nicht. Jede Frau, die so eine Sauerei macht, würde ich anzeigen. Ihr wißt ja gar nicht, was ihr sagt: Wenn ihr wüßtet, wie schrecklich es ist, Leben zu ermorden, würdet ihr hier nicht so rumschreien!"

Ehe ich antworten konnte, stürzte eine etwa siebzigjährige Frau auf ihn los und legte los: "Und was haben Sie für weise Sprüche auf Lager, wenn die Frau dann ihr Kind nicht gescheit ernähren und aufziehen kann? Die Leiterin des Frauengefängnisses in Preungesheim hat mir gesagt, sie wäre froh, wenn der § 218 abgeschafft würde, dann säßen nicht so viel Frauen in der Haftanstalt. Aber Sie Pfaffe wissen ja davon nichts. Gehen Sie doch nach Hause, von Ihrer Sorte haben wir sowieso schon viel zu viel!"

Darauf wußte der Herr Pfarrer nichts mehr zu antworten und trollte sich. Die alte Frau hat dann die Umstehenden aufgefordert, unseren Aufruf für die ersatzlose Streichung des § 218 zu unterschreiben und hat als erste ihre Unterschrift gegeben.

—H.S., Frankfurt/M.—

Hamburg:

9000 demonstrierten gegen die Sparmaßnahmen



Demonstration von 250 Schülern der Volks- und Realschule Burgstraße zur Schulbehörde. Die Schule soll als Volks- und Realschule geschlossen und künftig von Berufsschülern benützt werden. Auf einer Veranstaltung in Hamm mit dem Landesschulrat Neckel erwies sich dieses Spaltungsmanöver der Behörde als ein böser Fehlschlag. Ein Vertreter der Berufsschüler teilte auf dieser Versammlung den Beschluß der Vollversammlung der betroffenen Friseur-Lehrlinge, die in die Schule Bergstraße umziehen sollen, mit. Ca. 300 haben sich gegen die Schließung der Volks- und Realschule Burgstraße ausgesprochen. Nur 7 dafür.

9 000 Eltern, Lehrer, Schüler und Studenten demonstrierten am 18. Juni gegen die Sparmaßnahmen des Hamburger Senats im Bildungsbereich. Vorausgegangen war dem eine Welle von Schulstreiks, an denen sich 3 500 Schüler beteiligten, verschiedene kleinere Demonstrationen in verschiedenen Stadtteilen. Aufgerufen hatte zu dieser Demonstration eine Initiative von dreißig Elternvertretungen.

Die Demonstration am 18. Juni bildete eine machtvolle Zusammenfassung der vorausgegangenen Aktionen und war eine große Ermutigung für die Schüler und Eltern, die an diesen Aktionen teilgenommen hatten.

Verschiedene Maßnahmen hat der Senat unternommen, um die Bewegung der Schüler und Eltern zum Stehen zu bringen und sie öffentlich ins Unrecht zu setzen. Die Ankündigung eines koordinierten Schulstreiks beantwortete der Senat mit Bußgeldbescheiden gegen die Elternräte. Er stellte damit klar, daß diese Elternvertretungen nicht dazu da sein sollen, die Interessen der Eltern gegenüber dem Senat zur Geltung zu bringen, sondern sie sollen dazu dienen, daß die Eltern mit dem Senat zusammenarbeiten und sich seiner Politik unterwerfen.

Allerdings war der Senat mit diesem Vorgehen nicht erfolgreich. Die Elternräte hatten sich aufgelöst, die Organisierung des Streiks als Initiative weitergeführt und ihn erfolgreich durchgeführt. Der Schulstreik als Mittel, die Interessen des Volkes gegen die Politik des Staates durchzusetzen, entwickelte eine ungeheure Popularität und breitete sich rasch aus.



Hamburg: Demonstration am 18.6.

Der Senat versuchte weiterhin, die Bewegung in Volks-, Realschüler und Berufsschüler zu spalten, indem er einerseits die Auflösung von Volks- und Realschulen ankündigte, um in die freiwerdenden Räumlichkeiten Berufsschulen zu verlagern. Daraufhin haben sich die Schüler der betroffenen Berufsschulen und Volks- und Realschulen zusammengeschlossen und eine gemeinsame Versammlung mit anschließendem kurzem Warnstreik durchgeführt.

Kurz vor der Demonstration ließ der Schulsenator in der Auflage von einer halben Million ein Flugblatt verteilen, in dem er versuchte, die streikenden Schüler und Eltern ins Unrecht zu setzen. Demonstrieren könnten sie, wenn sie es für notwendig hielten, schrieb er, aber Warnstreiks seien gesetzeswidrig und richteten sich gegen ein mehrheitlich gewähltes Parlament. Die Sparmaßnahmen seien notwendig im Interesse aller, und der Senat werde sich nicht dem Druck der Straße beugen.

Im Kampf um die öffentliche Meinung steht der Senat aber schlecht da, während die Forderungen der Eltern und Schüler nach Rücknahme der Sparmaßnahmen im Bildungsbereich eine breite Unterstützung finden. Das zeigte die Beteiligung an der Demonstration selber, und das zeigten zahlreiche Solidaritätsadressen mit den Schulstreiks, darunter eine von der Vertrauensleuteversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und eine von der Delegiertenversammlung der Gewerkschaft Druck und Papier.

Auf der Demonstration wurde aus den Reihen der Elternvertreter eine Delegation gebildet, die dem Schulsenator die Forderungen überbringen und ihn zu einer Stellung auffordern sollte. Hineingelassen wurde sie ins Rathaus durch einen Kordon ziviler Polizei. Der Senator teilte mit, eine Stellungnahme erübrige sich, da die Eltern keine neuen Argumente vorzubringen hätten. Im übrigen halte der Senat an seinen Beschlüssen fest.

Auf der Abschlußkundgebung hat sich aber gezeigt, daß die Eltern und Schüler diese Erklärung nicht hinnehmen werden, sondern entschlossen sind, nach den Schulferien den Kampf weiterzuführen, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Die Bedingungen dafür sind nicht schlecht, denn es ist ein großer Fortschritt gegenüber vergangenen Jahren, daß noch vor den Sommerferien Kampfmaßnahmen eingeleitet werden konnten. Bisher war es so gewesen, daß zum Schuljahresbeginn der Senat Schüler und Eltern mit vollendeten Tatsachen konfrontierte, ohne daß sich schon viel geregt hätte. Das ist jetzt anders.

L.P.

Nichteinstellung von Lehrern stößt auf Widerstand

Niedersachsen: In der Krise verschärfte Sparmaßnahmen im Bildungsbereich

501 von 846 Bewerbern für das Lehramt an Gymnasien in Niedersachsen haben vom Kultusministerium einen Bescheid erhalten, daß sie ihre Ausbildung nicht beenden können: Sie werden nicht in den Referendardienst übernommen. Anfang nächsten Jahres sollen in Niedersachsen von 3 700 Lehramtsbewerbern nur 600 eingestellt werden.

Gegen diese Sparmaßnahmen hat sich unter den niedersächsischen Lehrerstudenten und Referendaren bereits ein breiter Widerstand entwickelt, und sie wehren sich dagegen, daß der bürgerliche Staat die Folgen der kapitalistischen Krise nun verstärkt auch auf die Lehrer abwälzen will.

Wird dieser Angriff der Schulbürokratie nicht abgeschlagen, so soll nach dem Willen der Schulbehörde Lehrer nur werden, wer durch gute Leistungen und unterwürfige Haltung gegenüber dem bürgerlichen Staat bewiesen hat, daß er als Beamter geeignet ist, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu verteidigen und zu vertreten. So soll die Konkurrenz unter den Lehrerstudenten verschärft und den angestellten Lehrern gleichzeitig ein größeres Arbeitspensum aufgehalst werden.

Auf verschiedenen Versammlungen der Studenten und der GEW in Göttingen wurden deshalb in den letzten Wochen gegenüber der Regierung Forderungen aufgestellt, die geeignet sind, ein einheitliches Vorgehen der Studenten zu ermöglichen. Fachschaftsratsversammlungen der Universität und das Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule beschlossen dort eine Resolution, die die sofortige Übernahme aller Lehrer in den Schuldienst fordert. Es wird auf Vollversammlungen an beiden Hochschulen hingearbeitet, auf denen einheitliche Kampfschritte für die Einstellung aller Lehrer diskutiert und beschlossen werden sollen. In der verabschiedeten Resolution heißt es: "Kommt die Regierung dieser ultimativen Forderung nicht nach, so werden wir schon in den Semesterferien darauf hinarbeiten, daß Anfang des Wintersemesters größere Aktionen wie z.B. eine Urabstimmung über einen aktiven Streik der Studenten stattfindet und dieser Vorschlag auch an anderen Hochschulen des Landes unterstützt und durchgeführt wird." Noch in dieser Woche ist im Anschluß an die Vollversammlungen eine Demonstration geplant, auf der die Forderungen der Studenten bekräftigt werden sollen.

Auch die Studenten an den Hochschulen in Braunschweig haben den Kampf gegen die Nichteinstellungen bereits aufgenommen. An einer dort durchgeführten Demonstration nahmen 1 200 Studenten teil, und die Kampfmaßnahmen der Studenten der Pädagogischen Hochschule fanden Unterstützung an der Technischen Universität, der Kunsthochschule und beim Studienseminar 1 der Studienreferendare. Geplant ist dort, daß noch vor Semesterende ein Warnstreik an der Pädagogischen Hochschule und in einigen Fachbereichen der Technischen Universität durchgeführt werden soll, der dazu genutzt werden muß, die Front gegen die Nichteinstellungen zu verbreitern.

Auf einer Veranstaltung der GEW an der Technischen Universität Hannover am 9. Juni wurde von ungefähr 400 Teilnehmern bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, in der die Einstellung aller vorhandenen Lehrer und die Übernahme aller Referendare gefordert wurde.

So heimlich die Landesregierung ihre Sparmaßnahmen gegenüber den Lehrern und Lehrerstudenten plante und durchführen will, so verschwiegen will sie diese Sparmaßnahmen auch gegenüber der Bevölkerung und den Eltern durchsetzen. Es muß daher jetzt auch breit eine öffentliche Meinung geschaffen werden gegen diese Sparmaßnahmen, die gleichzeitig eine weitere Verrottung des Volksbildungswesens zur Folge haben werden. So soll in Braunschweig der zweitägige Warnstreik genutzt werden, um durch Veranstaltungen mit Eltern, Lehrern, Schülern und Gewerkschaften Kenntnisse über die Lage an den Schulen zu verbreiten.

Gleichzeitig will die Schulbehörde die Sparmaßnahmen nutzen, um die Ausrichtung der Lehrer als Teil des öffentlichen Dienstes zur Treue gegenüber ihrem Dienstherrn voranzubringen. Dagegen wird in einer Entschließung, die zwei Fachgruppen der GEW Göttingen und eine Veranstaltung von GEW und Allgemeinem Studentenausschuß der Universität gefaßt haben, gefordert: **"Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf!"** Die von GEW und Allgemeinem Studentenausschuß durchgeführte Veranstaltung stellte noch die Forderung auf: **"Weg mit den Berufsverboten und Einstellung aller bisher vom Berufsverbot betroffenen Kollegen!"**

Zu den geplanten Nichteinstellungen hat die Landesastenkonferenz der niedersächsischen Studentenschaft am 23.6. Stellung genommen.

In ihrer Entscheidung stellt sie fest, daß diese Maßnahme für die betroffenen Studenten bedeutet, "daß sie nach dem Studium ohne jede Existenzgrundlage dastehen, weil sie für andere Berufe nicht ausgebildet sind. Sie sollen arbeitslos werden, ohne ein Recht auf Arbeitslosengeld zu haben.

Des weiteren trifft diese Maßnahme die Lehrer an den Schulen, die schon jetzt durch die schlechte Lage an den Schulen überbelastet sind und die mit dem zukünftigen Heer von arbeitslosen Lehrern noch stärker wirtschaftlich und politisch unter Druck gesetzt werden können.

Gegen die Maßnahmen des Kultusministers fordert die Landesastenkonferenz u.a. "die Einstellung aller ausgebildeten Lehrer und aller Referendare, Arbeitslosengeld für arbeitslose Lehrer!"

Zur Durchsetzung dieser Forderungen will die Landesastenkonferenz im nächsten Semester u.a. Aktionstage an den Hochschulen organisieren, Initiativen für die Organisierung eines Streiks unterstützen, Kontakte mit Gewerkschaften aufnehmen etc. Diese Aktionen sollen in Verbindung mit den vom VDS zentral geplanten Aktionen für das gesamte Bundesgebiet durchgeführt werden.

Red. nach Berichten

Fachhochschule Aachen:

Notvorstand zurückgetreten

Wie schon in der letzten KVZ berichtet wurde, hat in NRW der Minister für Wissenschaft und Forschung für die Studentenschaft an der Fachhochschule Aachen einen vom Rektor bestellten Notvorstand eingesetzt. Er will so erreichen, daß der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) als Vertreter der Studenten künftig zum Vertreter der Politik des Ministers in der Studentenschaft wird.

Bei der von diesem Notvorstand gewünschten und vom rechtmäßigen AStA geforderten Abteilungsvollversammlung erhielten der Minister für Wissenschaft und Forschung und der eingesetzte Notvorstand eine kräftige Abfuhr.

,Es zeigte sich, daß die Studenten nicht bereit waren, diesen bisher schwersten Angriff auf ihre verfaßte Studentenschaft einfach hinzunehmen. Mit überwältigender Mehrheit unterstützten sie den Antrag des AStA, der die völlige Ablehnung der Notordnung und die sofortige Anerkennung der von den Studenten verabschiedeten Satzung, die der Minister nicht anerkennen will, forderte. Aufgrund dieses eindeutigen Votums der Studenten sah sich der Notvorstand gezwungen, zurückzutreten. Damit erzielten die Studenten einen ersten Erfolg im Kampf um ihre Rechte. Es ist aber noch nicht abzusehen, daß der Minister so kampflos das Feld räumen wird, zumal diese Notverordnung auch an anderen Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen durchgesetzt werden soll.

Wie können sich die Studenten jetzt dagegen wehren? Einmal ist jetzt notwendig, den Kampf der Fachhochschulstudenten auf Landesebene zu vereinheitlichen, denn nur dadurch kann es gelingen, die Einheit herzustellen, damit die Notverordnung vom Tisch kommt. Es ist daher erforderlich, daß sich die Landesastenkonferenz auf ein gemeinsames Vorgehen einigt. Weiterhin wird man Aktionstage noch in diesem Semester durchführen müssen, um die Studenten umfassend zu informieren und um weitere Kampfschritte für die Anerkennung der eigenen Satzung zu beschließen.

–K., KHI Aachen–

Streikandrohung gegen politische Entlassung

Darmstadt. Die Vollversammlung der Staatlichen Fachhochschule Darmstadt verabschiedete am 18.6. eine Resolution, mit der sich die Studenten gegen verschiedene politische Disziplinierungen an der Fachhochschule wenden. Gegen die Stimmen der DKP-Studenten verabschiedete die überwiegende Mehrheit der anwesenden 400 Studenten diese Entschließung, in der sie die sofortige Rücknahme der Kündigungsandrohung gegen den Dozenten Victor Pfaff, die Niederschlagung der Ermittlungsverfahren gegen die Dozenten Biel und Bruno und die sofortige Einbürgerung und Verbeamtung des Dozenten Franz Lee fordern.

Zum Schluß der Resolution, in der die Studenten freie politische Betätigung für die Dozenten fordern und sich gegen das Beamtenrecht als Mittel der Disziplinierung wenden, heißt es: "Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, beschließt die Vollversammlung: 1. am Anfang des nächsten Semesters eine neue Gesamtvollversammlung durchzuführen, auf der die Entwicklung während der Ferien diskutiert wird. 2. Einen Streik von mindestens einer Woche, falls in den Ferien einem der Dozenten gekündigt werden sollte."

„Hochverräterische Aktion"

Mannheim. Aufgrund einer Überprüfung nach dem baden-württembergischen "Radikalenerlaß" wurde an der Universität Mannheim die wissenschaftliche Hilfskraft J. Schwemann nach zweieinhalbjähriger Tätigkeit entlassen. Vorgeworfen wird ihm eine Kandidatur für die Kommunistische Hochschulgruppe. In der Begründung des Ministeriums heißt es, die Kommunistische Hochschulgruppe habe sich *"die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und des demokratischen Rechtsstaates durch hochverräterische Aktionen und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zum Ziel gesetzt"*. An der Universität stieß diese Maßnahme auf große Empörung. In einigen Seminaren wurden bereits Resolutionen verabschiedet, in denen die Abschaffung des besonderen Dienstrechts für den öffentlichen Dienst, die Beseitigung des KPD-Verbots und die sofortige Wiedereinstellung von J. Schwemann gefordert wird.

Erfolglose Spitzel

Das Verteilen der Soldatenzeitung konnten sie nicht verhindern

Augustdorf/Detmold. Am 1.6. verteilten wir vor der Kaserne in Augustdorf die Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitee Paderborn Augustdorf, die "Rührt Euch". Schon bei unserem Erscheinen erscholl der Ruf: "Da kommen die Flugblätter" von einem Wachhabenden. Nach kurzer Zeit bereits erschien ein Unteroffizier. Er forderte uns auf, sofort zu verschwinden, andernfalls er die Polizei holen würde. Wir verteilten weiter die "Rührt Euch". Die reingehenden Soldaten wurden von den Wachen so genau kontrolliert und aufgefordert, die Zeitung abzugeben, was nach den Soldatengesetzen nicht erlaubt ist. Von Kameraden, die sich nicht einschüchtern ließen, wurden die Personalien aufgenommen.

Nach einiger Zeit erschienen zwei Polizisten, die aber lediglich unsere Personalien aufnahmen, was sie schon des öfteren gemacht haben. Nachdem nun die Herren von der Bundeswehr merkten, daß sie uns so nicht vom Kasernentor "entfernen" konnten, setzten sie eine ganz andere Methode ein. Ein einfacher Soldat sollte uns ganz kameradschaftlich ausfragen, wo wir herkommen, in welchem Auftrag wir handeln, wer die Leute in der Kaserne sind, die die Zeitung schreiben etc.. Als dies nicht klappte, meldete er dies dem Offizier vom Wachdienst.

Nun erschienen zwei jüngere Herren, die die Zeitung in der Kaserne verteilen wollten, wir sollten ihnen unsere Exemplare geben, sie würden sie verteilen. Wir gaben ihnen zwei Zeitungen. Nach einiger Zeit fuhren sie unkontrolliert in die Kaserne, offenbar Herren vom MAD. Als nächstes erschien ein Zivilist, er wollte ebenfalls Zeitungen in der Kaserne verteilen, wir sollten ihm unsere Exemplare geben. Als dies nicht klappte, versuchte er Streit anzufangen und drohte uns Prügel an, falls wir nicht verschwinden.

Es kamen dann noch eine ganze Reihe von Soldaten und Zivilisten, die, wie wir bemerkten, sich mit den Wachhabenden absprachen. Sie wollten ebenfalls Zeitungen oder eine Prügelei, zwischendurch fotografierte uns der Unteroffizier vom Dienst mit einer Minox.

Dieses verschärfte Auftreten der Spitzel-Sicherheitsbediensteten der Bundeswehr zeigte uns, daß die Zeitung des Komitees und auch die Arbeit desselben in der Kaserne den Kommandeuren ein Dorn im Auge ist. Sie versuchen mit allen möglichen Mitteln unsere Arbeit zu verhindern.

–N., Soldaten- und Reservistenkomitee Paderborn–

Versorgungskonzern der US-Armee

Im Sommer lernte ich einen Kraftfahrer kennen, der für die US-Armee arbeitet. Er erzählte mir, daß die US-Armee in Europa einen riesigen Konzern nur für die Versorgung ihrer Leute aufgebaut hat, der nach militärischer Präzision organisiert ist. Dieser Konzern versorgt die US-Soldaten und ihre Angehörigen mit allem, von der Milch am Morgen bis zur kompletten Wohnungseinrichtung. Selbst Brot, Fleisch usw. werden nur von diesem Konzern ausgeliefert. Notwendig dazu ist ein riesiges Heer von Transportern, die zum Beispiel das Weißbrot aus einer zentralen Bäckerei in Frankfurt und das Fleisch aus einer zentralen Schlachterei bis nach Südspanien hinunterfahren. So kommt die Milch aus Dänemark, weil die deutsche nicht fett genug ist und das Kaugummi nur aus Texas.

Die US-Armee muß autonom sein von dem Land, in dem sie als fremde Macht sitzt.

Verwunderlich ist sicherlich nicht, daß die deutschen Arbeiter in diesem Konzern kein Streikrecht haben per Gesetz.

–P.S., Hannover–



DGB-Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Hannover. 100 Soldaten nahmen in Uniform teil.

Wehrpflichtige fordern Lohnfortzahlung

Regierung bietet und Bundeswehrverband fordert 1 DM mehr pro Tag

In den Zeitungen vom Freitag, dem 13. Juni, haben Verteidigungsminister Leber und Bundeskanzler Schmidt Wehrsolderhöhung von 30 DM mehr im Monat angekündigt. Begründung: Es wäre an der Zeit, daß auch die Soldaten mehr Geld bekämen.

Das ist nicht die Wahrheit, sondern die Bundesregierung macht Zugeständnisse an die Forderungen der Soldaten wie schon beim Kantinenwesen. Ihr Ziel ist, die Soldaten zu beruhigen und die Diskussion über den Wehrsold abzubrechen und Ruhe in den Kasernen zu haben. Denn Ruhe brauchen sie, damit die bürgerliche Armee für ihre Ziele einsatzbereit ist.

Die Kameraden, die ich gefragt habe, was sie vom Angebot der Bundesregierung halten, sagten: besser als gar nichts. Ich habe gesagt, richtig, 30 DM sind besser als gar nichts, aber nicht ausreichend. Was wir brauchen, ist die Fortzahlung unseres bisherigen Lohns.

Es ist natürlich klar, daß wir die 30 DM nehmen werden. Es ist aber genauso klar, daß dieser Vorschlag der Bundesregierung die Diskussion in den Kasernen weiter hervorrufen wird. Wir dürfen aber nicht den bürgerlichen Politikern entgegenkommen, sondern müssen die Situation ausnutzen, um noch stärker die Diskussion in den Kasernen für die Weiterzahlung des bisherigen Lohnes aufzunehmen.

–Soldat H.–

Die Wehrsoldfrage ist eine politische Frage

"Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit" diese Forderung wird von immer mehr Soldaten erhoben. Geäußert hat sich das auf den 1. Mai-Demonstrationen und auf den DGB-Demonstrationen zur Jugendarbeitslosigkeit, auf denen von Mal zu Mal mehr Soldaten in Uniform für diese Forderung eingetreten sind. Bundeskanzler, Verteidigungsminister und die bürgerlichen Parteien sind jetzt grundsätzlich bereit, den Wehrsold zu erhöhen, 1 DM mehr pro Tag sind im Gespräch (siehe die einleitende Korrespondenz).

Eine Mark pro Tag mehr hat auch in einem Interview lauthals der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberst Volland, in der Bild-Zeitung gefordert. Volland hat zugleich diese Forderung gekoppelt an eine Wehrsteuer für alle jungen Männer bis zum 32. Lebensjahr, die nicht zum Wehrdienst eingezogen werden. Nach dem Willen des Oberst sollen sie dafür, daß sie nicht zum Bund brauchen, in Zukunft monatlich 50 DM zahlen. Der Oberst gab in dem Interview vor, als würden er und der Bundesverband die Interessen der Soldaten vertreten. Viele Menschen aber haben von diesem Verband noch nie zuvor etwas gehört und auch vielen Soldaten ist dieser Verein unbekannt.

Die gemeinsame Grundlage sowohl für das Angebot der Regierung wie für die Forderung des Bundeswehrverbandes ist die "Ideologie vom Gemeinwohl". Das "Gemeinwohl" ist bei der bürgerlichen Klasse und ihren politischen Vertretern immer dann groß in Mode, wenn von der Arbeiterklasse und den Volksmassen Opfer verlangt werden. "Weil das Allgemeinwohl es verlangt" sollen nach dem Willen der herrschenden Ausbeuterklasse die zum Wehrdienst einberufenen Soldaten auf den größten Teil ihrer politischen Rechte verzichten, deshalb zahlt der bürgerliche Staat, der per Gesetz ihre Arbeitskraft in Anspruch nimmt, und deshalb nicht das zahlt, was diese Arbeitskraft wert ist.

Der Wehrsold, den die Soldaten gegenwärtig ausbezahlt bekommen, ist ein Almosen und die angebotene und vom Bundeswehrverband geforderte Erhöhung eine Verhöhnung der Soldaten und ihrer gerechten Forderung nach Fortzahlung des Lohnes.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat sich die Bundeswehr geschaffen, um damit ihrer Machtstellung gegenüber anderen Ländern Nachdruck zu verleihen und um die eigene Arbeiterklasse in Schach zu halten. Die bewaffnete Macht ist der Arm des bürgerlichen Staates, womit gesichert werden soll, daß die bürgerliche Klasse nicht zu arbeiten braucht, sich aber allen gesellschaftlichen Reichtum aneignet, den allein die arbeitende Klasse schafft. Die Bundeswehr und die ganze bewaffnete Macht des bürgerlichen Staates wird zu den völlig eigennützigen Zwecken der bürgerlichen Klasse verwendet. Das Allgemeinwohl – das ist das Wohl der bürgerlichen Klasse.

Dieses Wohl der bürgerlichen Klasse hat der Bundeswehrverband im Auge mit seiner Forderung. Was ist das Ziel der Forderung? In der Hauptsache geht es diesem reaktionären Verein um die Spaltung der Soldaten und um die Spaltung der Soldaten von der Arbeiterklasse und vom Volk. "Wehrgerechtigkeit" ist das Schlagwort, unter dem dieses Spaltungsmanöver abgezogen wird. Die Soldaten sollen gegen die nicht zum Wehrdienst eingezogenen jungen Männer ausgespielt werden in einer Lage, wo sich zunehmend die Einheit der Arbeiterklasse mit ihren zum Wehrdienst eingezogenen Teilen herstellt. Der Bundeswehrverband ist eine Spalterorganisation. Gegründet wurde er, damit die Gewerkschaften nicht in die Kasernen hineinkommen. Das ist gescheitert. Die Soldaten halten an ihrer gewerkschaftlichen Organisierung fest und die ÖTV wird seit über 10 Jahren als Interessenvertretung besonders der Zeitsoldaten heute anerkannt.

Man sieht daran, daß die Wehrsoldfrage eine politische Frage ist. Die bürgerliche Klasse und ihr geschäftsführender Ausschuß, der bürgerliche Staat, benutzen diese Frage als Mittel der Schikane, als Hebel zur Beherrschung der Soldaten. Die Arbeiterklasse dagegen darf nicht zulassen, "daß in diesem Lande Arbeitskraft vernutzt wird zu Preisen, die jeder Beschreibung spotten. (...) Wenn der bürgerliche Staat Kraft Gesetzes Arbeiter zu Diensten verpflichten kann, sei es im Heere oder sonst, dann soll er ihnen zahlen, was diese Arbeitskraft wert ist. Das muß man verlangen." (Kaum einer wird freiwillig Soldat, KVZ Nr. 9/75, S. 12)

Wer „Z" macht...

Die Bundeswehr wirbt ihren Nachwuchs an Zeitsoldaten oft mit dem Versprechen, wer sich verpflichtet, kann bei der Bundeswehr einen Beruf erlernen. Die Vorteile scheinen auf der Hand zu liegen. Man reißt seine vier Jahre runter, bekommt ein gutes Gehalt, erlernt dabei noch einen Beruf, und wenn man nach vier Jahren ins Zivilleben zurückgeht, so hat man aufgrund seiner Qualifikation bessere Verdienstaussichten.

Dies ist die Rechnung, die viele aufmachen und dann aus diesem Grund die Verpflichtungserklärung unterschreiben. Daß diese Rechnung nicht aufgeht, das merken die meisten erst dann, wenn es oft schon zu spät ist, denn was vorher keiner wußte:

Die Ausbildung findet nicht immer während der Dienstzeit statt, sondern abends nach Feierabend. Der Lernstoff ist meist selbst so komprimiert, daß viele Schwierigkeiten haben, mitzukommen, und es gibt viele, die diese Sache dann wieder an den Nagel hängen, ganz einfach, weil sie es nicht packen, ja gar nicht packen können. Dann stellt sich meistens die Frage: Was soll ich überhaupt noch bei der Bundeswehr? Und schon geht der Kleinkrieg los, von seiner Verpflichtungserklärung runterzukommen. Einige Fälle sind bekannt, wo dies geklappt hat, doch in Zukunft wird dies nicht mehr gehen.

Denn die Bundeswehr kann in Zukunft bei Zeitsoldaten, die vor Ablauf ihrer Dienstzeit die Armee verlassen wollen, das Geld, das sie in die Ausbildung steckte, zurückverlangen. Dies heißt in Klartext nichts anderes, als daß die Bundeswehr jedem Zeitsoldaten, der vorher gehen will, die Pistole auf die Brust setzt und ihn vor die Wahl stellt, die gar keine Wahl mehr ist: "Entweder du bleibst oder wir verlangen so und so viel tausend Mark zurück". Im Zweifelsfalle heißt das dann immer, daß man bleiben muß, denn woher das Geld nehmen?

An dieser neuen Regelung zerbricht klar die sprichwörtliche Freiwilligkeit der Soldaten, denn wer Z macht, verkauft sich an die Bundeswehr, wer aufhören will, muß sich zurückkaufen.

Dies wäre alles halb so schlimm, wenn die Situation derzeit nicht die wäre, daß immer mehr Jugendliche gar nicht mehr vor der Wahl stehen, Zeitsoldat zu machen oder nicht, sondern dies ganz einfach müssen; denn jeder, der nach der Schule oder nach der Lehre arbeitslos wird, dem bleibt nichts anderes übrig, als zur Bundeswehr zu gehen oder ohne jegliche Existenzgrundlage dahinzuvegetieren.

Damit hat die Bundeswehr ein neues Instrument geschaffen, die elende Lage vieler Jugendlicher noch besser für ihre Zwecke auszunutzen.

Dem gilt es entgegenzutreten unter der Losung, daß jeder Zeitsoldat, egal aus welchen Gründen, wenn er aus der Armee raus will, dies auch kann, ohne daß man ihm das Messer auf die Brust setzt.

Deshalb: Kündigungsrecht für Zeitsoldaten!

–aus: Koblenzer Militär-Zeitung Nr. 2/75–

„Vaterlandsverteidigung"

Der KABD zur Frage der Vaterlandsverteidigung

In der neuesten Ausgabe seines Zentralorgans 'Rote Fahne' (Nr. 13/1975) nimmt der KABD zur Frage der Kriegsgefahr in der BRD Stellung. Die 'Rote Fahne' kommt zu dem Schluß: "Nicht das Ausnutzen von Widersprüchen der eigenen zu anderen Monopolkapitalisten, sondern die Vorbereitung der Revolution und des Sturzes des eigenen Monopolkapitals muß im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen." Und weiter: "Die Politik der Arbeiterklasse in der imperialistischen BRD ist der Kampf bis zum Sturz der Monopolbourgeoisie als wichtigster Beitrag zur Weltrevolution." Den gegenwärtig von den Gruppen Roter Morgen (KPD/ML) und Rote Fahne (KPD) vertretenen Auffassungen, wonach es Aufgabe der Arbeiterklasse in Westdeutschland sei, ein von der eigenen imperialistischen Bourgeoisie beherrschtes Vaterland zu verteidigen, hält der KABD entgegen: "Es kann keinen Zweifel daran geben, daß ein neuer Krieg zwischen den Imperialisten in Europa wiederum ein ... imperialistischer Krieg sein wird."

Bericht von einer Bochumer Veranstaltung

Am 18.6. hat das Kommunistische Kollektiv Bochum/Sympathisanten des KBW eine Veranstaltung unter dem Thema "Das Ringen der Supermächte um Weltherrschaft und die Aufgaben der westdeutschen Arbeiterklasse" durchgeführt, an der 110 Menschen teilnahmen – darunter Mitglieder der ML Bochum und der Gruppe Rote Fahne.

Über unsere in zwei Referaten entwickelte Auffassung, daß die westdeutsche Arbeiterklasse aus der Verschärfung der Kriegsgefahr für das Hegemoniestreben der beiden Supermächte nur die Konsequenz ziehen kann, den Kampf für den Sturz der westdeutschen Bourgeoisie zu verstärken, gab es eine heftige Diskussion. Ein Mitglied der Gruppe Rote Fahne äußerte in dieser Diskussion, daß die Weltlage durch die sich rapide verschärfende Kriegsgefahr gekennzeichnet sei, während auf der anderen Seite klar sei, daß die Arbeiterklasse in Westdeutschland oder in anderen imperialistischen Ländern noch nicht sehr bald den Sturz ihrer Bourgeoisie erkämpfen könnte. Wörtlich sagte er: "Die Faktoren des Krieges steigen schneller als die Faktoren der Revolution."

Anders gesagt: Es ist ausgeschlossen, daß die Arbeiterklasse dem Krieg durch die Revolution zuvorkommt und man muß sich auf die Verteidigung des imperialistischen Vaterlandes einstellen. So eindeutig hat das die Gruppe Rote Fahne in ihrer Zeitung noch nicht ausgesprochen. Es ist aber die notwendige Voraussetzung ihrer Auffassung über die Vaterlandsverteidigung und deshalb auch kein Wunder, daß ihre Mitglieder sie äußern.

–hd, Bochum–

Auszug aus dem Befehl zur Bereitschaft 'Staubwolke'

"PrBrig 6 stellt im Wechsel mit PzBrig 5 eine Sonderbereitschaft mit der Bezeichnung 'Staubwolke' zum Schutz eines wichtigen militärischen Objekts gegen Demonstrationen und Störakte und Angriffen. Hierzu werden die in den Kasernenbereichen Neustadt und Stadt Allendorf gem. Vorg. 1 eingesetzten 'Bereitschaftszüge – personell und materiell verstärkt – auf Befehl PzBrig 6 heranzgezogen."

Scheelbesuch in den USA:

„Sonderbeziehung": US- und BRD-Imperialismus

In der letzten Woche hat Bundespräsident Scheel einen Staatsbesuch in den USA absolviert, den ersten eines Bundespräsidenten in den USA seit 1958. Gleichzeitig hielten sich drei weitere Minister der westdeutschen Bundesregierung in den USA auf: Verteidigungsminister Leber auf einer NATO-Konferenz, Bundesaußenminister Genscher und Bundeswirtschaftsminister Friderichs. Die Bedeutung dieses Staatsbesuchs des Bundespräsidenten ist sowohl in den USA wie in der BRD ausführlich besprochen worden.

Festgestellt worden ist, daß Scheel "mit ungewöhnlichen Ehren empfangen worden" ist (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.6.): Er wurde Ehrenbürger der zwei größten Städte in den USA, Chicago und New York, durfte vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses sprechen und ist Ehrendoktor geworden.

Festgestellt worden ist, daß sich in diesem Staatsbesuch eine veränderte Beziehung zwischen der imperialistischen Supermacht USA und der imperialistischen BRD ausdrückt: "Ehedem waren sie eher väterlich ermunternder Natur. Nun sucht man verläßliche Brüderlichkeit, ja Stütze" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.6.). Bemerkt wurde, daß Scheel "mit einer Selbstgewißheit" aufgetreten ist, die für den damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss 1958 "noch undenkbar gewesen wäre" (Die Zeit, 20.6.). "Noch vor nicht allzu langer Zeit hätte ein solch selbstsicherer Ton, auch wenn nun dreißig Jahre seit dem Weltkrieg vergangen sind, einige seiner Gastgeber die Augenbrauen zusammenziehen lassen. Davon ist nun nichts mehr zu spüren." (Süddeutsche Zeitung, 20.6.)

"Sonderbeziehung" zwischen US- und BRD-Imperialismus

Was die bürgerliche Presse hier beschreibt, drückt nichts anderes aus als die Tatsache, daß sich innerhalb des westlichen imperialistischen Lagers immer deutlicher ein Bündnis zwischen dem BRD-Imperialismus und dem US-Imperialismus herausbildet, das zunehmend die Politik dieses Lagers bestimmt und dem sich die anderen imperialistischen Mächte unterordnen sollen.

Der BRD-Imperialismus, der inmitten der weltweiten wirtschaftlichen Krise des Imperialismus aufgrund seiner Exportstärke eine relative Stärkung erfährt, ist nicht mehr nur der Juniorpartner, der treue Vasall des US-Imperialismus. Er spielt seine imperialistische Potenz zunehmend aus und betreibt eine selbständige Politik. Innerhalb der **Europäischen Gemeinschaft (EG)** hat er aufgrund seiner ökonomischen Stärke jetzt auch die politische Führung übernommen und ist von den anderen Mitgliedstaaten als führende Kraft und Sprecher anerkannt worden.

Innerhalb der imperialistischen Weltpolitik setzt er auf eine enge Zusammenarbeit mit der führenden Macht im westlichen Lager, den USA. Dies brachte Scheel auch in seiner Rede vor den beiden Häusern des amerikanischen Kongresses zum Ausdruck:

"Aber Europa ist notwendig. Und wir werden es bauen. Und dazu brauchen wir das Verständnis der Vereinigten Staaten. Wir brauchen eine auf Dauer angelegte europäisch-amerikanische Zusammenarbeit. Sie muß von gegenseitigem Vertrauen erfüllt sein." (Die Welt, 18.6.)

Nichts mehr ist in dieser Rede enthalten vom Tonfall des Bittstellers und des Befehlsempfängers, durch den früher das Verhältnis zwischen den Regierungen der USA und der BRD gekennzeichnet war. Hier tritt der Repräsentant einer führenden imperialistischen Macht der Supermacht USA gegenüber und sagt klar, was sie vorhat: in Europa ihre Interessen durchzusetzen.

Die USA sollten "Verständnis" dafür aufbringen, daran ändern könnten sienichts. Scheel warnt die USA, daß sie nicht "wieder in den Fehler verfallen sollen, zweitrangige Interessenkonflikte zu Lasten gemeinsamer erstrangiger Interessen zu betonen" (Die Welt, 18.6.). Deutlich drückte er das Mißfallen der Bundesregierung an der offen zu Tage liegenden Fratze des US-Imperialismus und seiner unverhüllten Verbrechen an den Völkern der Welt aus und empfahl, mehr auf die "Untrennbarkeit von Außenpolitik und sozialem Gewissen" zu achten.

Scheel beendete seine Rede mit der Feststellung: "Das Bewußtsein von der gegenseitigen Abhängigkeit unseres Schicksals ist stärker denn je." (Die Welt, 18.6.) Das ist die Versicherung des Sprechers einer Räuberbande der anderen gegenüber, daß man nur gemeinsam mit anderen Konkurrenten fertigwerden kann, daß man nur gemeinsam sich gegen sein "Schicksal" stemmen kann, das der Fortschritt der Weltrevolution unweigerlich auch für sie bedeuten wird.

Die bürgerlichen Kommentatoren fragen deshalb: "Bahnt sich eine special relationship, eine **Sonderbeziehung**, zwischen Bonn und Washington an, wie sie jahrzehntelang zwischen Amerika und England unzweifelhaft bestand?" (Süddeutsche Zeitung, 20.6.) Und diese Frage wird positiv beantwortet: "Die Rolle, die man den Deutschen im weltpolitischen Spiel der atlantischen Gemeinschaft zudenkt, wächst seit geraumer Zeit und sie wächst weiter". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.6.)

Genscher als Emissär der NATO in der Türkei

Dies kam auch in den begleitenden Gesprächen zwischen Außenminister Genscher und US-Staatssekretär Kissinger zum Ausdruck, die sich vor allem auf die für den US-Imperialismus und die NATO verfahrene Situation im östlichen Mittelmeerraum und hier vor allem in der Türkei bezogen.

Der US-Imperialismus hatte gegenüber der Türkei einen vollständigen Stopp der Waffenlieferungen verfügt, um sie so erpressen zu können. Zu Beginn der letzten Woche hatte daraufhin die türkische Regierung den USA ein Ultimatum gestellt: "Die Vereinigten Staaten müssen mit konkreten Maßnahmen gegen ihre Stützpunkte rechnen, wenn sie sich nicht innerhalb der nächsten vier Wochen zu einer Aufhebung ihres Waffenembargos gegen die Türkei entschließen" (Stuttgarter Zeitung, 18.6.). Nach seinen Gesprächen mit Kissinger ist Genscher sofort in die Türkei geflogen, nicht etwa nur als BRD-Außenminister, sondern ganz offenkundig als Emissär und Sprecher des US-Imperialismus und der gesamten NATO.

Mit diesem Gewicht scheint er auch Erfolge erzielt zu haben: "Balsam für die Amerikaner dürfte Genschers Erkenntnis sein, daß die Türken an die Amerikaner keine ultimativen Forderungen mehr stellen wollen. Ihr Unmut scheint sich gelegt zu haben, wohl vor allem, weil Genscher ihnen signalisierte, daß sich die Frage, wer in die Waffenlieferungen der USA einspringt, sicherlich erledigen werde. 'Ich hoffe, daß die Amerikaner in die eigene Bresche springen', verkündete Genscher sogar vor der Presse". (Stuttgarter Zeitung, 21.6.)

Ist Genscher so als Sprecher der NATO gegenüber der türkischen Regierung aufgetreten, so hat er nebenbei auch gleich noch die selbständigen Interessen des BRD-Imperialismus vertreten und in die eigene Tasche gewirtschaftet. Die Türkei steht in der Liste der Länder, die vom westdeutschen Imperialismus mit Kapitalhilfe "unterstützt" und damit abhängig gemacht werden sollen, nach Indien auf dem zweiten Platz.

Ihre Zahlungsbilanz ist abhängig von den Devisen, die die Überweisungen der türkischen Arbeiter in der BRD nach Hause erbringen. 1974 waren es beispielsweise 1,2 Milliarden Dollar. Allerdings liegt das BRD-Kapital bei den Auslandsinvestoren in der Türkei erst auf dem 26. Platz, weil bisher Schwierigkeiten gemacht wurden bei der Anlage der Investitionen der westdeutschen Kapitalisten in der Türkei. Damit dieser Zustand sich ändert, hat Genscher ein Abkommen zur Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftkommission unterzeichnet. Diese Abhängigkeit der Türkei vom BRD-Imperialismus wird dazu beigetragen haben, daß die türkische Regierung der NATO und den USA gegenüber nachgeben mußte oder, wie ein Journalist zynisch feststellt: "Hier liegt ein Stück Abhängigkeit, die den Türken vielleicht erleichtert, auf ihre 'deutschen Freunde' zu hören." (Stuttgarter Zeitung, 21.6.)

Gleichzeitig Verschärfung der Rivalität

Aber natürlich: "Ganz spannungslos kann die Ausbildung einer Sonderbeziehung der Bundesrepublik zu Amerika, wie sie sich als ziemlich unabwendbar abzeichnet, doch nicht verlaufen." (Süddeutsche Zeitung, 20.6.) Das kommt schlicht daher, daß die imperialistische Supermacht USA und die imperialistische BRD zweifellos zusammenarbeiten und kollaborieren, wenn es darum geht, die imperialistische Weltpolitik des westlichen Blocks in der Konkurrenz zu der anderen Supermacht durchzusetzen und wenn es darum geht, diese räuberischen Interessen gegen die Völker und Staaten der Dritten Welt durchzusetzen.

Gleichzeitig verschärft sich die Rivalität zwischen ihnen und vertritt der westdeutsche Imperialismus seine selbständigen Interessen gegenüber den USA. Während Scheels Staatsbesuch haben die großen amerikanischen Tageszeitungen heftig gegen das Abkommen mit Brasilien gewettert und auch bei den Gesprächen hat es eine Rolle gespielt. Hier war von seiten der westdeutschen Delegation nichts von Nachgiebigkeit zu spüren: "Das Brasiliengeschäft aber, so machte sie (die Delegation) klar, wird trotzdem noch in diesem Monat abgeschlossen" (Frankfurter Rundschau, 19.6.). Erst recht pflegte Bundeswirtschaftsminister Friderichs eine deutliche Sprache. Vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer in New York hielt er einen Vortrag, worin er betonte:

"Vor einem 'Vernichtungswettbewerb' gegen den deutschen Energiekonzern Veba warnte der Bundeswirtschaftsminister die großen amerikanischen Mineralölkonzerne. Friderichs betonte zwar, daß solche Aktionen noch nicht vorgekommen seien, die Bundesregierung sei aber auch um keinen Preis bereit, sie hinzunehmen" (Handelsblatt, 20.6.). Unmißverständlich wurde der Supermacht USA bedeutet, daß sie sich in bestimmte Interessen und Geschäfte des westdeutschen Imperialismus nicht einzumischen hätte.

–H.J.H.–

Linksrutsch in Italien

Sieger der Regional- und Kommunalwahlen ist die revisionistische KPI

Die Regional- und Kommunalwahlen in Italien haben einen großen Linksrutsch gebracht. Die Kommunistische Partei Italiens (KPI) hat die Wahlen gewonnen mit einer Zunahme von 6 %, die Christdemokratische Partei (DC) hat die Wahlen verloren, ihr Stimmenanteil nahm um 3 % ab. Im einzelnen:

	1975	1970
Christdemokratische Partei (DC)	35,3 %	37,9 %
Kommunistische Partei (KPI)	33,4 %	27,9 %
Sozialistische Partei (PSI)	12,0 %	10,4 %
Neofaschisten (MSI)	6,4 %	5,2 %
Sozialdemokraten (PSDI)	5,6 %	7,0 %
Republikaner (PRI)	3,2 %	2,9 %
Liberale Partei (PLI)	2,5 %	4,7 %
Liste Proletarische Demokratie und Kommunistische Partei Italiens (Marxisten-Leninisten)	1,6 %	3,2 %

Die Linksentwicklung drückt sich hauptsächlich in einer Stärkung der revisionistischen KPI aus, der parlamentarischen Opposition, die den Wahlkampf mit Reformversprechungen und gegen die herrschende Korruption in Staat und Wirtschaft führte unter der Parole: "Wir haben saubere Hände". Der Sieg der KPI drückt sich besonders darin aus, daß sie nun außer in Bologna die Bürgermeister von folgenden großen Städten stellt: Mailand, Turin, Venedig, Rom und Neapel. In allen diesen Großstädten hat sie in den Stadtparlamenten die Mehrheit erhalten. Zu den drei Regionalparlamenten, in denen sie bereits die Mehrheit hatte, kommen nun vier weitere hinzu.

Die von der KPI eroberten Regionen bilden ein zusammenhängendes Gebiet zwischen der Poebene im Norden und Rom im mittleren Italien. In diesem Gebiet ist die italienische Industrie konzentriert, dort lebt ein großer Teil der italienischen Arbeiterklasse. In Rom haben aus Anlaß des Wahlsieges rund 200 000 Menschen demonstriert.

Umgekehrt haben die Christdemokraten (DC), die Italien seit dreißig Jahren regieren und eng mit dem Staatsapparat, der katholischen Kirche und dem Kapital verfilzt sind, die Wahlen in erster Linie in diesen Industriegebieten verloren. In den mehr ländlichen Gebieten haben sie ihren Einfluß halten können. Fanfani, der Generalsekretär der DC, machte für die Niederlage die großen Zeitungen, einen Teil der katholischen Pfaffen und die anderen an der Regierung beteiligten Parteien verantwortlich. Die Parteien, die mit an der Regierung beteiligt sind, und die PSI, die die Regierung im Parlament unterstützt, hätten ihren Wahlkampf gegen die DC geführt, statt die Regierungsarbeit zu verteidigen. Der Angriff auf die Presse hat erste Wirkung gezeigt: Der Chefredakteur der Tageszeitung "Il Messagero" wurde entlassen, weil die Zeitung im Wahlkampf die PSI unterstützte. Die Zeitung gehört einem Parteifreund Fanfanis. Die Belegschaft ist daraufhin in den Streik getreten. Den Pfaffen wirft der Generalsekretär der DC vor, daß sie zum ersten Mal in der Geschichte Italiens ihre Schäflein nicht aufgefordert hätten, die Stimme für die DC abzugeben.

Der Präsident des italienischen Kapitalistenverbandes, Fiat-Chef Agnelli, dem auch große Tageszeitungen gehören, erklärte das Wahlergebnis aus dem "Wunsch nach Veränderung im Lande". Agnelli hätte allerdings lieber gesehen, daß die *"Veränderung nicht in Richtung auf die äußerste Linke"* ginge. Es wäre den italienischen Kapitalisten dagegen recht gewesen, wenn die PSI gestärkt worden wäre. So legen sie den Schwerpunkt in ihren Stellungnahmen insgesamt darauf, daß die DC ihre "Regierungsweise" verbessern müsse, damit der "Linkstrend" zum Stillstand komme.

Wie geht es jetzt weiter? Die KPI fordert eine Beteiligung an der italienischen Regierung. Sie propagiert dafür den "historischen Kompromiß", der zum Ziel eine "Große Koalition" hat unter Einbeziehung der PSI. Die KPI stellte fest, daß eine Zusammenarbeit mit ihr für die DC nun unvermeidlich geworden sei.

Die DC dagegen will die bisherige Regierungskoalition weiterführen, allerdings die PSI wieder in die Regierung ziehen. Bisher ist die Lage die, daß eine Koalition besteht aus DC, Republikanern und Liberalen, die von der Unterstützung einer weiteren Partei im Parlament abhängig ist. Die PSI hat die Koalition bisher unterstützt; in einzelnen Fragen, wie bei der Verschärfung der Polizeigesetze, wurde die Koalition aber auch von den Neofaschisten unterstützt.

Die größeren Zeitungen fordern Neuwahlen zum italienischen Parlament, denn dem Regionalergebnis müsse Rechnung getragen werden.

Für den Klassenkampf in Italien sind Neuwahlen, die die KPI in die Regierung brächten, sicherlich von Vorteil. Wenn die KPI in der Regierung versucht, ihr Reformprogramm durchzusetzen, spätestens dann wird sich zeigen, daß es keinen "historischen Kompromiß" zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und den Interessen der Bourgeoisie gibt und geben kann.

Als eine bürgerliche Reformpartei, die durch ihr Reformprogramm die Arbeiterklasse und die Volksmassen an den bürgerlichen Staat bindet, wird die KPI sich in der Regierung verschleißen, und sie wird ihren Einfluß auf die Massen verlieren. Der Vorteil der Regierungsbeteiligung der KPI für den Klassenkampf liegt unter Umständen also darin, daß die Schleusen damit geöffnet werden für eine breite Entfaltung des Klassenkampfes auf einer revolutionären Linie.

g.j.

Streiks in Großbritannien

Ford-Streik fortgesetzt

Seit über 7 Wochen streiken in einem Werk von Ford in Cowley bei Oxford 80 Arbeiter. Es sind Schweißer und Arbeiter, die die Türen an den Autos einhängen.

Der Streik war entstanden als Protest gegen die Pläne der Geschäftsleitung, die Zahl der Arbeiter zu verringern und die Arbeitsleistung zu erhöhen. Ein Versuch einer Schlichtung durch eine Schlichtungsstelle schlug bisher fehl und Vertrauensleute erklärten, der Streik können noch viel länger ausgedehnt werden.

Streik bei Chrysler beendet

Nach fast einem Monat Streik der 4 000 Arbeiter in einem Chrysler-Betrieb bei Coventry hat die Geschäftsleitung ein Angebot von etwa 50 bis 60 Mark pro Woche gemacht. Die Forderung war bei 90 Mark gelegen.

Mit 70 gegen 50 Stimmen haben die Vertrauensleute des Betriebs daraufhin beschlossen, den Abbruch des Streiks zu empfehlen. Sie betonten dabei, dies bedeute nicht die Annahme des Angebots und die Aufgabe des Lohnkampfs. Das Angebot sei vorläufig zu verstehen und müsse durch weitere Verhandlungen in einem endgültigen Abkommen ergänzt werden.

Der Streik hatte für einen Monat die gesamte Autoproduktion der englischen Niederlassung des amerikanischen Konzerns unterbrochen.

Massey-Ferguson besetzt

Etwa 4 500 Arbeiter der Traktorenfabrik des kanadischen Massey-Ferguson-Konzerns in Coventry befinden sich seit 5 Wochen im Streik und halten den Betrieb schichtweise besetzt.

Sie streiken für Lohnerhöhung und haben das bisherige Angebot der Geschäftsleitung von etwa 40 Mark pro Woche mehr abgelehnt.

Die Unternehmer haben die Gerichte eingeschaltet, die entschieden haben, die Besetzung sei illegal und die Besetzer hätten unverzüglich das Gelände zu verlassen. Außerdem gibt es ein Verfahren gegen 310 Kollegen. Die Belegschaft ließ sich nicht beeindrucken.

Eisenbahnerstreik beschlossen

Schon zwei Monate wird in der gegenwärtigen Lohnrunde der 200 000 englischen Eisenbahner verhandelt. Die Forderung der Gewerkschaften liegt bei 35 % für die untersten Lohngruppen und 30 % für die übrigen. Sie betonen dabei, dies sei keineswegs übertrieben, sondern stelle nur die Position von vor einem Jahr wieder her.

Die Britische Eisenbahnverwaltung bot 20 % an. Sie argumentierte, Lohnkosten machten 2/3 der Gesamtkosten bei der Bahn aus und ein 30 %-Abschluß würde eine 12 %-ige Fahrpreiserhöhung zur Folge haben müssen. Sie appelliert an die Eisenbahner, Staat und Industrie zu unterstützen und das niedere Angebot anzunehmen.

Die drei Eisenbahngewerkschaften, die Nationale Eisenbahngewerkschaft NUR, die Gewerkschaft der Zugführer ASLEF und die Gewerkschaft der Verwaltungsangestellten TSSA lehnten dieses Angebot strikt ab, ebenso wie einen nachfolgenden Vorschlag von 21,2 %.

Eisenbahnverwaltung und Regierung fingen damit an, mit Stelleneinsparungen und Fahrplanverdünnung zu drohen und behaupteten, 15 % der Eisenbahner verdienten ohnehin mehr als 350 Mark, nur 22 % jedoch weniger als 200 Mark pro Woche.

Sidney Weighell, Generalsekretär der NUR, reagierte erbost darauf und erklärte, für 350 Mark müßten die meisten der Eisenbahner 12 Stunden am Tag arbeiten und das 7 Tage in der Woche.

Nachdem die Schiedsstelle schließlich 27,5 % vorgeschlagen hatte, sprachen sich Abteilungssekretäre der NUR zuerst für weitere Verhandlungen aus. Anfang Juni jedoch beschloß der NUR-Ausschuß mit 21 gegen 3 Stimmen den landesweiten Streik, hauptsächlich weil der Schiedsspruch die unteren Lohngruppen unberücksichtigt ließ.

Die NUR hat 174 000 Mitglieder unter den Eisenbahnern und wenn der Streik stattfindet, wäre es der erste landesweite Eisenbahnstreik seit dem Generalstreik von 1926. Der Beginn des Streiks ist auf den 23. Juni festgelegt.

G., z.Zt. London

Zaire: Putschpläne des US-Imperialismus aufgedeckt

Die Regierung von Zaire hat den amerikanischen Botschafter Hinton ausgewiesen, weil er Vorbereitungen für den Sturz des Staatspräsidenten Mobutu betrieben habe. Der Putsch sollte am 30. September stattfinden, wie aus den von der Regierung beschlagnahmten Dokumenten hervorgeht.

Der Präsident Mobutu erklärte zur Aufdeckung der Verschwörung: *"Wir müssen immer daran denken, daß einige rückschrittliche und reaktionäre Gruppierungen, Kolonialisten und Imperialisten und ihre Lakaien, mir niemals verzeihen, mein Volk auf den großen Weg der Würde und völligen Unabhängigkeit und gegen jede fremde Einflußnahme geführt zu haben."*

Die französische Zeitung "Le Monde" berichtet am 18. Juni, daß der amerikanische Einfluß in Zaire seit dem Herbst 1973 Stück für Stück eingeschränkt wurde. Damals hat die Regierung in Kinshasa begonnen, ausländischen Besitz zu verstaatlichen. Damit haben die Spannungen angefangen, berichtet 'Le Monde'.

"Wissenschaftliche Vorbereitung" des Putsches auf einer US-Kriegsakademie

Hinton hatte sich unter den Offizieren der Armee von Zaire geeignete Werkzeuge herangezogen; u.a. den Militärattache von Zaire in den USA, der vom Staatspräsidenten Mobutu als "die Seele der Verschwörung" bezeichnet wurde. Weiter waren der Generalstabschef des Heeres, der zugleich die Funktion des politischen Kommissars der Armee erfüllte, ein Divisionskommandeur, ein Sekretär des Staatspräsidenten, dem der Geheimdienst von Zaire unterstand, ein Major, der sich an einer amerikanischen Kriegsschule aufgehalten hatte, ein weiterer Major, der in einem israelischen Ausbildungslager eine Sonderausbildung für Kommandounternehmen erhalten hatte.

Dieser Major hielt sich zur weiteren Ausbildung in den USA an einer Kriegsakademie auf, wo er eine Denkschrift verfaßt hatte mit dem Titel: "Wie man einen Staatsstreich vorbereitet und erfolgreich gegen das derzeitige Regime in Zaire durchführt"!

Vertuschungsversuche der US-Imperialisten vergebens

Das amerikanische Außenministerium hat in einer Erklärung die Beteiligung der USA und des amerikanischen Geheimdienstes CIA an Putschvorbereitungen in Zaire als "Unsinn" bezeichnet.

Darauf haben die Tageszeitungen von Zaire geantwortet. "Salongo" schreibt:

"Kissinger und seine Clique bemühen sich angesichts der zu Tage getretenen Tatsachen vergebens, Erklärungen und Dementis zu verbreiten."

Die US-Imperialisten zetteln *"Durcheinander an in einer Welt, die nichts weiter wünscht, als in Frieden zu leben"*, schreibt die Zeitung weiter. *"Nachdem sie Feuer und Blut über Lateinamerika gebracht haben, wollen sie nun die Zerstörung und Auflösung in Afrika betreiben."*

Die Tageszeitung bezieht sich damit direkt auf den US-Botschafter Hinton in Zaire. Hinton ist ein Putschexperte des US-Geheimdienstes CIA. Er wurde erst Anfang des Jahres zum US-Botschafter in Zaire ernannt. Hinton hinterläßt eine blutige Spur: 1966–68 war er in Guatemala, und hatte die Leitung der Niederschlagung der Volksaufstände gegen den US-Imperialismus inne. Von dort aus ging er nach Chile als Botschafter und bereitete den Sturz der Allende-Regierung vor. Gleichzeitig wurde er Mitglied des amerikanischen Sicherheitsrates, der unter Leitung von Kissinger die Umsturzpläne festlegt.

Hinton hat einen festen Kompagnon: Nathaniel Davis, der zu dem Zeitpunkt, als Hinton Botschafter in Zaire wurde, Staatssekretär für afrikanische Fragen wurde. Davis arbeitet für die Planung und Durchführung von Umstürzen eng mit Hinton zusammen: Er war sein Nachfolger jeweils in Guatemala und Chile. In Chile war er Botschafter, als der Putsch durchgeführt wurde.

In Kenntnis dieser Tatsachen hatte die Außenministertagung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) auf Initiative von Präsident Mobutu Ende Februar des Jahres gegen die Ernennung von Davis scharf protestiert und sie als Einmischungsversuch der USA in Afrika bezeichnet.

Die neuen Tatsachen, die konkreten Putschpläne, an denen beide CIA-Agenten beteiligt sind, zeigen, wie richtig die Außenminister der OAU damals gehandelt haben, als sie die Völker vor diesen beiden Agenten des US-Imperialismus warnten. –g.j.–

Kambodscha: Die neue Gesellschaft

Die Reportage, die vom Sender "La Voix du FUNK" ausgestrahlt wurde, erzählt die Geschichte der Familie Sai, einem armen Bauern aus Tram Khna. Sai war verheiratet und hatte fünf Kinder, vier Söhne und eine Tochter.

Im Jahre 1972 brachten die Söldner des Verräters Lon Nol die Familie Sai und einen Teil der Bevölkerung in ein Konzentrationslager bei Phnom Penh. Auf dem Weg verlor er seinen ältesten Sohn aus den Augen, und in Phnom Penh starb sein jüngster Sohn an einer Krankheit. Seine Tochter wurde von einem Kommando festgenommen und von den Handlangern Lon Nols vergewaltigt und ermordet. Von dem Unglück niedergedrückt, erkrankte seine Frau schwer.

Am Tag der Befreiung, am 17. April 1975, war Vater Sai unter der Menge, um die revolutionären Streitkräfte zu begrüßen. Unter den Kämpfern entdeckte er seinen ältesten Sohn. Er sagte zu ihm: *"Ich bin glücklich, mein Sohn, die revolutionären Streitkräfte sind gekommen, um uns, die Arbeiter und armen Bauern, von den Ketten der Verräter zu befreien. Am glücklichsten macht mich, daß mein Sohn unter den Kämpfern der Revolution ist und dazu beigetragen hat, den Feind zu vernichten und Phnom Penh und das Land zu befreien. Sorge dich nicht um deine Eltern. Sie stehen nun unter dem Schutz der revolutionären Organisationen. Unser Volk ist ein revolutionäres Volk, wir sind die Sieger. Wir können nicht mehr sterben!"*

Zwei Tage später gingen Vater Sai und seine Familie zurück in ihr Dorf. Auf ihrem Weg zurück sahen sie die ungeheuren Zerstörungen der US-Bombardements. Sie wurden sich des großen Heroismus der revolutionären Streitkräfte bewußt, die die Imperialisten und ihre Marionetten besiegt haben. In jedem Dorf, durch das man kam, wurden die Rückkehrenden herzlich begrüßt. Als Vater Sai in Tram Khna ankam, war er über die Veränderungen, die die Revolution gebracht hatte, sehr überrascht. Die armen Bauern und die mittleren Bauern der unteren Schichten hatten fest die Macht in der Hand und waren die wirklichen Herren des Landes. Jedermann hatte genug zu essen und anzuziehen. Die Organisation gab Vater Sai Land und Büffel und half ihm beim Bau eines Hauses.

Jetzt beteiligt sich Vater Sai an der Bewegung zum Bau des Bewässerungssystems und der Offensive zur Kultivierung (Anbau) von Reis in der Regenzeit.

Er sagt immer: *"Wir sind der Revolution eine immerwährende Dankbarkeit schuldig. Die Revolution hat die armen Bauern befreit und ihnen ein neues Leben gegeben. Wir besitzen das Glück und eine strahlende Zukunft. Die neue revolutionäre Gesellschaft ist unsere Hoffnung, und sie wird schließlich verwirklicht werden."*

Nach: La Voix du FUNK, aus: Nouvelles Breves du Cambodge Nr. 227/75

Erfolge beim Wiederaufbau in Kambodscha

Am 5. Juni berichtet "La Voix du Funk" (Stimme der FUNK – Radiosender der kambodschanischen Einheitsfront), daß die Kämpfer, Kämpferinnen und Kader der revolutionären Streitkräfte durch Tag- und Nachtarbeit die vom Feind zerstörten Fabriken in Phnom Penh reparieren. Einige sind bereits wieder in Betrieb und dienen der Befriedigung der Interessen des Volkes. So die Textilfabrik, das Wasserwerk und die Elektrizitätszentrale. Das Dorf Samrong im Distrikt Strung Trang steht beispielhaft für das neue Niveau beim Aufbau Kambodschas:

"Die Bauern haben sich in Gruppen der gegenseitigen Hilfe organisiert. Die Kinder lernen halbtags, und die andere Hälfte arbeiten sie, wobei sie in zwei rotierende Gruppen unterteilt sind (die eine Hälft lernt morgens und arbeitet mittags, die andere Hälfte umgekehrt). Die älteren Menschen lernen das Lesen, Schreiben und Rechnen genauso wie das Handwerk. Gleichzeitig arbeiten Einwohner auf den hydraulisch bewässerten Reisfeldern.

Die Dorfbewohner versammeln sich regelmäßig, um die Bilanz der Arbeit zu ziehen und die notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Das Dorf schreitet in Sprüngen voran und blüht auf. In der Organisation, den Arbeitsmethoden, der Arbeit und im Bereich der Moral und dem Sozialwesen regiert eine revolutionäre Atmosphäre."

Aus: Nouvelles Breves du Cambodge Nr. 227/75)



Das Bild zeigt die Demonstration von Spaniern und Deutschen in Frankfurt gegen die drohenden Todesurteile in Spanien.

Kirchentag gegen Junta

Frankfurt/M. Das Chile-Komitee Frankfurt hat auf dem Kirchentag, zusammen mit dem Chile-Komitee

Diese Resolution wurde von den Teilnehmern mit großer Mehrheit gegen nur etwa 10 Gegenstimmen ange-



Das Bild zeigt die Demonstration von Spaniern und Deutschen in Frankfurt gegen die drohenden Todesurteile in Spanien.

Spanien-Demonstrationen

Frankfurt. "Keine Todesurteile gegen Garmendia, Eva Forest und Antonio Duran! Freiheit für alle politischen Gefangenen in Spanien!" waren die zentralen Forderungen in der ersten Demonstration von spanischen und deutschen Kollegen, Schüler und Studenten am Samstag, dem 21. Juni, in Frankfurt. Das spanische Einheitskomitee gegen die Todesstrafe sowie das deutsche Unterstützungskomitee, in dem der KBW mitarbeitet, hatten dazu aufgerufen. 700, davon die Hälfte Spanier, versammelten sich auf dem Opernplatz und zogen dann in einem Demonstrationszug durch die Innenstadt

Es wurde verboten, den Demonstrationszug über die Fußgängerzone der Zeil zu führen. Hier wie am spanischen Generalkonsulat war alles hermetisch mit schwer ausgerüsteten Polizeieinheiten und Wasserwerfern abgeriegelt.

Stuttgart. Unter den Parolen "Weg mit der Todesstrafe – Freiheit für alle politischen Gefangenen in Spanien" und "Nieder mit dem Faschismus – Freiheit für das spanische Volk" demonstrierten ca. 200 Menschen am Samstag, dem 21.6., durch die belebte Stuttgarter Innenstadt.

Zur Demonstration aufgerufen hatte das "Komitee für Demokratie in Spanien", das sich aus spanischen Kollegen und anderen fortschrittlichen Menschen gebildet hat, um zur Solidarität mit den spanischen Kollegen in ihrem Kampf gegen das faschistische Franco-Regime aufzurufen.

Zum Abschluß der Demonstration hielt der ehemalige Betriebsratsvorsitzende der Stuttgarter Zeitung, Fritz Lamm, eine Rede zur Lage des antifaschistischen Kampfes des spanischen Volkes.

–rh, Ortsgruppe Stuttgart–

Das jordanische Regime verhängt Terrorurteile gegen palästinensische Revolutionäre

Noch immer setzt das jordanische Henkerregime seinen Terror gegen die PLO und gegen die palästinensischen und jordanischen Volksmassen fort. Ein Militärgericht hat jetzt 26 Mitglieder der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (FDLP) zu Gefängnisstrafen zwischen 3 und 7 Jahren verurteilt. (Vgl. KVZ Nr. 20) Ihnen wurde die Mitgliedschaft in einer "illegalen Organisation" zur Last gelegt. Diese angeblich illegale Organisation, die Demokratische Front, ist eine revolutionäre Organisation des palästinensischen Volkes und Mitglied der PLO.

Das jordanische Regime hatte sich auf der arabischen Gipfelkonferenz von Rabat verpflichtet, die PLO als alleinige rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen und ihre Bewegungsfreiheit auch in Jordanien zu gewährleisten.

Diese Terrorurteile sind erneut ein Beweis dafür, daß das Henkerregime von Amman seine treuen Dienste als Werkzeug des US-Imperialismus und als Grenzschutzposten für Israel weiter zu leisten entschlossen ist, all seinen Beteuerungen und Lippenbekenntnissen zum Trotz.

–M., Westberlin, nach Al-Hurriya–

Portugalveranstaltung in Hamburg

Hamburg. Am 13.6. wurde vom KB Nord eine Veranstaltung durchgeführt, auf der zwei Vertreter des MES (Movimento da Esquera Sozialista), ein Offizier der MFA (Bewegung der Streitkräfte) und ein Soldat eines Lissaboner Soldatenrates sprachen. Zirka 5 000 Menschen waren in die Messehalle gekommen, um sich direkt über die Verhältnisse in Portugal zu informieren.

Der Offizier der MFA stellte die Entwicklung der MFA dar. Ursprünglich habe sie sich nur gegen Mißstände in der faschistischen Armee gerichtet. Nach dem Sturz Caetanos und mit der Entwicklung der Volksbewegung haben in der MFA diejenigen Kräfte an Einfluß gewonnen, die sich nicht mit dem Sturz des Caetano-Regimes zufriedengeben wollten. Diese Kräfte richteten sich gegen Spinola, der die Herrschaft des Kapitals unangetastet lassen wollte und vorhatte, bald Staatspräsident in einer bürgerlichen Republik zu werden, ohne den ehemaligen portugiesischen Kolonien die vollständige Unabhängigkeit zu gewähren. Demgegenüber trete die Mehrheit der MFA für ein Bündnis der Arbeiter mit den Soldaten ein und für die Einheit der Offiziere mit den Mannschaften innerhalb der Armee. Die Mehrheit unterstütze den Aufbau der Volksmacht, sagte er, und will Organe schaffen, in welchen die Volksmassen auf die Übernahme der Macht vorbereitet werden. Als Ziel des Kampfes gab er die Beseitigung der Ausbeutung, den Sozialismus und die klassenlose Gesellschaft an.

–T.R., Hamburg (Auszug)–

Kirchentag gegen Junta

Frankfurt/M. Das Chile-Komitee Frankfurt hat auf dem Kirchentag, zusammen mit dem Chile-Komitee Mainz, einen Info-Stand errichtet, bei dem es uns gelang, über 400 Unterschriften unter eine Protestresolution gegen die Umschuldungsverhandlungen zu sammeln (Text siehe unten). Viele Kirchentagsbesucher, besonders die zahlreich erschienenen Jugendlichen, zeigten großes Interesse an den Kämpfen der Völker der Dritten Welt und auch ihre Bereitschaft, diese aktiv zu unterstützen. So ist es uns gelungen, die folgende Resolution in zwei Arbeitsgruppen mit jeweils etwa 1 000 Teilnehmern einzubringen:

"Die Arbeitsgruppe des 16. Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) unterstützt folgende vom Chile-Komitee-Frankfurt eingebrachte Resolution:

Wir protestieren aufs schärfste, daß die Bundesregierung mit unseren Steuergeldern der chilenischen Junta Kredite gewährt. Wir sind der Meinung, daß diese Kredite den Terror in Chile verlängern und nicht dem chilenischen Volk dienen. Wir wenden uns an die Bundesregierung, vertreten durch Wirtschaftsminister Friderichs, mit der Forderung:

Schluß mit den Pariser Umschuldungsverhandlungen!

Keine Unterstützung der chilenischen Militärjunta durch die BRD!"

Diese Resolution wurde von den Teilnehmern mit großer Mehrheit gegen nur etwa 10 Gegenstimmen angenommen. Mit der Verabschiedung dieser Resolution, die als Dokument des Kirchentages gedruckt wird, haben wir nun einen guten Hebel für eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Wir werden noch in dieser Woche eine Pressekonferenz mit den Evangelischen und Katholischen Studentengemeinde (ESG/KSG) durchführen, um den Plan der Bundesregierung, die Umschuldungsverhandlungen still und heimlich über die Bühne zu bringen, zu durchkreuzen.

–mi, Chile-Komitee Frankfurt–

ZANU-Spenden

Freiburg. In der KVZ Nr. 24 war berichtet worden, daß eine Delegation der Ortsgruppe Freiburg des KBW auf der Veranstaltung mit Präsident Sithole in Heidelberg eine Spende für die ZANU übergeben hat. Die Ortsgruppe Freiburg weist uns darauf hin, daß zur Delegation gleichzeitig Mitglieder des Afrika-Komitees und der Aktion Dritte Welt gehörten, die ebenfalls die Sammlung für die ZANU mit getragen haben.

Chilenischer Oberst wird in der BRD ausgebildet!

Im Bundessprachenamt in Hürth-Hermülheim bei Köln wird zur Zeit ein chilenischer Oberst ausgebildet. Er erlernt die deutsche Sprache, und es scheint geplant zu sein, daß er später die Führungsakademie der Bundeswehr besuchen soll. Das Bundessprachenamt selbst ist eine Übersetzungsanstalt des Verteidigungsministeriums der BRD, in dem früher vornehmlich Texte beziehungsweise abgehörte Sendungen aus den Ländern des Ostblocks übersetzt wurden. Die Anstalt ist sehr stark mit Kräften der äußersten Rechten besetzt. Finanziell versucht die BRD schon lange, die faschistische Junta in Chile zu unterstützen, z. B. bei den Umschuldungsverhandlungen. Um die günstigen Profitbedingungen in Chile zu erhalten, betreibt sie auch die Ausbildung von Leuten, die für die westdeutsche und chilenische Kapitalistenklasse jeden Widerstand in Chile niederhalten und niederknüppeln sollen.

–G., Sympathisantengruppe des KBW in Hürth–

Mozambique: Interview mit dem Präsidenten der FRELIMO

„Das Volk – Quelle der Macht"

Die internationale Presse kündigt an, daß Sie der erste Staatspräsident des unabhängigen Mozambique sein werden.

Samora Machel: Dies scheint der Wunsch meines Volkes zu sein, aber zur Bestätigung muß noch die außerordentliche Versammlung des Zentralkomitees abgewartet werden.

Wer wird Regierungschef sein? Wird der Staatspräsident diesen Posten auch übernehmen, wie in führenden Kreisen der FRELIMO zu hören ist?

Samora Machel: Diese Frage ist noch nicht angeschnitten worden.

Der Vizepräsident der FRELIMO, Mercelino dos Santos, hat uns anvertraut, daß eine doppelköpfige Regierung – das heißt, daß die Exekutive vom Amt des Staatspräsidenten getrennt ist – nicht die ideale Lösung für ein unabhängiges Mozambique wäre, am wenigsten in der ersten Phase, in der sich die Autorität des Staates festigen muß und der Prozeß der Herausbildung einer Nation Mozambique beschleunigt werden muß.

Samora Machel: Ich teile diese Ansicht. Aber ich wiederhole, es ist die höchste Instanz der FRELIMO, und zwar das Zentralkomitee, das die Strukturen des Staates und der Regierung eines unabhängigen Mozambique bestimmen muß.

Wie definieren Sie die Beziehungen zwischen Partei und Staat auf der einen Seite und zwischen Partei und Regierung auf der anderen Seite?

Samora Machel: In einem unabhängigen Mozambique wird die FRELIMO die einzige Partei sein, und die Regierung wird gehalten sein, genau bestimmte Aufgaben auszuführen, die von der Partei festgelegt sind. Die FRELIMO wird also gleichzeitig den Staat kontrollieren und so das ganze Land anleiten. Wir haben übrigens diese Politik nicht heute erfunden. In unseren befreiten Gebieten (mehr als ein Drittel des nationalen Territoriums mit einer Million Einwohner vor dem 25. April) sind immer neue Verwaltungsstrukturen von der FRELIMO eingeführt und von ihr kontrolliert worden.

kontrolliert worden.

Die Leitung der Partei wird also über der Regierung stehen, in den Leitungspositionen ...

Samora Machel: Natürlich. Trotzdem muß man betonen, daß die FRELIMO noch keine Partei ist. Unser Volk hat noch nicht den erforderlichen Bewußtseinsstand erreicht, um die Bildung einer wirklichen Avantgarde-Partei ins Auge zu fassen, wie wir es wünschen würden. Die FRELIMO ist eine breite Front von Patrioten mit genau festgelegten Strukturen und einer klaren politischen antikolonialistischen und antiimperialistischen Linie. Die FRELIMO ist eine Massenorganisation, die sich heute den Aufbau des Sozialismus zur Aufgabe gemacht hat.

Im unabhängigen Afrika, mit einigen Ausnahmen, hat man den Staat und die Regierung allgemein mit Privilegien ausgestattet. Die Parteien, die eine wichtige Rolle im Laufe des antikolonialistischen Kampfes gespielt hatten, wurden dann in den Hintergrund gedrängt. Sogar N-Krumah ...

Samora Machel: Der große Kwame N-Krumah, dessen Beitrag zur Befreiung des afrikanischen Kontinents außerordentlich war, hatte nicht – indem er den Staat über die Partei setzte – das Abkommen der Volkspartei verstanden, die er so geschickt wärend des antikolonialistischen Kampfes geleitet hatte. Er hat sich so vom Volk isoliert. Nachdem sie in die Leitungspositionen des Staates gesetzt worden waren, hatte sich die Leitung der Partei, die vor der Unabhängigkeit sehr dem Volk verbunden war, in Super-Bürokraten verwandelt, die vom Volk losgelöst waren, das jedoch die einzige Quelle ihrer Macht war. Dies ist der Grund für den Sturz von N-Krumah und für die Gleichgültigkeit seines Volkes, das er dennoch vom Joch des britischen Kolonialismus befreit hat.

Und die Außenpolitik Ihres unabhängigen Staates? Welches sind dabei die Hauptlinien?

Samora Machel: Unsere Außenpolitik war immer und wird immer bestimmt sein durch die Hauptaufgaben unserer Innenpolitik, eine Volksmacht in Mozambique zu errichten. Um mit weniger abstrakten Begriffen zu sprechen, sehen wir uns eine brennend aktuelle Frage an, auf die es bald eine Antwort zu finden gilt: die Beziehungen zu Südafrika. Im Laufe des 2. Kongresses im Jahre 1969 haben wir den Vertrag zwischen Portugal und der Republik Südafrika verurteilt, der es erlaubte, Arbeitskräfte aus Mozambique in dieses Land zu senden. Nun werden aber bis heute immer noch diese Arbeitskräfte (150 000 Menschen im Jahr) in den Minen und landwirtschaftlichen Betrieben Südafrikas eingestellt. Hier nun, sagen unsere Kritiker, besteht ein Widerspruch zwischen den Zielen der FRELIMO und ihrer politischen Praxis. Sie vergessen, daß, da Mozambique kein unabhängiges Land war, die Beziehungen mit Pretoria bis zur Unabhängigkeit zugesichert sind durch den portugiesischen Oberkommandierenden in Laurenco Marques als Vertreter der Regierung in Lissabon. Es geht also gar nicht darum, diesen Vertrag vor dem 25. Juni in Frage zu stellen.

"Aber was werden Sie nach diesem Datum machen?", fragen dieselben Kritiker. "Werden Sie diese Verträge brechen?" – Es handelt sich in der Tat um eine wichtige Frage, die im Zusammenhang steht mit einer anderen, nicht weniger wichtigen Frage. Wenn wir diesen Vertrag brechen, was werden wir dann mit 150 000 Arbeitern anfangen? Die Portugiesen haben leider keine Bedingungen geschaffen, damit die Bewohner von Mozambique in ihrem Land arbeiten können. Was ist also zu tun? Wir haben diese Frage der Basis, unserem Volk, gestellt, und die Antwort war eindeutig: Diese schändlichen Verträge müssen gebrochen werden, aber vorher müssen Strukturen geschaffen werden, die es erlauben, die Immigranten aufzunehmen, wenn wir nicht die Arbeitslosigkeit noch vergrößern wollen, die ja das Erbe ist, das uns die faschistischen portugiesischen Kolonialisten hinterlassen haben. In der Reihenfolge der Prioritäten kommt die Schaffung der Strukturen für die Aufnahme der Immigranten vor der Beseitigung dieses Problems.

Die Veränderung der kolonialistischen Gesellschaft in eine sozialistische Gesellschaft wird nicht eine Angelegenheit von einigen Monaten sein, sondern von einigen Jahren.

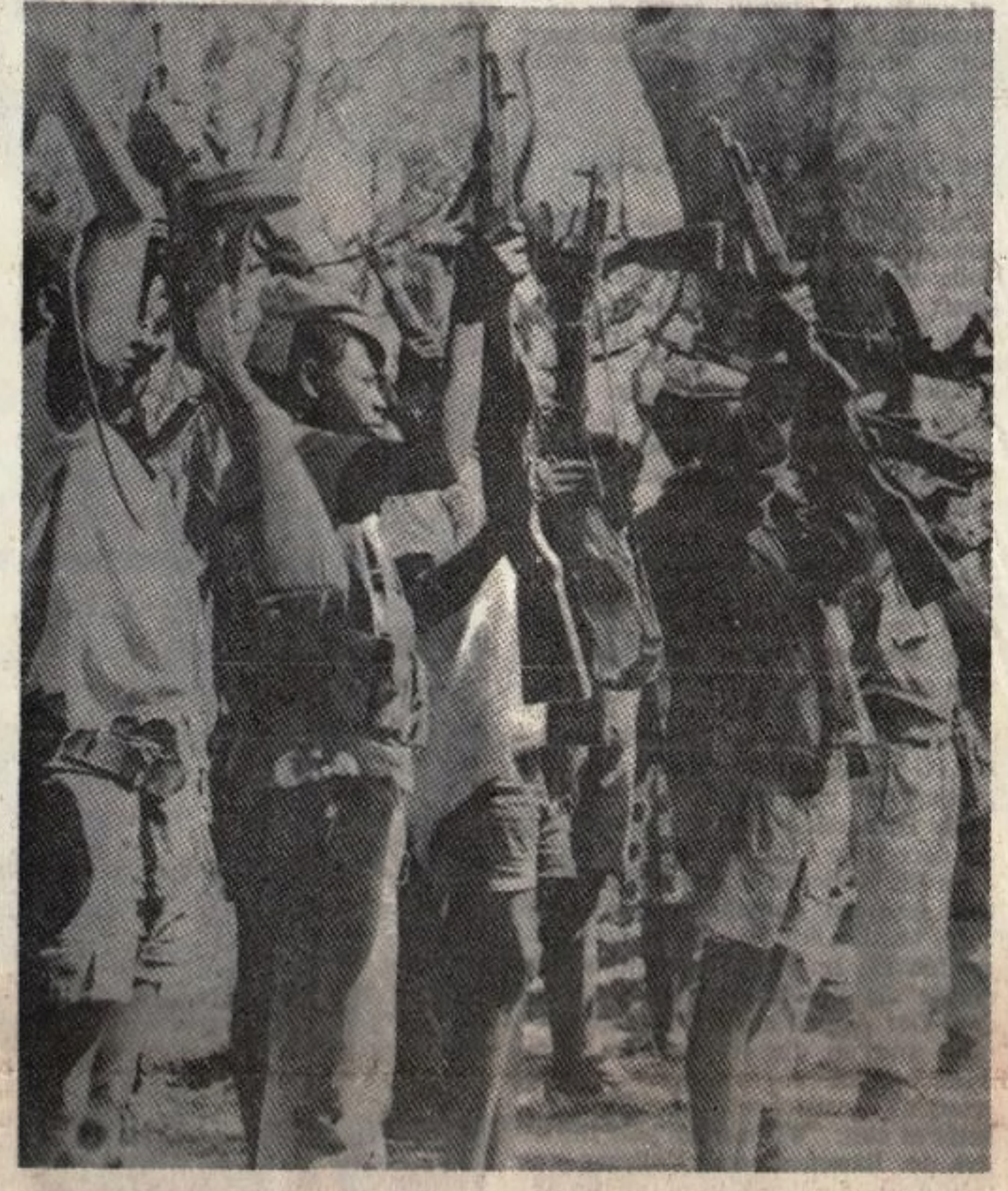
ten sein, sondern von einigen Jahren.

Wir sind keine hysterischen Revolutionäre, denn der lange Krieg von zehn Jahren hat uns gedämpft. Wir haben zu warten gelernt und haben gelernt, einen Schritt nach dem anderen zu tun, um den Willen des Volkes zu respektieren und die vorrangigen Aufgaben, die es sich gestellt hat; kurz, der Fortschritt auf dem sozialistischen Weg hängt von dem Kampf der Massen ab, der tatsächlich ein Klassenkampf ist. Er hängt von der Richtigkeit der Linie ab, die seine Avantgarde angenommen hat, die das Zentralkomitee der FRELIMO darstellt, angesichts der Tatsache, daß die Arbeiter ihre eigenen Existenzbedingungen immer besser bewältigen... Die politische Praxis der FRELIMO geht von unten nach oben. Sie geht dann von oben an die Basis, zum Volk, die Quelle der Macht. Dies sind die Hauptprinzipien, wie unsere Innenpolitik unsere Außenpolitik bestimmt.

Die Beziehungen zwischen Portugal und Mozambique sind exemplarisch, stellen fast alle ausländischen Beobachter fest. Wie soll man sich erklären, daß nach zehn Jahren eines mörderischen Krieges, die diese beiden Länder zueinander in Gegensatz gebracht haben, man in diese Situation gekommen ist, die paradox erscheinen mag?

Samora Machel: Bis zum jüngsten Zeitpunkt haben wir ohne jegliche menschliche Beziehungen mit dem portugiesischen Volk gelebt, weil wir ein "Volk von Sklaven" waren. Wir haßten die weißen Besatzer unseres Landes, wir haßten alle Weißen. Infolge des Ausbruchs des bewaffneten Kampfes unter der klaren Anleitung der FRELIMO hat unser Volk richtig erkennen gelernt, daß unser Feind nicht der "Weiße" (Portugiese) ist, sondern das Kolonialsystem, das bei uns von den Portugiesen errichtet worden ist. Dieser antirassistische Kampf hat uns den uralten Haß vergessen lassen, der unser Volk den Weißen gegenüberstellte. Geben wir es zu, das war keine geringe Sache.

Unser bewaffneter Kampf, im höchsten Grade ein politischer Kampf hat das bestehende System zerstört und unser Volk von dieser uralten Unterdrückung befreit, die durch eine fremde Besatzung enstanden ist. Damit haben wir die notwendigen Bedingungen geschaffen, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern zu normalisieren. Der Sturz der faschistischen Diktatur in Portugal durch die MFA hat diese zu einem wertvollen Gesprächspartner gemacht. Der begonnene Dialog, die Errichtung einer Volksmacht in Lissabon, hat unsere Beziehungen gefestigt. Einen Krieg anzufangen ist nicht so schwierig, aber einem Konflikt dieser Art ein Ende zu setzen, glauben Sie mir, war keine einfache Sache. Aber das ist eine ganz andere Geschichte...



Um noch einmal auf die Republik Südafrika zurückzukommen: Welche

Südafrika zurückzukommen: Welche

Politik wird das unabhängige Mozambique gegenüber diesem mächtigen Nachbarn verfolgen?

Samora Machel: Um es noch einmal zu wiederholen, bis zum 25. Juni müssen vor allem die mit Portugal unterzeichneten Abkommen respektiert werden, anschließend muß der Inhalt dieser Abkommen überprüft werden. Diesbezüglich werden Sie eine viel genauere Antwort finden, wenn Sie die programmatische Rede lesen, die der Staatschef des unabhängigen Mozambique am 25. Juni hält.

Und Rhodesien?

Samora Machel: Man muß unterscheiden können zwischen dem Fall Rhodesien und dem der südafrikanischen Republik. Die Republik Südafrika ist ein souveräner Staat, der von einer weißen, rassistischen Minderheit beherrscht wird, die die Mehrheit unterdrückt und diese Unterdrückung mit Hilfe einer vorgegebenen Philosophie, der sogenannten 'Apartheid', rechtfertigt. Rhodesien ist ein illegales Regime, ein Überbleibsel des britischen Kolonialismus. Es steht außer Frage, Beziehungen mit dem Regime von Salisbury zu haben.

Beabsichtigen Sie, die von den Vereinten Nationen beschlossenen Sanktionen anzuwenden?

Samora Machel: Mozambique wird zweifellos Mitglied der UNO werden und wir werden alle Verpflichtungen auf uns nehmen, die sich aus der Zugehörigkeit zu dieser großen Familie ergeben.

Und wie verhalten Sie sich gegenüber den Beschlüssen der UNO und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) bezüglich der Republik Südafrika?

Samora Machel: Wir werden loyales Mitglied dieser Organisation sein und deren Entscheidungen respektieren. Das heißt, wir werden weder die sogenannte Politik des "Dialogs" noch die schädlichen Prinzipien der "Apartheid" akzeptieren.

M. Buthelezi, Vorsteher eines südafrikanischen "Bantustan", der bei ihm wohlgesinnten westlichen Kreisen als liberaler Gegner der Apartheid gilt, hat kürzlich erklärt, daß die Frelimo beabsichtige, einen Teil des südafrikanischen Territoriums, das von den Zulus bewohnt wird und ihm anvertraut wurde, zu annektieren.

Samora Machel: Wer ist dieser Herr Buthelezi? Wer hat ihn befugt, im Namen des Zulu-Volkes zu sprechen? Dies sind die Fragen, die man ihm stellen müßte, ehe man auf Ihre Frage antwortet.

Nichtsdestoweniger sagen wir, daß Herr Buthelezi das Volk von Mozambique verkennt und sicherlich die politische Linie der FRELIMO nicht kennt. Wiederholen wir es noch einmal: Wir haben niemals vorgehabt, unsere Revolution zu exportieren. Die FRELIMO verfolgt weder expan-

Die FRELIMO verfolgt weder expan-

sionistische noch imperialistische Ziele. Wir wurden im Gegenteil mehrere Male von unseren Nachbarn angegriffen, ohne daß wir uns entschlossen haben, das sogenannte Recht auf Vergeltung wahrzunehmen. Wir haben gekämpft, um die territoriale Unversehrtheit unseres Landes zu verteidigen. Wir sind nicht von Natur aus Krieger, wir sind keine Fürsprecher des 'Krieges um des Krieges willen', aber gegenüber einer neuerlichen Aggression von außen werden wir erneut zu den Waffen greifen. Dies ist unsere Antwort auf die verschiedenen Buthelezi und die, die diese beraten ...

Wie verhält es sich mit der internationalen Stellung von Mozambique? In welcher ‚geistigen Familie' der Staaten wird man es wiederfinden?

Samora Machel: Unsere Politik war schon immer sehr eindeutig. Unsere augenblicklichen Verbündeten sind die Mitglieder der OAU und der Befreiungsbewegungen, die noch gegen die Finsternis des Kolonialismus in Afrika kämpfen. Dann die sozialistischen Länder, die unserem Kampf eine wertvolle Hilfe zukommen ließen. Dann die fortschrittlichen Parteien der kapitalistischen Welt und die fortschrittlichen Kräfte aller Kontinente. Wir werden eine Politik des Friedens, des Anti-Imperialismus und des Anti-Expansionismus betreiben. Wir beabsichtigen also, Teil der großen Familie der blockfreien Staaten zu werden.

Was die Innenpolitik betrifft, sagt man oft, daß es in Mozambique viele Gefangene gibt. Was haben Sie mit den Gefangenen vor?

Samora Machel: Im unabhängigen Mozambique wird es weder Gefängnisse noch Gefangene geben. Für uns stellt sich das Problem als solches der Wiedereingliederung der Menschen. Und wir denken, daß all diejenigen, die ein Verbrechen begangen haben, am besten geeignet sind, den Massen ihre Irrtümer zu erklären und so Erziehungsarbeit und Selbstkritik zu leisten.

Nehmen wir das Beispiel von zwei bekannten Männern, die das Volk von Mozambique während des Krieges verraten haben: Uria Simango, ein Nationalist der ersten Stunde, der durch seinen politischen Ehrgeiz dazu gebracht wurde, Verbindungen gegen die höchsten Prinzipien einzugehen, und Lazaro Kavandame, ein Stammeshäuptling, der sich uns angeschlossen hatte, aber den Traum bewahrte, in der Ausbeutung des Volkes an die Stelle der Kolonialisten zu treten. Diese Männer, die nach dem Staatsstreich in Portugal nicht gezögert haben, sich in den Dienst der rassistischen und neokolonialistischen Machenschaften zu stellen, sind heute die besten "Lehrmeister" für unsere Massen, denn die Darstellung ihrer Niederlage ist der beste Beweis für die Richtigkeit der revolutionären Linie. In einigen Jahen werden wir eine neue Generation von Mozambiquanern haben, die schwer begreifen wird, was der Kolonialismus war, ohne das Zeugnis von positiven und negativen Helden dieser Epoche.

Sie erben vom portugiesischen Kolonialismus eine schwere wirtschaftliche Krise. Beunruhigt Sie dieses Problem nicht am Vorabend der Unabhängigkeit?

Samora Machel: Wenn Sie von wirtschaftlicher Krise in Mozambique sprechen, sprechen Sie von der Krise, die die Wirtschaft der sogenannten Dienstleistungen betrifft. Diese Krise ist Sache ganz bestimmter Sektoren, eines wirtschaftlichen Systems, das eingerichtet und orientiert war daraufhin, den Nachbarländern zu dienen und nicht der Mehrheit der Bevölkerung, die immer am Rand des Ganzen gelebt hat, wenn sie nicht den Preis der Ausbeutung durch den Kolonialmarkt bezahlte. Wir haben nicht die Absicht, diese Krise zu verwalten. Unser Kampf hat die Zerstörung dieses Wirtschaftstyps zum Ziel gehabt.

Einverstanden, aber es handelt sich doch dennoch darum, das Land aus der Armut hinauszuführen und wirtschaftlich voranzubringen?

Samora Machel: Passen Sie auf! Nach fünf Jahrhunderten kolonialer Besetzung und zehn Jahren Befreiungskrieg ist die Situation, die heute in unserem Land vorherrscht, keineswegs alarmierend. Sie beunruhigt uns nicht. Ganz im Gegenteil, wir betrachten sie als sehr ermutigend. Wir haben den Kampf begonnen mit einer

haben den Kampf begonnen mit einer

Handvoll Menschen und wir hatten zu jener Zeit fast nichts. In zehn Jahren haben wir das Land und die Menschen grundlegend verändert. Wir haben ein ganzes koloniales System zerschlagen und haben unseren Kampf und unser Volk der ganzen Welt bekannt gemacht. Wir haben heute an unserer Seite ein ganzes Volk. Das ist das wertvollste Kapital. Dies ist eine ideale Situation für ein rasches wirtschaftliches Voranschreiten, für eine harmonische Entwicklung unserer Wirtschaft.

Welches sind die vorrangigsten Aufgaben dieser Wirtschaft?

Samora Machel: Ein für allemal den chronischen Hunger zu beenden, der bei uns herrscht. Die nackten Menschen bekleiden. Ihren schlechten Gesundheitszustand verbessern. Der Rest wird nachher kommen.

Es ist also die Landwirtschaft, auf die sich Eure Anstrengungen konzentrieren werden?

Samora Machel: Sicher. Aber wir vergessen nicht die Industrie, die der dynamisierende Faktor der Landwirtschaft sein wird.

Wie hoch beziffern Sie die nötige Summe, um Ihre Projekte voranzubringen?

Samora Machel: Wir brauchen 400 Millionen Dollar, das ist nicht viel.

Eine paradoxe Seltenheit. Während sich die westlichen Beobachter über die wirtschaftliche Situation in Mozambique beunruhigen, sind Sie von Optimismus erfüllt.

Samora Machel: Warum nicht? Ich bin den Massakern und der Menschenjagd entkommen, während zehn Kriegsjahren, um diesen langen Marsch nach Laurenco Marues zu machen. Ich werde leben, um die Revolution zu festigen. Ich werde leben, um die Wirtschaft meines Landes auf neuen Grundlagen wieder anzukurbeln. Eine Wirtschaft im Dienste des Volkes. Ich werde 80 Jahre leben.

"Ein Exclusivinterview mit Samora Machel", geringfügig gekürzt. Aus: "afrique asie" Nr. 85, Seite 10–13 (übersetzt aus dem Französischen).

Pierburg-Film

Filmveranstaltung der Gewerkschaftsjugend

Am 13.6. hat der Kreisjugendausschuß (KJA) Böblingen den Film "Pierburg: Ihr Kampf ist unser Kampf" gezeigt. Etwa 80 Kollegen und Kolleginnen waren gekommen, um den erfolgreichen Kampf der Pierburg-Belegschaft vor knapp zwei Jahren zu sehen und anschließend mit zwei Betriebsräten von Pierburg, einem deutschen und einem spanischen Kollegen, über den Film zu diskutieren.

Worum ging es bei Pierburg?

Die Firma Pierburg, Autogerätebau KG, Neuss am Rhein, stellt Vergaser und Kraftstoffpumpen her. Der Betrieb hat 3 800 Beschäftigte, davon 70 % ausländische Kolleginnen und Kollegen aus sechs europäischen Ländern. Mehr als 2 500 sind Frauen, die meisten in der Lohngruppe 2.

Schon 1970 haben die Arbeiterinnen die Lohngruppe 1 weggestreikt.

Zwei Tage vor Pfingsten streikten die Kolleginnen, sie forderten:
– Lohngruppe 2 muß verschwinden. Alle Frauen in der Lohngruppe 2 sollen in Gruppe 3 umgruppiert werden.
– Alle Arbeiter, Frauen und Männer, sollen pro Stunde eine Mark mehr bekommen.

Noch elf weitere Forderungen wurden aufgestellt: nach einer Schmutzzulage, Erhöhung des Fahrgeldes und nach einem freien Tag pro Monat, einem "Hausfrauentag".

Nachdem die Geschäftsleitung Verhandlungen zugesagt hat, aber nichts passiert, beginnen die Frauen im August erneut den Streik. Die wichtigsten Forderungen: Eine Mark mehr für alle und Abschaffung der Lohngruppe 2. Als Antwort holt die Geschäftsleitung die Polizei.

Mit Provokationen versucht sie, den Streik gewaltsam zu zerschlagen. Eine Kollegin wird von Polizeibeamten geschlagen und verletzt. Der Film schildert sehr anschaulich den Kampfeswillen der Frauen, die sich durch keinerlei Einschüchterungen und taktische Manöver des Kapitalisten Pierburg von ihren Forderungen abbringen lassen.

Sie wählten sich eine Streikleitung. Von morgens bis abends waren die Frauen auf dem Betriebsgelände, diskutierten, veranstalteten Umzüge und riefen ihre Parolen.

Ein 12-Pfennig-Angebot, das die Geschäftsleitung auf einem Flugblatt bekanntgibt, wird von den Kolleginnen sofort demonstrativ zerrissen.

Am vierten Streiktag solidarisieren sich die deutschen Facharbeiter mit den Streikenden, am fünften Tag wird die Geschäftsleitung weich: Die Lohngruppe 2 fällt weg, für Kolleginnen, die bisher in dieser Lohngruppe waren, beträgt der effektive Stundenlohn 65 Pfennig mehr, für alle anderen 53 Pfennig mehr.

Die Belegschaft kann alle Angriffe auf einzelne Kollegen, gegen die der Rachefeldzug der Geschäftsleitung läuft, zurückschlagen. Keiner wird entlassen.

Die Diskussion über den Film

Zunächst gab es viele Fragen an die beiden Betriebsräte von Pierburg. Die Rolle des Betriebsrates, der die Belegschaft am vierten Tag auffordert, nach Hause zu gehen, um die Verhandlungen "nicht zu stören", blieb in diesem Punkt zwielichtig. Hier setzte der Betriebsrat nicht auf die Kampfkraft der Streikenden, sondern lediglich auf die Verhandlungsbereitschaft der Kapitalisten.

Ansonsten konnten alle Anwesenden hervorragend lernen, daß der Kampf erfolgreich geführt werden kann, wenn ausländische und deutsche Arbeiter, Frauen und Männer, eine gemeinsame Kampffront bilden.

Ein weiterer Punkt in der Diskussion war die Rolle der Gewerkschaft: Die IG Metall hat den Streik nicht legalisiert und unterstützt.

Die Diskussion kam dann bald auf die derzeitige Klassenkampfsituation. An die Kollegen in Erwitte, in Kalletal und bei Bammesberger (Leonberg) wurden Solidaritätsresolutionen geschickt. Im Fall Bammesberger mußte die Resolution geändert werden. Der Appell an die Landesregierung und an die Kapitalisten, nun doch endlich zu investieren, wurde ersatzlos gestrichen. Als Kernsatz heißt es nun: "Wir werden jede Initiative der Bammesberger Kollegen unterstützen, die den Kampf um die Arbeitsplätze aufnimmt."

Mit dem Lied "Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!" und mit der Internationale schloß die Veranstaltung.

Wir möchten den Film allen Gewerkschaftsgruppen empfehlen. Man kann ihn bestellen bei David Wittenberg, Tel. 02943 / 3356.

Mitglieder des Betriebsrates kommen gerne zu Diskussionen.

–b.m., Sympathisantengruppe des KBW, Böblingen–

Pierburg: Ihr Kampf ist unser Kampf



Zu Besuch auf der Ausstellung der Volksrepublik China

Köln. Am 20. Juni ging ich zusammen mit einem Kollegen auf die China-Ausstellung. Ich hatte dem Kollegen schon vorher die Broschüre "Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas" besorgt, und wir gingen hin, um die im Buch beschriebenen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus mal in der Praxis anzusehen. Dazu gab es dann auch viel Gelegenheiten.

Da wir beide bei Klöckner-Humboldt-Deutz arbeiten, interessierten uns natürlich besonders die ausgestellten Motoren, Maschinen, LKWs und Raupenfahrzeuge. Wir stellten schnell fest, daß die ausgestellten Modelle ein hohes technisches Niveau hatten und durchaus mit den bei Klöckner-Humboldt-Deutz produzierten Wagen vergleichbar sind. Was uns im Unterschied zu Klöckner-Humboldt-Deutz ins Auge sprang, war die solide Verarbeitung.

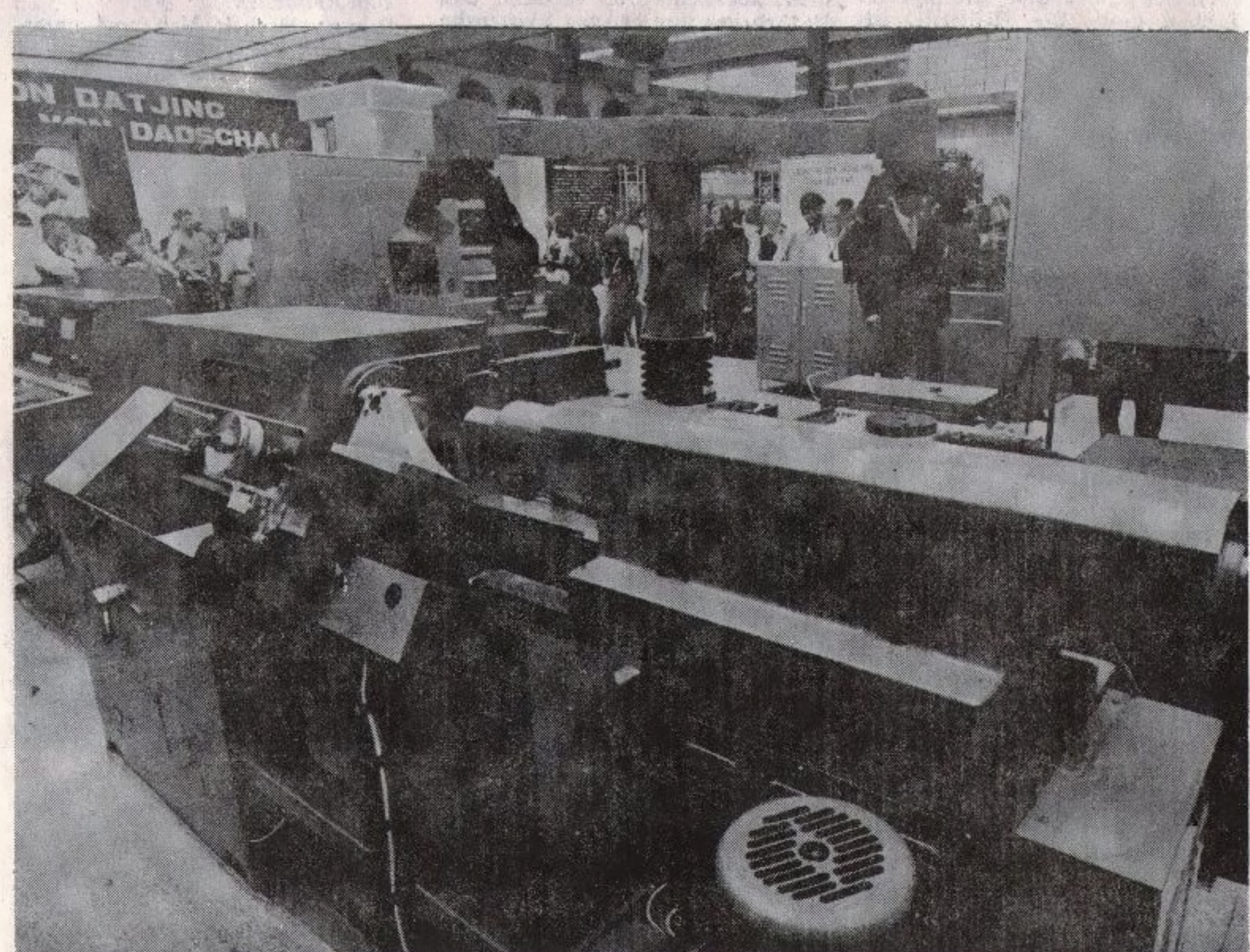
Während bei KHD-Fahrzeugen alles genietet wird, waren die chinesischen Maschinen fast alle geschraubt. Das Blech des LKWs zum Beispiel war fast doppelt so stark wie bei den KHD-LKWs. Es entwickelte sich dann eine Diskussion darüber, warum das so ist. Einig waren wir uns zum Schluß darüber, daß bei KHD auf Verschleiß hin produziert wird, während in der Volksrepublik China sich die Produktion auf die Haltbarkeit ausrichtet.

Warum das so ist, war dann auch schnell geklärt. KHD produziert, um Profit zu machen, und je schneller zum Beispiel ein LKW verschlissen ist, je schneller kann KHD dann wieder Ersatzteile oder einen neuen LKW verkaufen. Anders in der Volksrepublik China. Dort wird produziert, um die Bedürfnisse der Volksmassen zu befriedigen, und ein solches Bedürfnis ist eben die Haltbarkeit der Produkte. Weiter wurde uns dadurch folgender Punkt klar: Baut man Waren auf Verschleiß, so bedeutet das eine ungeheure Vergeudung von Rohstoffen, Maschinen und Arbeitskraft. Dies zeigte uns deutlich, wie verrottet der Kapitalismus ist.

Unser besonderes Interesse erregte auch die Abteilung, wo der Bergbau in China dargestellt ist. Dort wurde gezeigt, daß zu jedem Bergwerk ein eigenes Krankenhaus und eine eigene Hochschule gehört. Sofort fiel uns die beschissene werksärztliche Versorgung bei KHD ein und daß hier in der Bundesrepublik meist nur die Kinder reicher Eltern studieren können.

Als wir die Ausstellung verließen, sagte mein Kollege: "Was die in 25 Jahren geschafft haben, ist schon enorm." Ich habe ihm darauf geantwortet, daß diese Leistungen nicht vom Himmel gefallen sind, sondern daß sie nur möglich waren, weil dort die Arbeiterklasse die Macht hat, die Kapitalisten enteignet sind und der Sozialismus aufgebaut wird. Dies hat die Ausstellung eindrucksvoll bestätigt.

–W., Köln



Eine Genossin von Klöckner-Humboldt-Deutz, die mit einigen Kollegen die Ausstellung besuchte, berichtet: "Interesse fanden hauptsächlich die Produkte der Schwerindustrie, insbesondere die maschinellen Drehbänke. Die Kollegen waren alle erstaunt vom hohen Stand der technischen Entwicklung der Maschinen. Auch die Nutzfahrzeuge, die draußen standen, fanden sie sehr gut."